

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pro Nummer 1 Pf., vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Einposten in die Post-Vertriebsstellen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen 10 Pf. pro Zeile oder deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellungs- und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ersteinst täglich außer Montags.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 22. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Dernburgs Kolonialprogramm.

Der Staatssekretär des Kolonialamtes, Dernburg, hat am 18. Februar in der Budgetkommission des Deutschen Reichstages sein Programm entwickelt, das auf dem Einbild beruht, den er durch seine 30tägige Reise in Ostafrika in die dortigen Verhältnisse gewonnen hat. Es soll zugestanden werden, daß Dernburgs Urteil über die herrschenden Zustände sich zweifellos ganz wesentlich geklärt hat; es kommt der Wahrheit unendlich viel näher, als jene phantastischen Schilderungen, die er in seinen Vorträgen nach der letzten Auflösung des Reichstages zum Besten gab.

Und die Wahrheit über die jetzige Bedeutung der Kolonien braucht von uns kaum wiederholt zu werden; wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß die Kolonien lediglich der Bereicherung kapitalistischer Unternehmen dienen, welche die staatlichen Machtmittel in ihren Dienst pressen, um sich möglichst rasch auf Kosten der Eingeborenen die Sädel zu füllen. Dernburg bestätigt jetzt diese Auffassung in allen Teilen!

Sein Glaube an die Kolonien ist unerschütterlich, mit überhäufendem Optimismus schaut er in die Zukunft, aber — die glänzende Medaille hat, so sagt er, auch ihren Revers und der Revers liegt darin, daß je stärker das Eindringen des deutschen und überhaupt des fremden Einflusses ist, je größer die Ansprüche sind, die an die Eingeborenenbevölkerung gemacht werden in bezug auf Aenderung ihrer Lebensweise, ihrer Arbeitsweise, auf die Steuern und Lasten für den Fiskus, ebenso in bezug auf die Veränderung ihrer Rechtsprechung, desto größere Reibungsflächen entstehen und desto größere Vorsicht und Weisheit von der Kolonialverwaltung verlangt werden muß, damit wir die laufende und bleibende Rente nicht aufzurechnen haben gegen die außerordentlich großen Verluste und Kosten, die, wie unser Krieg in Südwestafrika leicht Proportionen finanzieller Art annehmen können, die das Reich auf Jahre hinaus mit Lasten belegen, die außer Verhältnis mit dem Nutzen des Schutzgebietes stehen.

Es gibt in den Kolonien und auch hier eine große Anzahl wohlmeinender Leute, die da glauben, daß die Kolonisation von Afrika durch verwaltungstechnische Maßregeln erledigt werden könne und daß man durch Ausbildung von Druck auf die Urbevölkerung oder durch Erlaß von allen möglichen (assessorischen) sagte er in der Kommission) Verordnungen nun die ganze Natur dieser Leute dort binnen kurzem würde umändern können, und ich kann es diesen Herren nicht verdenken, wenn sie von ihrem Standpunkte aus den Wunsch hegen, daß nun solche Maßregeln ergriffen werden; denn es handelt sich ja für sie nicht wie für das Deutsche Reich darum, auf eine planmäßige Weise einen wichtigen Zugang zu den Äviden der Nation zu erhalten, sondern für sie handelt es sich darum, in verhältnismäßig kurzer Zeit Geld zu verdienen. Denn zu lange können sie nicht brauchen existieren und je mehr sie erworben können, um so besser. In den Lagen, die Kriege und Aufstände bringen, tragen sie zudem nicht mit.

Und nun führt Dernburg im einzelnen aus, zu welchen Zuständen das Bestreben „Geld zu verdienen“ führt und wie es auf die Eingeborenen wirkt:

Man hat den Eingeborenen ihre einheimischen Sultane genommen und ihnen weiße und schwarze Beamte aufoktroiiert, man hat ihnen teilweise die einheimische Gerichtsbarkeit genommen, man stellt sie unter eine Anzahl von Kontrollen und Verordnungen, so... sie fühlen die „Hand der deutschen Obrigkeit schwer auf sich lasten“. Dazu kommt eine starke steuerliche Belastung. In die gesamte Last der Verwaltung teilen sich die Neger und das deutsche Mutterland. Der weiße Pflanzler bleibt ohne alle Lasten. Selbst der Ausfuhrzoll ist dem Weißen erlassen, während die Ausfuhrprodukte der Neger mit solchem Ausfuhrzoll belegt sind.

Und wie sieht es mit der Rechtspflege aus? Der Neger hat ein stark entwickeltes Rechtsgesühl. Dernburg gesteht, in den Negergerichten sehr viel positives Recht gesehen zu haben, das zur Beilegung der Rechtsstreitigkeiten und Abwendung der Rechtsbrüche in der Bevölkerung gebroden wird. Das sei zu erkennen auch an der Haltung der Schwarzen.

Dagegen ist bei einem Streit zwischen einem Schwarzen und einem Weißen die Lage des Schwarzen ungünstig. Hat ein Weißer gegen einen Schwarzen etwas vorzubringen, so schreibt er einen Zettel, und die Sache wird durch einen Schauri abgemacht. Hat ein Schwarzer eine Klage gegen einen Weißen, so muß er hingehen zum Gericht, muß Vorschub zahlen, er wird mit den in der Heimat üblichen Formalitäten belästet, er bekommt schließlich ein Urteil oder einen vollstreckbaren Titel in die Hand, mit dem er nichts anzufangen weiß, mit laufenden Terminen und Pflichten.

Sie dürfen nicht vergessen, in dem ganzen Schutzgebiet — es ist zweimal so groß wie Deutschland — gibt es drei Gerichte, wo der Schwarze gegen den Weißen etwas vorbringen kann. Wenn ein Schwarzer eine Klage gegen einen Weißen in Lobatse hat, so muß er sich in 17 Tagen nach Ruanda begeben, und wenn einer in Mrogoro oder in Wombo oder in dem Hinterlande, das zu dem Dar es Salam oder Tanga-Gebiet gehört, dieses tun will, muß er mit der Eisenbahn einen Tag lang fahren.

Besonders im Norden macht sich diese Rechtslosigkeit schwer fühlbar, dort wo 15 000 Eingeborene in den Pflanz-

tagen der Weißen als „Sachse ngänger“ arbeiten. Die Plantagenleiter und ihre Angehörigen lassen sich Uebergriffe aller Art zuschulden kommen.

„Solche Uebergriffe fanden oft genug aus Danksfaulheit und aus Eigennutz statt...“

An der Küste macht es einen unangenehmen Eindruck, daß so viele Weiße mit der Peitsche spazieren gehen. Auf dem Tische der Hauptkassie in Dar es Salam habe ich eine vorgefunden. Es ist heute noch stark üblich, und die Herren, die dort gewesen sind, werden es mir bestätigen. Jeder Weiße hat ein gewisses Züchtigungsrecht gegenüber seinen Diensthöten, Arbeitern usw...“

Die Uebergriffe haben vielfach darin ihre Ursache, daß der Weiße, der hinauskommt, sich nicht die Mühe gibt, die Landessprache zu erlernen, und dann mancherlei für Bosartigkeit oder Schleichheit ansieht, was es tatsächlich nicht ist.

Daneben besteht noch weiter ein Züchtigungsrecht auf Grund von Verordnungen, die den Plantagenleitern und den Karawanenführern zu züchtigen ermächtigen.

Es ist begreiflich, daß die Schwarzen, die im Innern als freie Bauern ein Leben nach ihrem Gusto führen, schwer in die Plantagen zu bringen sind.

Geldstrafe statt Prügelstrafe wird nicht beliebt, es muß zugehauen werden; die Weißen, die hinauskommen in die Kolonie, betreten sie mit der Präntion, daß sie als „Erzieher“ der Neger kommen; jeder glaubt dort die Mission zu haben, den Neger zu Fleiß und wirtschaftlicher Tätigkeit — versteht sich im Interesse der Weißen! — anhalten zu müssen. Und beugt sich der Neger nicht völlig, so kommt die brutale Gewalt!

Ein Schulbeispiel bildet das Verhältnis der Pflanzler zu den Eingeborenen. Die Plantagen sind im Norden der Kolonie in einer dünnbevölkerten Gegend auf kleinem Raum zusammengedrängt. Zum Betrieb sind etwa 15 000 Arbeiter nötig, die aus dem Innern des Landes geholt werden müssen. Da verlangen nun die Plantagenbesitzer, die Regierung solle mit ihren Machtmitteln eingreifen und die Neger zwingen, in den Plantagen zu arbeiten.

Aber warum bekommen denn die Pflanzler keine Arbeiter ohne Gewalt? Der Arbeitermangel ist nach Dernburg entstanden aus einer Kette von falschen und unbedachten Maßnahmen der Pflanzler und einer Neigung zu einer sehr heftigen Behandlungsart. Der Pflanzler ist in der Kolonie allmächtig, er hat die materielle Macht des Besitzes, er beherrscht die Öffentlichkeit, soweit dort davon die Rede sein kann, er zwingt sogar die Bezirksamtsleute, ihm zu Willen zu sein, im Weigerungsfalle werden diese Beamten boykottiert.

Der Schwarze ist dagegen ganz rechtlos, er hat keine Möglichkeit, seine Beschwerden anzubringen, seine Sache bleibt ungehört, er kann nicht schreiben, kann nicht lesen, seine einzige Vertretung ist das Gouvernament und das Bezirksamt. Wenn der Gouverneur Rückgrat genug hat, ist für ihn die Sache leichter.

Aber... die Arbeitsbedingungen der Schwarzen in den Plantagen sind „höchst ungünstig“; der Lohn hat sich seit 10 Jahren kaum verändert; er geht bis zum Höchstbetrag von 60 Pf. pro Tag. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Am Ende des Tages nimmt der Arbeiter eine Mahlzeit, in 24 Stunden bekommt er einmal warm zu essen. Das Klima ist sehr ungünstig. — Nach der Arbeitszeit muß der Arbeiter noch seine Hütte bauen, sein Feld bestellen und sich das Essen selbst kochen. Häufig bekommt er erst zwei Stunden nach beendeter Arbeit etwas zu essen.

Der Kontrakt ist der reine Sklavenvertrag. Er lautet nicht auf Kalender-, sondern auf Arbeitsmonaten. Der Lohn von 12 Nupien versteht sich auf 30 abgearbeitete Tage a zehn Stunden. Sonntage und Regentage werden nicht bezahlt. Bei Betriebsstörung oder Krankheit bekommt der Mann nichts. Nach 30 Arbeits-tagen erhält er eine Monatsmarke und nach 6 Monatsmarken seinen Lohn — das ist nach neun Monaten, einem Jahr oder nach mehreren Jahren! Nimmt der Arbeiter Vorkauf, so verlängert sich seine Dienstzeit automatisch!

Für die Gesundheit der Neger geschieht gar nichts. Es gibt wenig alte Neger, die Sterblichkeit ist größer als die der Weißen. Kein Wunder! In Ostafrika bestehen Seuchenherde, wo Pest und Lepra herrscht; die Neger leiden an Magen- und Darmkrankheiten; Malaria, Schlafkrankheit und eine ganze Region anderer Krankheiten grassieren unter den Eingeborenen; auch die Syphilissterblichkeit ist sehr groß.

Auf all den Gebieten ist niemals etwas geschehen. Daß die Eingeborenen nicht gern freiwillig eine 45tägige Reise machen, um zu einem solchen Eldorado zu kommen, erscheint erklärlich; da muß Gewalt helfen. Die Werber gehen zu den Sultanen, geben diesen einen Vadschid und der bestimmt die Arbeitsopfer, die zur Pflanzung zu ziehen haben!

Die Pflanzler verlangen Steuererhöhung, um Polizei anstellen und damit größeren Druck ausüben zu können; sie verlangen Erhöhung der Rölle auf die Lebensmittel der Neger, um sie damit zu verschärfter Arbeit anzuspitzen!

So die Arbeiterzustände unter der weißen Ausbeutung! An Mißständen in der Verwaltung und auf anderen Gebieten fehlt es gleichfalls nicht.

Wie will nun Dernburg da Ordnung schaffen?

Die Reichsverwaltung muß sich auf den Standpunkt stellen, daß sie in erster Linie die Hüterin der in den Kolonien gültigen Rechts- und Staatsinstitutionen ist, daß sie demnach darüber wachen muß, daß die finanziellen Opfer für die Kolonien, welche das Reich bringt, in verständigen Grenzen bleiben; drittens, daß sie die einzige Instanz ist, welche bisher existiert, die in der Lage ist, die Rechte der Eingeborenenbevölkerung, die ja doch auch bestehen, wahrzunehmen.

So sagt Dernburg. Und da er ferner auf den Standpunkt steht, daß der Eingeborene das „wichtigste Aktivum“ in Afrika ist, so folgt daraus, daß eine Sicherung und Garantie der freien Entwicklung der Regestämme die Grundlage aller Maßnahmen sein müßten. Er versichert auch, daß er eine negativerhaltende Politik treiben wolle; die Regierung müsse „eine kräftige, gerechte, vertrauenswürdige Verwaltung dort einführen und halten, und vor allen Dingen den Leuten beibringen, daß sie von der deutschen Herrschaft einen Vorteil haben.“

Im einzelnen gedenkt Dernburg sein Ziel zu erreichen, indem er weiße Eingeborenenkommissare mit schiedsrichterlicher oder mit richterlicher Befugnis einsetzt. Diese Kommissare würden zunächst dort einzusetzen sein, wo die Reibflächen zwischen Schwarz und Weiß erheblich sind. Das ist besonders im Norden in den Plantagengebieten.

Weiter sollen staatliche Arbeitsordnungen erlassen werden, welche die Arbeitsbedingungen der Eingeborenen in den Plantagen regeln; vor allem sollen Bestimmungen über die Anwerbung, den Arbeitskontrakt, die Lohnzahlung, die Ernährung und Krankenpflege der eingeborenen Arbeiter getroffen werden. Ueber die Ausführung hätte der Eingeborenenkommissar zu wachen, der auch der natürliche Vertreter der Eingeborenen vor Gericht sein soll.

Die Hauptaufgabe der Kommissare soll die Wahrnehmung der Interessen der Schwarzen gegen die Weißen auch vor Gericht ex officio sein. Darauf lege ich Wert, daß die Beschwerden der Schwarzen ohne Kostenvorschub, falls sie der Kommissar für begründet erachtet, aufgenommen werden müssen.

Ebenso ist zu überlegen die Einschränkung des Züchtigungsrechtes des Karawanenführers wie des Plantagenleiters, ebenso notwendig wird es sein, mehr Geldstrafen zu verhängen. Vor allem wird es notwendig sein, daß die weißen Gerichte in ihrer rechtlichen Sphäre gegen Weiße ebenso unanschuldlich vorgehen, die sich Grausamkeiten haben aufschreiben lassen, wie es gerechtfertigt ist, daß gegen Schwarze darin vorgegangen wird. Ich mache den weißen Gerichten keinen Vorwurf, (!) aber die Empfindung, was recht und was unrecht ist, ist bei den Schwarzen vielleicht die einzig ausgebildete moralische Empfindung.

Den Plantagenbetrieb hält Dernburg nicht für das wichtigste in der Kolonie; es sollen daher die Regerkulturen stark entwickelt und gefördert werden. Davon erhofft er auch einen stärkeren Anstoß zu der jetzt sehr schwachen Vermehrung der Neger. Die Produktion und die Konsumfähigkeit der Eingeborenen soll gehoben werden. Und vor allem sollen die Gesundheitsverhältnisse der Neger gehoben werden.

Zu den Eingeborenenkommissaren soll demnach ein Sanitätsamt treten, wie auch die Ärzte schon Auftrag erhalten hätten, Untersuchungen über die körperliche Leistungsfähigkeit der Neger anzustellen.

Ein Landeskulturrat, das den Zweck hat, bessere Landeskultur in den Kolonien einzuführen, Versuche mit besseren Getreidearten zu machen, Wasserstellen aufzusuchen usw., soll zunächst den Abschluß der wirtschaftlichen Behörden bilden.

Zu diesen Neuerungen soll treten eine völlige Umgestaltung der Verwaltung. In den Gemeinden, die heute keine Gemeinden sind, soll zwar der „Bezirksrat“ bestehen bleiben, der Gouverneur soll aber größere Bewegungsfreiheit in der Zuteilung der Mittel erhalten. Der Bezirksrat ist eine Farce; er besteht im Bezirk Rufiji aus einem Landwirt und zwei staatlichen Hörtern. Stellvertreter sind drei Unteroffiziere. Daß hier auch Eingeborenen Rechte zugestanden werden sollen, scheint nicht beabsichtigt zu sein.

Die staatliche Verwaltung soll mehr Praxis und weniger Bureaunkratismus treiben, was damit erreicht werden soll, daß die Beamten in das Innere geschickt werden.

In wirtschaftlicher Beziehung steht Dernburg auf dem Standpunkt, daß vor allem der Handel zu pflegen ist und zwar weniger durch weiße Händler, die den Eingeborenen ihr Vieh weggegraben, sich mit den Sultansöchtern verheirateten und mit dem schwarzen Sultan getrunken und den deutschen Namen fast mehr heruntergebracht haben als irgend etwas anderes, sondern durch die landeskundigen Jnder, die lebenslanglich dort bleiben und ihren Verdienst in den Kolonien verzeihen. Der Handel, der gegenwärtig schon 36 Millionen umfasse, sei das wichtigste an den Kolonien.

Das ist das Programm Dernburgs für Ostafrika, das in seinen allgemeinen Grundsätzen Anwendung auch auf die anderen Kolonien finden soll. Als die ersten Andeutungen über dieses Programm in die Öffentlichkeit drangen, fiel jene Presse, die die Schwarzen für Freiwillig-

deutscher Kapitalisten und Abenteurer hatten, über Dernburg her — ganz unberechtigter Weise. Denn selbst, wenn dieses Programm in allen seinen Teilen durchgeführt wird, ist der Profit noch nicht gefährdet. Was Dernburg vorschlägt, sind Selbstverständlichkeiten, die vom ersten Tage der deutschen Besitznahme ab Geltung hätten haben sollen. Es erhöht nur den Stempel unserer Kolonialpolitik, daß 20 Jahre verstreichen konnten, bevor ein Leiter der Kolonialpolitik daran geht, die Pflichten einfacher Klugheit zu erfüllen. Am dem Charakter der Kolonialpolitik selbst ändert das Programm nicht das mindeste! Das zeigen auch die englischen Kolonien, in denen seit Jahren „Arbeitsordnungen“ bestehen und die sonstigen Reformen Dernburgs durchgeführt sind.

Eine neue Nummer.

Endlich wird halbamtlich angezeigt, daß der Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel von seinem Posten zurücktritt. Bekannt war die Untermäßigkeit des Herrn v. Stengel schon seit drei, vier Wochen. Wiederholt wußten gute Beziehungen zu den Ministerien unterhaltende Mütter zu melden, daß er bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht habe und in den allernächsten Tagen gehen werde. Doch die amtliche Mitteilung, daß das Abschiedsgesuch in Gnaden genehmigt sei, verzögerte sich — da man keinen Nachfolger für Herrn v. Stengel zu finden vermochte. Die Kandidaten, die man fragte, lehnten dankend ab, und ebenso einige Finanzminister, denen man den Posten zugeordnet hatte. Keiner trug in Anbetracht der schönen Finanzlage des Reiches und der abhängigen Stellung des Reichsschatzsekretärs Verlangen, die Erbschaft des Reichsschatzsekretärs anzutreten. So sah man sich gezwungen, auf die Unterstaatssekretäre zurückzugreifen. Aber wen konnte man nehmen? Herr Zwele, der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, ist kein guter Redner, nicht schneidig genug, vielleicht auch zu sehr von des Gedankens Wäse angekränelt. Herr Reinhold Sydow, Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, schien besser für den Posten qualifiziert. Er besitzt zwar keine finanziellen Fachkenntnisse; nachdem er im Jahre 1870 Kammergerichtsdirektor geworden, bekleidete er bis 1888 richterliche Funktionen und trat dann als Oberpostrat in das Reichsschatzamt ein, in dem er nach und nach zum vortragenden Rat, Geh. Oberpostrat und Unterstaatssekretär aufstieg; aber er kann ziemlich gewandt reden, hat trotz seiner verbindlichen Umgangformen etwas vom Draufgänger und schreit nicht zimperlich vor Aufgaben zurück, die feinsinnigeren Naturen als bedenklich erscheinen. Den Beweis dafür liefert sein Verhalten bei den Beratungen der Reichsfinanzreform des Jahres 1908. Herr Straetzle schien, trotzdem auch er, wie die jüngsten Debatten im Reichstag aufs neue gezeigt haben, gerade nicht zu den feinsinnigen Naturen gerechnet werden kann, die Wiederabfassung der von seinem früheren Chef v. Bodhewitz eingeführten Ortsporto-Ermäßigungen doch etwas bedenklich; wenigstens hielt er es für besser, seine Persönlichkeit bei dieser Angelegenheit im Hintergrunde zu halten. So sprang denn Herr Sydow als selbstbewußter Beamter in die Lücke und begründete nach allen Regeln rassistischer Argumentationskunst den postfaktischen Rücktritt zugunsten der Reichsfinanzreform.

Ein solcher Mann, der sich auch vor der Inangriffnahme heikler, anstrengender Fragen nicht fürchtet, der dem Parlament die Stirn zu bieten wagt, es mit der Logik, wenn es im Interesse des Dienstes sein muß, nicht allzu genau nimmt und sich den Erleichterungen höherer Stellen unterordnet, schien dem Fürsten Bülow unter der Keimling-Kunst, die er hatte, als der Geeignteste, die Reichsfinanzreform im konservativen Sinne durchzuführen — und so wurde auf seinen Vorschlag Herr Sydow Reichsschatzsekretär.

Doch selbst Herr Sydow mußte eine Extragratisifikation eingeräumt werden, damit er sich zur Annahme des ihm angetragenen Postens verstand — nämlich die gleichzeitige Ernennung zum Staatsminister und Mitglied des preussischen Staatsministeriums. Bisher gehörten außer dem Staatssekretär des Innern — der bekanntlich zugleich Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums ist — von den Reichsministern nur der Kriegsminister und der Staatssekretär des Reichsmarineamts dem preussischen Staatsministerium an. Herr v. Stengel blieb von dieser Ehre ausgeschlossen.

Durch diese Aufnahme in das preussische Ministerium erhält der neue Reichsschatzsekretär außer einer Gehaltssteigerung das Recht, dort persönlich seine Auffassungen zu vertreten und Differenzen zum Ausdruck zu bringen. Am wenigsten mag das dem preussischen Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben, der bislang in dem Konzert die erste Geige spielte, in seine Absichten passen. Gerade deshalb aber wird Bülow um so eindringlicher für diese Bevorzugung des neuen Reichsschatzsekretärs beim Kaiser plädieren haben; denn Herr v. Rheinbaben ist im Staatsministerium Bülows unbehaglicher Gegner. Durch Herrn Sydows Eintritt in das Kollegium erhält also der Kanzler bzw. preussische Ministerpräsident eine unter Umständen recht gut verwendbare Verstärkung, umso mehr als durch die Ernennung des neuen Reichsschatzsekretärs zum Mitglied des preussischen Staatsministeriums dessen Verhältnis zum Reichskanzler nicht geändert wird. Herr Sydow bleibt gewissermaßen Substitut des Kanzlers. Eine Kenderung könnte nur dadurch bewirkt werden, daß der Reichsschatzsekretär zum selbstverantwortlichen Schatzkanzler avancierte, und an ein solches Avancement, das zugleich eine Kenderung der Reichsverfassung bedeutet, ist vorläufig nicht zu denken.

In ganzen ist es indes ziemlich gleichgültig, ob Herr Sydow den vom Freiherrn v. Stengel verlassenen Sessel einnimmt oder irgend ein anderer. In Anbetracht der Machtverteilung in Preußen und der Charakterlosigkeit des offiziellen Preussens würde auch ein anderer schließlich nur eine Finanzpolitik treiben können, die nicht gegen das Interesse der Agrarkonservativen verstößt und ihre Billigung findet. Herr Sydow wird vielleicht bei der Empfehlung seiner zukünftigen Reichsfinanzpläne etwas mehr den strammen Bureaucraten hervorstechen, während ein Kandidat als Schatzsekretär mit längeren technischen Darlegungen und liberalen Phrasen aufwartet hätte; aber in welcher Sauce die Reubelastungen serviert werden, ob in einfacher Sauce oder mit Champignonsauce, macht keinen großen Unterschied.

Bildungschwindel.

Am nächsten Montag hält der Zentralausschuß der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ eine Sitzung ab, in der er zu der Liegnitzer Verfügung Stellung nehmen will. Vielleicht wird die Debatte über die Verfügung selbst nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Aber die Kultusdebatten im preussischen Landtage haben doch eine Anzahl damit zusammenhängender Tatsachen emporgewirbelt, so daß es den Herren des Zentralausschusses an Beratungsmaterial nicht fehlen wird. So werden sie den Bericht ihres Vorsitzenden, des Prinzen — man denke! — von Schönau-Carolath über seine „Ansprache“ mit dem Kultusminister entgegenzunehmen haben; sie werden ferner mit ihrem Geschäftsführer, dem schreib-

seligen ehemaligen Lehrer Teubert einige ernste Worte zu reden haben, und zwar je nachdem wegen der Aufnahme der anstößigen Schriftsteller in die Bibliothekskataloge der Gesellschaft oder aber umgekehrt wegen seiner bereitwilligen Streichung dieser Autoren, nachdem ihm vom Kultusminister gewinkt worden war. Sie werden auch vielleicht noch über neue Wege nachdenken, durch die die Gesellschaft rascher und vollkommener als durch die bisherige reuehelle Unfertigkeit in die wärmende Sonne der Regierungsgunst gelangen kann.

Hoffentlich ist durch die ergötliche Farce, die in den letzten Tagen bei der Beratung des Kultusrats im preussischen Landtag mit der Volksschulbildung angeführt wurde, auch den vertrauensvolleren und gläubigeren Gemütern ein Verständnis für den bürgerlichen Bildungschwindel aufgegangen.

Wenn die Junker konsequente Gegner jedweder Volksschulbildung sind, und wenn sie lieber heute als morgen alle Schulen auf dem Lande zu Schächeln, Viehställen oder Tagelöhnermassenquartieren umwandeln möchten, so ist solches Streben bei ihnen ohne weiteres begreiflich. Diese stiermännige, kurzstirnige Sorte von Zeitgenossen hat von einer Erhöhung der Volksschulbildung nichts zu gewinnen; wohl aber kostet jede neue Schule, jede neue Lehrveranstaltung, ja jeder neue Schüler Geld, und dabei werden die Landbesitzer nur nach um so ungeheurer, je mehr sie wissen. Man kann den Junkern auch nicht den Vorwurf machen, daß sie mit ihrer Feindschaft gegen die Volksschulbildung hinter dem Berge hielten, sie haben oft genug offen und unabweislich ihre Abneigung gegen Ausflüchtung jedweder Art Ausdruck gegeben.

Anderes hat sich von jeher die feige, doppelzüngige, rechnungs-trägerische Bourgeoisie benommen. Zur Errichtung von Schulen mußte sie sich freilich bequemen, die wirtschaftliche Notwendigkeit zwang sie einfach, der breiten Masse des arbeitenden Volkes eine gewisse Elementarbildung einzuräumen, sofern sie aus ihr brauchbare Auszubildende holen wollte. Ueber dieses gewisse Mindestmaß von Bildung für das Volk ist die Bourgeoisie aber in der Praxis nie hinausgegangen; ängstlich und knauserig hat sie jeden Pfennig lange hin- und hergewendet, wenn das Anwachsen der Bevölkerung oder der Druck von unten sie zu neuen Ausgaben für die Schule unerbittlich nötigte.

So zugeknöpft und sparsam aber das Bürgerthum stets in der Praxis und mit dem Gelde gewesen ist, so offenerzig, redselig und verschwenderisch war es von jeher in der Theorie und mit schönen Redensarten. Wenn man den pathetischen Versicherungen der liberalen Schönredner und Schulpolitiker glauben könnte, so gäbe es keine schulfreundlichere Partei als die liberale Bourgeoisie. Zwar bewies sie dies niemals und nirgends durch die Tat, wann und wo sie auch immer die Macht in Händen hatte; ihr bildungsfreundliches Programm hat sie auch in solchen Staaten nicht verwirklicht, in denen sie völlige Bewegungsfreiheit besitzt. Wohl aber hat sie einigen ihrer Ideologen gütigst gestattet, sich auf dem Lande der durch die Junker verwahrlohten Volksschulbildung im bürgerlichen Sinne ein wenig anzunehmen und in der Stadt der Verführung des Volkes durch die Irreführer der Sozialdemokratie entgegenzuwirken.

Diesem Zwecke dient insbesondere die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“. Wohl hat sie im Laufe der drei Jahrzehnte ihres Bestehens einiges zur Hebung der Volksschulbildung — was man im bürgerlichen Sinne so darunter versteht — getan, sie hat Vorträge halten lassen und Bücher in breitere Schichten gebracht. Aber diese Tätigkeit stand von Anfang an unter dem Zeichen der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Gründungsauftrag der Gesellschaft im Jahre 1871 war offen gerichtet „an alle Freunde deutscher Bildung und Bestimmung, ja an alle diejenigen, welche die Gemeinsamkeit der geistigen Interessen anerkennen und einseitig materiellen und sozialistischen Richtungen die gemeinsamen Kulturschätze und die solidarische Kulturarbeit unseres Volkes entgegenstellen wollen.“ Durch dieses offene Zugeständnis und ferner auch durch die politische Stellung der Begründer der Gesellschaft hat sie sich von vornherein als ein Agitationsmittel der Liberalen gegeben, für die Arbeiterschaft ist sie niemals in Frage gekommen, kaum daß der eine oder andere Arbeiter etwas von ihrer Existenz gewußt hat. Für die Praxis des proletarischen Kampfes ist deshalb auch der jüngste Eingriff des Kultusministers in die Tätigkeit der Gesellschaft völlig gleichgültig, so gleichgültig, wie dem Proletariat die Existenz der ganzen Gesellschaft überhaupt ist. Die liberale Gesellschaft für Volksbildung ist heute so wenig wie früher eine Schülerin der „gemeinsamen Kulturschätze“, sondern der breite und feste Rücken des Klassenbewußten Proletariats wird die Kultur aus der heutigen Zeit der Kulturwidrigen Rechtslosigkeit und Ausbeutung in eine sonnigere Zukunft der menschlichen Gesellschaft hinübertragen.

So gleichgültig aber die Arbeiterschaft das sozialistenfeindliche Gebaren der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ gelassen hat, so haben sich von Anfang an die Junker über die bescheidenen Versuche der Gesellschaft, auf dem platten Lande die krassesten Lücken der heutigen Volksschulbildung in ein wenig anzufüllen, erbozt. Sehagte ihnen schon der Liberalismus im allgemeinen nicht, so behagte ihnen die liberale Bildungsspielerei im besonderen erst recht nicht. Nur vermochten sie bisher wenig dagegen zu tun; so lange die Liberalen in Opposition zu den Konservativen standen, war das Schlagwort vom bildungsfeindlichen Junkertum eines der beliebtesten Argumente der Herren Teubert und Besinnungsgenossen, das sie sich nicht ablassen ließen. Erst die gegenwärtige Kez der liberalen Völkerverdrängung hat es den Konservativen ermöglicht, auch die liberale Volksschulbildungsbewegung noch ihres letzten harmlosen Stachels zu entkleiden und sie damit öffentlich und vor aller Welt als den Bildungschwindel zu demaskieren, den sie in Wirklichkeit darstellt.

Die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ hat durch ihre bereitwillige und schmähliche Unterwerfung unter die Zensur eines reaktionären preussischen Kultusministers schließlich nur einen letzten Schritt vollzogen. Bisher unterstand sie nur der liberalen Zensur, die sich mit Volksschulbildung, Objektivität und Wissenschaftlichkeit drapierte, ohne daß eines von den dreien in Wirklichkeit vorhanden gewesen wäre. Jetzt hat die Gesellschaft noch einen Zensur dazu akzeptiert, der von den liberalen Schamislägern wenigstens den Vorschau voraus hat, daß er seine reaktionäre Gesinnung offen zur Schau an die Stirne geschrieben trägt.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft mag aus diesem Vorkommnis erneut die Bestätigung entnehmen, daß sie mit ihren eigenen Bildungsbestrebungen auf dem richtigen Wege ist. Es gibt keine Neutralität auf dem Gebiete der Bildung und Volksschulbildung; wer sich der Arbeiterschaft naht mit der Wiederhermannsinnens des objektiven Volksschulbildungspostels, dem ziehe man die schneidende Wäse vom Gesicht, und man wird sehen, daß etwas ganz anderes als reine Liebe zum Volke dahinter lauert. Mehr als je zuvor ist durch die jüngsten Kultusdebatten das Wort Liebedeuts bestätigt worden, das er schon im Jahre 1872 sprach: „Es hat noch nie eine herrschende Klasse, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzte und nicht im Gegenteil systematisch ihnen die echte Bildung, die Bildung, welche frei macht, abgeschnitten hätte.“

Auch in Bezug auf die Bildung kann die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Das stärkere Oesterreich.

II. Das Oesterreich des allgemeinen Wahlrechts.

Die innere Erklarung Oesterreichs ist die offensichtliche Folge der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Die dadurch geschaffene neue politische Zusammenfassung des Staates hat die Probe ihrer Festigkeit in der Annahme des österreichisch-ungarischen Ausgleichs abgelegt. Dieser große Erfolg der österreichischen Regierung hat auch das Ansehen Oesterreichs im Ausland stark gehoben. Er machte Eindruck in den deutschen Regierungskreisen, wenigstens nach dem Artikel zu urteilen, den die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über das Verfehlwerden des Ausgleichs schrieb und der darin gipfelte, daß Oesterreich-Ungarn dadurch eine Integrität gezeigt habe, die auch in der auswärtigen Politik als Wachstator sich geltend machen werde und von den Nachbarstaaten wohl beachtet werden müsse.

Aber diese innere Politik, die zur Erklarung des österreichischen Staates geführt hat, steht in einem ebenso offensichtlichen Widerspruch zu den preussischen Regierungsmaximen. In dem unter dem Befehl der preussischen Regierung stehenden Deutschen Reiche sieht man im allgemeinen Wahlrecht nicht mehr die Grundlage der Integrität des Staates, sondern vielmehr die Quelle aller Hebel.

Die preussische Regierungskunst besteht darin, mit Hilfe der Junker zu regieren und mit Hilfe einer Bauernarmee Volksschulbewegungen niederzuhalten. Diese Kunst bewährte sich in der deutschen Konterrevolution und erhielt ihre Glorie in den späteren preussischen Kriegen. Sie imponierte deshalb nach außen und wurde nicht minder von der österreichischen Regierung als ein nachahmungswertes Muster angestrebt. Doch man in Oesterreich mit dieser Politik zu brechen müssen und nach wiederholten Versuchen, mit dem Grundbesitz, mit dem Klerus, mit dem Kleinbürgertum zu regieren, dazu kam, sich auf die breiten Volksmassen zu stützen, ist das Zeichen einer Veränderung der sozialen Verhältnisse, die im Deutschen Reiche sogar noch viel stärker zum Ausdruck kommt, nur daß der Reichsregierung die Einsicht fehlt, daraus die nötigen politischen Konsequenzen zu ziehen.

Während die österreichische Regierung die Volksmassen in Bewegung setzt, um mit den Miquel- und Fraktionsinteressen fertig zu werden, ist die höchste politische Weisheit, zu der man in Deutschland gelangt ist, die, daß man die Fraktionen zusammenkloppt, um, den vorhandenen Mandatsbesitz ausnützend, unter dem steigenden Unmut der Bevölkerung parlamentarische Beschlüsse zu fassen.

Die österreichische Regierung hat das allgemeine Wahlrecht gewiß nicht zu dem Zwecke sich gefallen lassen, um die Sozialdemokratie großzuziehen. Aber sie mußte einsehen lernen, daß das für sie der einzige Weg zur Machtentfaltung des Staates ist. Vorderhand hat denn auch die österreichische Regierung aus dem allgemeinen Wahlrecht viel mehr politisches Kapital geschlagen, als wir. Denn die Erfolge der österreichischen Sozialdemokratie bei den Wahlen sind ja vor allem das Ergebnis ihrer früheren Entwicklung: die österreichische Sozialdemokratie ist nicht unter dem allgemeinen Wahlrecht, sondern ohne allgemeines Wahlrecht stark geworden — die Wahlen haben bloß gezeigt, wie stark unsere Partei in Oesterreich bereits geworden ist. In welchem Tempo die Entwicklung unserer Partei in Oesterreich weiter vor sich gehen wird, muß sich in der Zukunft erweisen, — die Macht des österreichischen Staates aber steht vor allen Augen. Also, ein schwacher Staat und eine starke Sozialdemokratie, oder eine stärkere Sozialdemokratie und steigende Macht des Staates — so stand die Wahl in Oesterreich.

In Deutschland aber hält man aus Furcht, die Sozialdemokratie zu stärken, die Machtentfaltung des Staates zurück. Denn daß ein straffes Volkzregime und das Aufgebot äußerer militärischer Machtmittel noch keineswegs die Stärke des Staates ausmachen, daß dahinter sich vielmehr die Schwäche des Staates verbergen kann, dafür legt uns ja jetzt wieder das Jarenreich ein recht deutliches Beispiel ab. Paht man die politischen Zusammenhänge des Deutschen Reiches ins Auge, so gewinnt man eine ganz andere Vorstellung. Um bei der Analogie mit Oesterreich zu bleiben, so würde die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen zweifellos zur Stärkung des Reiches führen. Das Hindernis der einheitlichen Entwicklung des Reiches bilden längst nicht mehr die süddeutschen Kleinstaaten, sondern Preußen mit seinem Junkerregime; rückwirkend wird dadurch auch der süddeutsche Partikularismus gefördert. Die Einführung eines demokratischen Wahlrechts in Preußen ist die längst erkannte Konsequenz des Reichstagswahlrechts, das von vornherein die parlamentarische Grundlage der deutschen Reichseinheit bildete. Dennoch erscheint der Reichsregierung die Untertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ungewöhnlich — aus Furcht vor der Sozialdemokratie und weil sie an der preussischen Tradition festhält, mit Hilfe der Junker zu regieren.

Aber so sehr man sich auch in Deutschland durch die Entfaltung eines äußerlichen staatlichen Pompes von Panzerkorpsen und Armeen, durch die formelle Handhabung der politischen Gewalt und durch die Ohnhohe der 1870/71 geschaffenen politischen Tradition über den wirklichen Sachverhalt täuschen läßt, so hat man doch längst einsehen müssen, daß die Machtstellung des Deutschen Reiches und sein Ansehen im Auslande rasch abnehmen. Noch weniger kann man sich der Erkenntnis verschließen, daß Oesterreich stark in die Höhe kommt.

Man hat in Rußland geglaubt, Deutschland stehe hinter den österreichischen Balkanbahnen. Denn, erstens sieht seit dem Berliner Kongreß die russische patriotische Presse hinter jedem Mißgeschick der russischen Diplomatie die deutsche Hand; zweitens, ist man in Rußland immer noch der Meinung, Deutschland sei wirklich — und nicht bloß auf dem Papier — der Verbündete Oesterreichs; drittens, hält man viel von dem deutschen Einfluß bei der Wörte. Die deutsche Gesandtschaft in Petersburg besitzt sich, diesen Verdacht zu zerstreuen. Die deutsche Regierung, ließ sie erklären, habe bis zur letzten Stunde auch nicht das geringste von den österreichischen Unterhandlungen gewußt, sie habe von der Sache nur erfahren, wie sie bereits perkt war, und zwar nicht früher als die russische Regierung, und sie sei nicht minder überrascht gewesen, wie diese — man liest leicht heraus: u n a n g e n e h m überrascht.

Dieselbe Politik, die das Reich im Innern schwächt, bringt Deutschland mit Oesterreich auseinander. Was auch aus der preussischen Polenvorlage werden mag — wenn sie Gesetz wird, wird sie die polnischen nationalen Bestrebungen nicht schwächen, sondern stärken — so hat sie doch schon jetzt das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich in einer Weise getrübt, wie keine Maßregel zuvor. Man sieht man sich von Oesterreich umgauen.

Die Erklärung der deutschen Volkshast war höchst überflüssig. Denn wenn man auf alle Anrempelungen der chauvinistischen Presse der fremden Länder antworten sollte, so hätte man viel zu tun, und eine Gefahr diplomatischer Verwicklungen mit Rußland bestand sicher nicht. Aber die Erklärung war von der Miquelst diktirt, die der österreichische Erfolg erwartete. Diese und der blaße Reib werden noch reichliche Nahrung finden in der Entwicklung Oesterreichs.

Denn in den wenigen Monaten seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts hat Oesterreich eine Sicherheit des politischen Auftretens gewonnen, wie man sie seit vielen Jahrzehnten von ihm

nicht mehr gewöhnt war. Das schwache, national getriebene Oesterreich wird stark durch Demokratie!

Und Deutschland? Es fehlt nur noch, daß bei den nächsten Wahlrechtsänderungen Maschinengewehre aufgeföhren werden und ein patriotisches Blutbad errichtet wird — dann wird man sehen, wie sehr dadurch die Machtstellung des Reichs gesteigert werden wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. Februar 1908.

Schadgesetz und Justizdebatte.

Zunächst wurde in der Freitagsitzung des Reichstages das Schadgesetz in zweiter Lesung angenommen nach einer kurzen Debatte, in der Genosse Singer die Zustimmung auch der Sozialdemokratie erklärte. Das Gesetz hat den Vorteil, die Schicksal als Zahlungsmittel auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, so daß dadurch die unrichtige Aufbewahrung großer Darlehen sich erübrigt.

In der Justizdebatte stellte Genosse Franz gegenüber dem Nebenbündigen Dekret: „es gibt keine Klassenjustiz“ ausdrücklich fest, daß sogar das Landgericht Berlin I am 17. Juli 1899 in einem Erkenntnis festgestellt hat, daß in Dresdener Urteilen die Arbeiter als Personen minderen Rechts behandelt worden seien. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Wagner wies er nach, daß die Kriminalität der Jugendlichen zurückgehe, aber besonders stark sei sie in rein ländlichen Bezirken. Der Grund für das Anwachsen der jugendlichen Kriminalität dort liege in der Ueberhandnahme der Ainderarbeit, während gerade die sozialdemokratischen Bestrebungen für Aufklärung der Jugend die Tendenz hätten, deren Bildung, Kultur und Moral zu fördern. Dabei ließ Franz noch einige Bemerkungen über das schwächliche Verhalten des Vereins für Volksbildung gegenüber den Henkerversuchen des preussischen Kultusministers fallen. In einigen kurzen treffenden Worten rechnete er auch mit den Verdächtigungen ab, die der edle mecklenburgische Kammerherr Rudolf v. Malhan gegen Stadthagen wegen dessen Ausscheidung aus dem Anwaltsstande auszusprechen versucht hatte.

Herr Müller-Weinigen machte vom freisinnigen Standpunkt allerhand Justizreformen geltend, wobei sich seiner Brust der charakteristische Warnungsruf entrang: die bürgerlichen Parteien dürften der Sozialdemokratie nicht die Kritik an den Schänden der Rechtspflege allein überlassen. Dann vertiefte er sich in eine Polemik gegen eine drohende Wiederbelebung der Verheine, verwarf aber manche treffende Bemerkung durch gereimte und ungerimte Sturillitäten, die er selbst zwar für wichtig hält, die jedoch über das bescheidene Maß des Vierkants an Philisterstammischen nicht hinausragen. Auch Herr Müller ging auf den Kampf zwischen Herrn Holle und dem Volksbildungsverein unter dem Vorsitz des Prinzen Schönath-Carolath ein. Zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte kam es, als nunmehr der Vizepräsident Raempf dem Prinzen Schönath-Carolath das Wort erteilte und dieser auch das Verhalten des Volksbildungsvereins verteidigte. Einige Konserervative, voran Herr Streth bestürmten unter unartikulierten Aeußerungen des Unwillens den amtierenden Präsidenten, er solle den Prinzen Schönath-Carolath nicht weiter über die Frage reden lassen, da sie nicht zur Tagesordnung gehöre. Anstatt nun diese unbedingte Zumutung zurückzuweisen, da ein Angreiffener unbedingt das Recht haben muß, sich gegen Angriffe die zugelassen waren, auch im Laufe der nämlichen Debatte zu verteidigen, verlor Herr Raempf so weit den Kopf, daß er die Ausführungen des Redners durch eine Geschäftsordnungsdebatte unterbrechen ließ. Er sah sich erst nach einiger Zeit so weit, daß er die Geschäftsordnungsdebatte abbrach und den Redner seine Ausführungen beenden ließ.

Dann kam es zu einer langen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. v. Malhan und dem Genossen Stadthagen über das gegen den letzteren ergangene Disziplinarurteil, das im Laufe der Debatte von Herrn v. Malhan wörtlich verlesen wurde. Stadthagen wies überzeugend nach, daß das Urteil ergangen ist unter Nichtberücksichtigung gesetzlicher Vorschriften und obendrein ohne daß die Vorbedingung eines vorausgegangenen Strafverfahrens wegen der angeblichen Verfehlungen Stadthagens erfüllt worden wäre. Gefällt ist das Urteil obendrein unter der Mitwirkung von vier Richtern, die in einem zweiten Punkte eine angebliche Verleumdung aller Richter also auch ihrer selbst, als Grund zur Ausstoßung Stadthagens aus dem Anwaltsstande angeführt haben. Schon diese Tatsachen allein, abgesehen von allen den sonstigen Begleiterscheinungen des Verfahrens und des Nachspiels, das es gefunden, müßten nun jeden objektiv denkenden Menschen zu der Ueberzeugung bringen, daß es sich um ein Urteil aus politischen Gründen handelt, das ein ausländischer Gegner niemals gegen den Geschädigten vorbringen dürfte. Es ist bezeichnend für den Reichslügenverband und seine Klienten, daß Stadthagen sich trotz wiederholter öffentlicher Klarstellungen des Falles heute abermals mit den wieder aufgewärmten Verdächtigungen herumzuschlagen mußte.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus haben die Beratungen des Kulturbudgets Auen so langsamen Gang genommen, daß der Präsident am Freitag bereits zu einer Abendung seine Plätze nehmen mußte. Die Debatte selbst, die sich um das Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ drehte, verlor sich in Einzelheiten. U. a. stellte der Minister Dr. Holle auf Anregung verschiedener Redner die Verlässigung der Lehrerinnen an Privatschulen bei der bevorstehenden reichsgesetzlichen Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten in Aussicht. Bis dahin soll ihnen durch die neu errichtete Abteilung an der Deutschen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erziehenden geholfen werden. Weiter kündete er einen neuen Lehrplan für die Mittelschulen und eine Erhöhung des Fonds für Witwen und Waisen solcher Volksschulen an, die vor dem 1. April 1907 pensioniert sind. Sie notwendig das ist, lehrt die Tatsache, daß es heute in Preußen noch Lehrwitwen mit weniger als einer Mark Pension täglich gibt, und auch diese geringe Unterstützung wird ihnen nicht einmal fortlaufend, sondern von Jahr zu Jahr gewährt.

Vor Beratung des Kulturbudgets nahm das Haus gegen den Widerspruch des Abg. Croemel (fr. Vg.), der darin eine Schädigung privater Interessen erblickte, in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Herstellung einer Eisenbahn-Dampferverbindung zwischen Salmuth und Trellenberg an.

In der Abendung legte sich das Dreiklassenparlament der Abwechslung halber einmal für den jüdischen Religionsunterricht ins Zeug, was Herr Cassel in feierlicher Rede bei Grad und weicher Stimme dankbar registrierte. Herr Hammer aus Zehlendorf, einstmalig biederer Malermeister, jetzt eifriger Bekämpfer des „Wasserkopfes“ Berlin, schwang nicht wie früher den Pinsel, sondern

Florant und Cabul. Er fehlte nämlich in einer durch keinerlei Sachkenntnis getrübbten Vorlesung über die Hochkunst die Vorgänge des Diebs- und Stohlschlechts aufeinander, wobei er sich mehrmals verflüchtete, als er den Namen eines italienischen Zeichners auszusprechen versuchte. Die feudalen Herren auf der Rechten waren von dieser Leistung eines nichtfaktionsfähigen Malers sichtlich unangenehm berührt.

Nach längeren belanglosen Neben über das Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ setzten die wenigen anwesenden Abgeordneten den Schlaf zu Hause fort.

Der abgeblühte Herr Kopsch.

Ueber eine Absicht des Herrn Kopsch in einer Versammlung des freisinnigen Jugendvereins Eugen Richter berichtet die „Volks-Ztg.“:

In der Diskussion führte der unheimliche Herr Kopsch den Uebergang der Arbeiter zur Sozialdemokratie darauf zurück, daß der Freisinn lange sozialpolitisch rückständig gewesen wäre; er sprach über Mittel und Wege, die Arbeiter zurückzugewinnen. Als er sich, um seinen Speech nach Schema F zu vollenden, nicht enthalten konnte, zum Schluß in bekauanter geistloser Weise gegen die „Quartiervereine“ der Herren Barth und Breitfeld zu polemisieren, erregte er zahlreiche Kundgebungen des Mißfallens.

Die folgenden Redner, darunter ein Gewerbetreibender, sprachen sich mit größter Entschiedenheit dahin aus, daß der Freisinn nur durch soziale Taten seinen früheren Einfluß zurückgewinnen könne. Dem Arbeiter solle es schwer, einer Partei zu vertrauen, die gegen das Verharmeln der Marinebeholden mit den Arbeiterorganisationen gestimmt hätte; deren Mitglieder in denjenigen Städten, in denen der Freisinn die Macht habe, noch dem unsozialen Geiste des Manchesterismus der sechziger Jahre hulbigen und soziale Forderungen, wie die Arbeitslosenversicherung, die Schaffung von sozialen Ausschüssen, die Uebernahme von Arbeiten in städtische Regie, unter den Tisch fallen lassen. Es sei erforderlich, daß das Eisenacher Programm in sozialer Sinne umgestaltet und für die kommunalen soziale Mindestforderungen aufgestellt werden. Als der Vorsitzende, Syndikus Meyer, die Kritik freisinniger Abgeordneter und Stadtverordneter einzusammeln suchte, fand er den lebhaftesten Widerspruch seitens der Versammlung, die sich entschieden das Recht der freien Kritik, wie sie von den „Eigentümern“ ausgeht, vorbehalten wissen wollte. Im Schlusswort suchte der Referent die Zustimmung bezüglich der Arbeiterorganisation mit Gränden „technischer Natur“ zu erklären. Eine schwache Verteidigung!

Es ist ja sehr erfreulich, daß Herrn Kopsch und seinen Leuten in der Versammlung so kräftig belangeludet wurde. Aber so lange die Fische, Kopsch und Wiemer die Tonangebenden in der freisinnigen Volkspartei sind, wird Herr Kopsch solche kleine Unfälle leicht verschmerzen.

Bürgerchaftswahl in Hamburg.

Genosse Umhau, dem bei der in der vorigen Woche vorgenommenen Eraywahl zur Bürgerchaft nur 21 Stimmen an der Majorität gefehlt haben, siegte heute, wie und telegraphisch gemeldet wird, bei einer Wahlbeteiligung von 98 Prozent mit 48 Stimmen Mehrheit. Die „entschieden“ Liberalen hatten es wenigstens zur Hälfte über sich gewonnen, unseren Genossen gegenüber dem antidemokratischen „liberalen“ Gegenkandidaten zu unterliegen.

Die Wahlrechtsfrage in Weimar.

Einen Grad vernünftiger als Wilow ist der weimarsche Staatsminister Dr. Nothe. Bei Beratung eines Antrages auf Abänderung des Landtagswahlgesetzes erklärte er, daß die Regierung gegen die Einführung des direkten Wahlverfahrens nichts einzuwenden habe. Damit war allerdings die Energie der Regierung erschöpft. Sie will erst die weiteren Beratungen und die Ausschuhverhandlungen abwarten, ehe sie eine Vorlage über die Landtagswahlreform einbringt.

Auch ein freisinniger Führer.

Der vom „Vorwärts“ wiederholt gelanzte Führer der Breslauer Freisinnigen, Justizrat Heilberg, berüchtigt geworden dadurch, daß er sequend seine Hände über die Hahfeld-Durchlaucht hält, unternahm am Donnerstag in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung einen skandalösen Vorgang gegen das Recht der Stadtverordneten an den Handlungen des Magistrats in der Stadtsdebatte Kritik zu üben. Als nämlich eine Reihe Redner in der Generaldebatte über den Etat, also über das wichtigste, was es in einem Stadtparlament geben kann, gesprochen hatten, erklärte er: Fast alles, was die Redner — vornehmlich meinte er wohl den sozialdemokratischen! — vorgetragen, gehöre gar nicht zum Etat. Was dazu zu sagen gewesen wäre, hätte bereits in umfassender Weise der — Referent des Staatsauschusses gesagt! Es sei überhaupt nicht nötig, drei Sitzungen mit einer Debatte über den Etat zu verschwenden! Es sei auch nicht nötig, daß man dem Reichstage diese höchst überflüssige Uningen nachmache, beim Etat „über alles Mögliche und noch etwas mehr“ zu reden!

Der Oberbürgermeister, der infolge der sozialdemokratischen Kritik in der Pötsche sah, schämte sich und — wenige Minuten später wurde ein Schlußantrag angenommen und unserem Genosse Hebe das Wort abgeschnitten. (Im Breslauer Rathaus haben bekanntlich die Freisinnigen die Mehrheit!)

Und was war es, was „nicht zur Sache gehörte“? Unser Redner hatte auseinandergesetzt, daß der freisinnige Magistrat auf seinen freibühnen freireligiöse Prediger schikanieren läßt, daß der Magistrat skandalöse Gestaltungsanfänge treibe und Arbeiterturner wegen ihrer Ueberzeugung obdachlos mache, daß sich der Oberbürgermeister in seinem Hah gegen die Sozialdemokratie wiederholt der Unwahrheit schuldig gemacht, daß die Arbeiter-Steuerzahler in Breslau für Bürger zweiter Klasse erklärt würden, und daß der Magistrat den städtischen Arbeitern das Koalitionsrecht in ungeschicklicher Weise beschneide. Dagegen steht sich dieser freisinnige Führer zur Wehr und seine Betreuen stimmen ihm zu! Die wichtigste Kritik, die der Gesamtheit des Magistrats, die der gesamten Verwaltung der Stadt, soll nach den Wünschen dieser Freisinnigen unterbunden werden! Das vornehmste Recht des Stadtverordneten, beim Etat alles, was die Stadt angeht, zu besprechen und die Wünsche der Steuerzahler vorzutragen, tritt so der freisinnige Führer mit Füßen. Und welche Kurzsichtigkeit er dabei entwickelt! Die freisinnige Mehrheit geht totschier in den nächsten Jahren zum Teufel! Dann müssen die Freisinnigen wieder „Opposition“! Und dann Hops! man ihnen mit ihren eigenen reaktionären Argumenten den Mund!

Unzuverlässigkeit, dein Name ist Freisinn! —

Ein Kinderleben durch Richterspruch vernichtet.

Zu dem schon telegraphisch gemeldeten Schredensurteil von Schweidnitz wird und noch geschrieben:

Wegen einer großen Anzahl schwerer Betrugsereien stand vor der Schweidnitzer Strossammer ein 15 Jahre alter Baderknecht. Nach anfänglichem Bögem stand er den größten Teil der ihm zur Last gelegten Straftaten weinend ein. Gewiß waren die Vergehen des Knaben gegen das hochheilige Privateigentum von außerordentlicher Schwere, aber selbst wenn sie noch dreimal so schlimm gewesen wären, kein Mensch mit einem Herz von Fleisch und Blut wird es lassen können, wie des-

halb ein Staatsanwalt gegen den auf den Knien um Gnade jammern den Knaben um Gefängnisstrafe von — sage und schreibe — fünf Jahren beantragen konnte. Ebenso unschuldig aber wird das Urteil bleiben, das auf nicht weniger als drei Jahre und sechs Monaten Gefängnis lautete!

Die deutsche Kriminaljustiz ist an Urteilen, vor denen das Herz erschauert, gewiß nicht arm, aber dieses Urteil Schweidnitzer Jugendrichter wird so bald nicht übertraffen werden. Von welchem Standpunkte aus auch immer — alle Kritik muß vor der furchtbaren Tragik eines solchen Urteiles verstummen.

Ein Werkzeug der Polizei.

Der Volkseispiegel Kellner Werner, der Anarchisten ans Messer lieferte und die „Volksmacht“ bespitzelte, wurde wegen Mißhandlung einer 76-jährigen Frau zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sieben Monate beantragt.

Staatshilfe für Arbeitslose.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat folgenden Antrag eingebracht:

Es sei die Staatsregierung zu veranlassen, dem Landtage halbmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Vereine (Gewerkschaften), die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten.

Die Protestbewegung gegen das Reichsvereinsgesetz.

Am letzten Sonntag haben im Wahlkreis Essen ungefähr 3500 Personen in sechs großen Versammlungen gegen die Entwürfe des Reichsvereinsgesetzes, der Gewerbeordnungsnovelle und des Arbeitskammerngesetzes protestiert.

In der Versammlung in Vorbeck (Landgemeinde) kam es zur polizeilichen Auflösung als der Referent, Genosse Wagner, Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, den Redinghauser Polizeiprozess einer kritischen Behandlung unterzog.

Vor dem Versammlungstafel van de Zoo in Essen, wo die Genossen Bühler und Ostkamp referierten, hatten uniformierte und nichtuniformierte Polizeibeamte in größerer Zahl Posto gefaßt und forderten ganz unnötiger Weise zum ständigen „Auseinandergehen“ auf. Diese Vorverurteilung gab dem Referenten Anlaß, das ganze preussische Polizeisystem gebührend zu kennzeichnen, was zur Folge hatte, daß eine große Anzahl Personen dem sozialdemokratischen Verein beitraten und eine entschlossene Kampfesstimmung sich der Versammlung bemächtigte.

Im Wahlkreis Bochum beschäftigten sich am selben Tage zahlreich Wahlversammlungen mit dem Reichsvereinsgesetzentwurf. Alle waren sehr gut besucht. Ueberall wurde einstimmig die Protestresolution angenommen.

Die freisinnigen Wahlrechtskämpfer.

Wie wenig es dem Freisinn ernst damit ist, auch nur im Wahlkampf die Frage des gleichen Wahlrechts zum Angelpunkt der Agitation zu machen, zeigt eine Nachricht der „Frankfurter Zeitung“, wonach die freisinnige Volkspartei verschiedene Kompromisse mit den Nationalalliberalen, die 1906 abgeschlossen worden waren, wieder erneuert hat. In den ober-schlesischen Wahlkreisen ist sie noch weiter gegangen und hat auch mit den Konservativen und Freiservativen gegen Zentrum und Polen ein Kompromiß abgeschlossen. Der Freisinn verbindet sich hier um eines einzigen Mandates willen mit den erbittertesten Wahlrechtsfeinden, und da soll man die Veteuerungen seiner Wahlreformfreundschaft noch ernst nehmen.

Marokko.

Der Kriegsminister Picquart hat zwar in einer Rede im Senat alle Verfechtungen, die das marokkanische Abenteuer auch in bürgerlichen Kreisen ausgelöst hat, zu zerstreuen versucht; es ist ihm aber nur zum Teil gelungen. Wenn auch die Vorgänge, wie es scheint, keine ernstere Niederlage erhalten haben, so sind doch die Marokkaner in den letzten Kämpfen stets die Angreifer gewesen. Dies zeigt immerhin, daß die Marokkaner durchaus nicht eingeschüchtern sind. In der Kammer herrscht deswegen auch lebhaftere Debatte. Nur die Sozialdemokraten, die von Anfang an sich dem imperialistischen Wahnsinn mit ganzer Kraft entgegengestellt haben, können sagen, daß sie ihre Pflicht erfüllt haben. Auch jetzt nehmen sie den einzig vernünftigen Standpunkt ein und bestehen auf die Rückkehr aller Streitkräfte nach Casablanca und auf die schleunige Beendigung der gefährlichen kolonialen Pläne.

Auch den einsichtigeren Radikalen beginnt allmählich vor den Folgen der Regierungspolitik zu grauen. Der ehemalige Minister Dubief, einer der Führer der radikalen Partei, erklärte einem Mitarbeiter des „Echo de Paris“, er fürchte, daß man noch manchem Unheil entgegengehe. Man hätte sich darauf beschränken müssen, sich in den Häfen festzusetzen und die Polizei einzurichten. Die gegenwärtige Aktion sei gefährlich. Man sei genötigt, Verstärkungen über Verstärkungen abzuschicken, und müsse dabei noch erklären, daß man keinen Eroberungskrieg wolle.

Die Kolonialpolitiker wollen freilich nichts von einer Beendigung des Unternehmens wissen. Ihr Vorkämpfer, der frühere Kriegsminister Etienne, sagte, er hoffe, daß man sich endlich entschließen werde, 6-8000 Mann Verstärkungen abzuschicken, um die Kampagne zu beendigen. Die Regierung selbst will aber ihre bisherige Politik unentwegt fortsetzen.

Unterdessen dauern die Streifzüge fort, wie folgende Depesche zeigt:

Paris, 20. Februar. Ein Telegramm des Generals d'Amade meldet, daß drei Kolonnen Schützen aus Verreschid von Sidi abd el Kerim nach Sidiabissa, 10 Kilometer nordwestlich von Verreschid, marschierten, indem sie das ganze Gebiet von Medrata durchzogen. Die Verluste des Feindes, der seit dem 17. Februar nicht wieder gesehen wurde, waren recht beträchtlich. d'Amade ging mit den Abteilungen wieder nach Casablanca zurück, die Abteilung Lampa bezog wieder ihre Garnison an der Küstengegend. — Admiral Philberti telegraphiert, in Saff und Rogador herrsche Ruhe, ebenso in den anderen Häfen.

Montag werden die Anfragen von Jaurès über Marokko in der Kammer verhandelt werden.

Oesterreich.

Die Landtagswahlen in Böhmen.

Heute begannen die Landtagswahlen in Böhmen, wo noch immer das Kurienwahlrecht herrscht. Die Aussichten für die Sozialdemokratie, Zutritt zum Landtag zu erlangen, sind mithin sehr gering. Dagegen haben unsere Genossen es verstanden, durch ihr energisches Eingreifen in die Wahlbewegung die Frage der Wahlreform zur Kardinalfrage zu machen.

Als erste wählte heute die Landgemeindenkurie. Das Resultat ist, daß die Jungtschechen, die früher einmal fast allein das Land beherrschten, fast ganz von den tschechischen Agrariern verdrängt wurden. In den deutschen Wahlbezirken fanden keine bemerkenswerten Veränderungen statt.

Ungarn.

Gegen die Obstruktion.

Budapest, 20. Februar. Im Abgeordnetenhaus begann heute die Debatte über die Revision der Geschäftsordnung, durch die künftig die Obstruktion unmöglich gemacht werden soll. Ein Teil der Unabhängigkeitspartei und die Vertreter der Nationalitäten suchen die Erledigung der Vorlage durch Obstruktion zu vereiteln. —

Belgien.

Der habgierige König.

Brüssel, 20. Februar. Die Ursachen der Verzögerungen der Beratung betreffend die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien sind auf die Ansprüche des Königs zurückzuführen. Leopold fordert außer der Bewältigung verschiedener Bauten in Brüssel, Termonde, Marche und Londen auch noch die Ausföhrungen einer Anzahl äußerst kostspieliger Prachtbauten in Brüssel, Antwerpen und Löwen, darunter die Errichtung einer Kathedrale in Brüssel, für die allein Ausgaben von 30 Millionen Franc vorgesehen sind. Angesichts dieser Verschleppung ist es wahrscheinlich, daß die Beendigung der Beratungen nicht, wie gehofft, vor Schluß der diesjährigen Kammertagung, am 15. Mai, erzielt werden wird. —

Portugal.

Die Reaktionen.

Lissabon, 21. Februar. Einige Blätter fahren fort, zu behaupten, daß die rückwärtlichen Elemente gegen die Liberalen konspirieren und daß die Regierung Vorsichtsmaßregeln getroffen habe. Das Blatt „Revista de Porto“ erklärt bestimmt: Die Regierung habe ein im königlichen Palais zugunsten Franco's angezettelt Komplotz entdeckt, und sie werde in schärfster Weise gegen den Grafen Amoroso, den Grafen Zafonso und den Major Joffe vorgehen, welche die Führer der Verschwörer seien. Lobo habe Franco zugesichert, daß er, wenn in Lissabon eine Revolution ausbrechen sollte, dorthin eilen würde, und daß drei Geschäfte genügen würden, um jede Erhebung niederzuwerfen. —

England.

Der Achtstundentag.

Im Unterhause wurde Donnerstag vom Staatssekretär des Innern Gladstone das Gesetz über die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für Bergleute eingebracht. Das Gesetz wurde in erster Lesung angenommen. —

Rußland.

Verhaftungen in Petersburg.

In Petersburg wurde gestern eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, die zu Zusammenstößen mit der Polizei führten. Ueber 30 Personen wurden in den belebtesten Straßen von der Polizei angehalten, setzten sich aber mit ihren Revolvern zur Wehre und verwundeten acht Polizisten schwer. Bei den Verhafteten wurden mehrere Bomben gefunden. Die Polizei behauptet, daß zwei Attentate geplant waren, von denen das eine dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch gelten sollte. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Einigung!

In der Nummer 42 des „Vorwärts“ erschien vor einem Anruf an unsere Mitglieder, den wir zu besserer Information noch einmal wiederholen. Derselbe lautete:

Den Mitgliedern der bisherigen „Freien Vereinigung der Maurer“ zur Kenntnisnahme, daß die neuen Mitgliedsblätter fertig sind und während der Bureaustunden aus dem Bureau, Steinstr. 33, abgeholt werden können.

Damit in der Zustellung des „Grundstein“ keine Unterbrechung entsteht, wird es zweckmäßig sein, mit der Abholung der neuen Blätter sofort zu beginnen.

Kollegen, welche infolge der Arbeitslosigkeit mit ihren Beiträgen vom Jahre 1907 noch im Rückstande sind, werden auf den Versammlungsbeschluss vom 31. Januar 1908 aufmerksam gemacht. Diesem zufolge werden jedem Mitgliede die Beiträge von der 40. Kalenderwoche an bis auf weiteres gestundet. Damit diesen Kollegen die zwischen beiden Organisationen vereinbarten Bedingungen bezüglich der Mitgliedsdauer nicht verloren gehen, ersuchen wir dieselben, umgehend ihre Mitgliedsblätter im Bureau abzugeben. An Stelle der abgegebenen Blätter erhalten dieselben eine Legitimationskarte.

Da die Ausgabe der Bücher bis zum 1. März erfolgt sein muß, bitten wir die Mitglieder, nun nicht länger mit der Abholung der Bücher zu warten. Diejenigen Kollegen, welche durch irgend welche Einflüsterungen unter Verkenennung der jetzigen Situation der Schaffung einer einheitlichen Organisation in unserem Verufe unschlüssig gegenüberstehen, bitten wir, nicht länger auf diesen Standpunkt zu beharren, sondern sich den Beschlüssen ihrer Organisation zu fügen. Zum eigensinnigen Abstreifen oder zum leichtsinnigen Spielen mit Arbeiterinteressen — was noch schlimmer ist — sind die jetzigen Zeiten denn doch etwas zu ernst. Diejenigen, welche diese schwere Verantwortung jetzt auf sich nehmen, werden es später, wenn die Schläge der vereinten Unternehmer auf sie niederfallen, bitter bereuen.

Daß wir alle Ursache haben, Kleinlichen Hader und persönliches Gezänk beiseite zu lassen und uns so eng wie möglich zusammenzuschließen, beweist das neueste Produkt der Unternehmerbeschlüsse auf ihrem Verbandstage in Hannover.

Wir lassen diesen Beschluß, der vom „Zentralblatt fürs Baugewerbe“ selbst als folgenschwer bezeichnet wird, wörtlich folgen.

In weiterer Erledigung der umfangreichen und sehr wichtigen Tagesordnung wurde mit Einstimmigkeit der folgen schwere Beschluß gefaßt, daß an dem vom Bunde herausgegebenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nicht geändert werden dürfe und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April d. J. die Baugeschäfte geschlossen werden, ausgenommen natürlich in denjenigen Orten, wo Tarifverträge bestehen. Weiter wurde hierzu einstimmig beschlossen, daß bei eintretender Arbeitseinstellung den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitgehendste Unterstützung des Bundes gewährt werden soll.

Hinzukommt noch, daß mit den Lieferanten ebenfalls diesbezügliche Abmachungen zum Schaden der Arbeiter ihrer Vollendung entgegengehen.

Ein Verräter seiner eigenen Klasse derjenige, der angesichts dieser Kriegsrüstungen der Unternehmer die Hände in den Schoß legt und der Entwicklung dieser Dinge untätig zusieht! Dieser Progenstandpunkt der Unternehmer sollte eigentlich auch dem Rückwärtigsten unter den Maurern die Augen öffnen und ihm mit unerbitlichem Ernst den Weg zeigen, der jetzt angesichts der drohenden Gefahr der einzig richtige ist, nämlich der, daß einer starken Unternehmerorganisation, eine geeinte, geschlossene, in sich gefestigte Maurerorganisation gegenübersteht.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Zusatzenentwurf: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Verabsäume deshalb niemals deine Mitgliedsrechte in der neuen Organisation, dem Zentralverband der Maurer aufrecht zu erhalten.

Die Bücher können am Sonnabend bis 6 Uhr vom Bureau abgeholt werden. Kollegen, welche arbeitslos sind, werden die Restbeträge gestundet und bitten wir, die alten Bücher sofort dem Bureau einzuliefern.

Freie Vereinigung der Maurer.
Der Vorstand. J. A.: Gustav Jęglin.

Unternehmer und Arbeiter in der Krise.

In einer stark besuchten Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die einberufen war, um über die Mißstände in diesem Betriebe zu reden, die aber nicht zu Ende geführt werden konnte, weil der Saal vorzeitig geräumt werden mußte, besprach im Eingange Genosse Cohen auch die Wirkung, welche die gegenwärtige Krise auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter in der Berliner Metallindustrie geübt hat. Er erklärte, daß die Arbeiter in der Metallindustrie am schwersten von den Nachteilen getroffen werden, welche die wirtschaftliche Krise gebracht hat. Im Jahre 1907 mußte der Metallarbeiterverband viele Kämpfe führen, um beschäftigte Verschlechterungen im Verufe zurückzuweisen, während in den vorhergehenden Jahren es bei allen Kämpfen sich in erster Linie darum handelte, Verbesserungen herbeizuführen. Der Arbeitsnachweis zeigte von 1901 bis 1906 immer steigende Zahlen. So wurden 1905 noch 9114 Stellen durch den Verband vermittelt, 1906 sogar 10543 Stellen, dagegen fielen die Zahlen 1907 auf 6418 Stellen. Besonders schwer hat Berlin zu leiden, hier ist das Zentrum der Krise in der Metallindustrie. Im Jahre 1907 wurden vom Verband 15 M. pro Kopf an Erwerbslosenunterstützung gezahlt, in allen anderen Städten war der Satz pro Kopf geringer. In den Jahren besseren Geschäftsganges wurden die verhältnismäßig geringen Zugeständnisse der Unternehmer auch nur unter einem starken Druck der Organisation erreicht. Dagegen zögerten die Unternehmer nicht im mindesten, gleich beim Einsetzen der Krise ihre Uebermacht voll zur Geltung zu bringen. Die Arbeiter bekamen sofort alle Bitternisse zu kosten, welche die Arbeitslosigkeit großer Massen im Gefolge hat. Große Gesellschaften wie die A. E. G. werden von der Krise noch nicht schwer getroffen, aber ihre Arbeiter müssen schon schwer darunter leiden. Der Druck auf die Arbeiter wurde sofort schwerer fühlbar und wird immer rücksichtsloser ausgeübt. Alle Phrasen vom „Böhlwollen gegen die Arbeiter“, alle „milden Stiftungen“ täuschen darüber nicht hinweg. Es werden gegenwärtig „Unterstützungsvereine“ für die Arbeiter ins Leben gerufen, unter dem Namen „gelbe Vereine“ besser bekannt. Die Unternehmer behaupten vor der Öffentlichkeit, daß sie mit der Gründung derselben nichts zu tun hätten, sondern daß die Arbeiter selbst damit hervortreten. Als Gegenbeweis verlas Cohen den Brief eines Direktors der A. E. G., der an einen Direktor der „Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik“ gerichtet war. Darin wird zugegeben, daß die Direktion sich um die Gründung eines gelben Vereins bemüht und schon 300 Mitglieder gewonnen habe. Ferner ist der Verbandsleitung ein geheimes Zirkular zu Gesicht gekommen, nach welchem der Verband der Metallindustriellen den Arbeitsnachweis in der Gartenstraße „anders“ einrichten will. Die Unternehmer sollen von jetzt ab angeben, ob sie Hirsch-Dundersche, Christliche, Gelbe oder Unorganisierte wünschen; vom Zentralverband ist dabei überhaupt nicht die Rede. Alle Mittel werden gegenwärtig skrupellos angewandt, um die Organisation zu zerstören. Die beabsichtigte Wirkung hat diese Taktik freilich nicht gehabt. Der Metallarbeiterverband ist bisher gewachsen trotz aller Anfeindungen und wird weiter wachsen!

Waktung, Metallarbeiter! Die Revolverdreher in dem Automobilbau der A. E. G. Oberschöneweide haben wegen Reduzierung der Akkordpreise die Arbeit niedergelegt. — Der Automobilbau der A. E. G. in Oberschöneweide ist für Revolverdreher bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Einigungsfrage im Metallarbeiterberuf.

Die Diskussion über die Vorgänge im Allgemeinen Metallarbeiterverband, welche in der öffentlichen Metallarbeiterversammlung am Sonntag nicht beendet werden konnte, wurde am Donnerstag fortgesetzt. Sie bot im wesentlichen daselbe Bild wie die Versammlung am Sonntag. Einige Redner vom Allgemeinen Verband sind von der Inhaltbarkeit desselben so überzeugt, daß sie den sofortigen Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband befürworten. Andere Redner vom Allgemeinen Verband verurteilen zwar tiefenfalls Verhalten auf das schärfste, glauben aber, daß dem Allgemeinen Verband trotz des Streikens in seinen Reihen der Atem noch nicht ausgegangen sei, wenigstens eruchten sie ihre Mitglieder, nicht vor ihrem Verbandstage überzutreten. Einige dieser Redner meinten auch, wenn der Deutsche Verband nicht gewisse Änderungen an seinem Statut vornehme, könnten sie ihm nicht beitreten. Demgegenüber bemerkte Cohen: Wer eine einheitliche Organisation der Metallarbeiter für notwendig hält, der möge in den Deutschen Verband eintreten. Innerhalb desselben könne er dann für die von ihm gewünschten Statutenänderungen eintreten. Auf Verlangen Außenstehender werde der Deutsche Metallarbeiterverband keine Statutenänderung vornehmen. Ueber gewisse Bedingungen des Uebertritts ließe sich reden. Es treten jetzt täglich Mitglieder des Allgemeinen Verbandes in größerer Zahl zum Deutschen Verband über. Wenn der vorliegende Antrag, welcher die Einsetzung einer Kommission zur Vereinbarung von Uebertrittsbedingungen verlangt, angenommen werde, und wenn die Kommission günstigere Uebertrittsbedingungen vereinbart als die geltenden, dann würden diese günstigeren Bedingungen auch denen gewährt werden, welche schon jetzt übertreten oder bereits übergetreten sind. — Die Versammlung nahm schließlich den folgenden, vom Rohrleger Hein gestellten Antrag an:

„In Verbindung mit der Resolution, welche ich im Auftrage von 18 Kollegen in der verletzigen Mitgliedsversammlung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes eingebracht habe, die aber durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt wurde, beantrage ich, durch die Ausführung des Referenten sowie der Diskussionsredner überzeugt: Daß die heutige allgemeine Metallarbeiterversammlung eine fünfgliederige Kommission wähle, welche mit der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin zwecks günstiger Uebertrittsbedingungen in diesen Verband in Verbindung tritt. Speziell beantrage ich dieses für Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes, welche der Gruppe der Rohrleger und Hefler angehören und wünsche, daß gerade diese Gruppe sich diesem Antrage anschließt.“

Nach Annahme dieses Antrages wurden in die Kommission gewählt: Hein, Kattner, Kanowski, Edert und Schreiber.

Dieselben führen die Verhandlungen zu einem Ergebnis, das auch der Zerpfitterung der Metallarbeiter Berlins — wenigstens in der Hauptsache — endlich ein Ende bereitet und sie zur gemeinsamen wirksamen Abwehr der gerade in der Metallindustrie so reichlichen und gefährlichen Scharfmacherbestrebungen verbindet.

Waktung, Arbeiter! Gesperrt ist die Firma Giedede, Bau Solbnerstraße 20. Die Verbandsleitung.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Kameraden!

Noch immer herrscht unter einem Teil der Zimmerer Unklarheit über die mit den Zentralinstanzen des Verbandes und der Vereinigung der Zimmerer vereinbarten und auf der siebenten Konferenz mit Majorität festgelegten Uebertrittsbedingungen. Es wird von einem Kreis von Personen, entgegen allen demokratischen Grundsätzen und den Gepflogenheiten einer Organisation, eine wüste Agitation gegen den Anschluß unternommen. Die wahren Tatsachen werden in das Gegenteil verdreht und so eine Unsicherheit herbeigeführt, von der als lachender Dritter nur das Unternehmertum Vorteil haben kann.

Da in Berlin der Uebertritt nicht geschlossen erfolgt, glaubt ein großer Teil der Kameraden, daß nun die festgesetzten Bedingungen keine Gültigkeit für den einzelnen haben. Wir weisen demgegenüber ausdrücklich darauf hin, daß die getroffenen Vereinbarungen nach wie vor bestehen bleiben. Wer seiner Rechte nicht verlustig gehen will, muß den Uebertritt bis spätestens den 14. März vollzogen haben. Wer dies später tut, gilt als neu eintretender und hat die im Statut vorgezeichnete Frist durchzumachen, ehe er als vollberechtigt gilt. Bücher werden im Bureau der Geschäftsleitung, Dragonerstr. 15, Hofpartierre entgegengenommen. Dort können auch die registrierenden Beiträge entrichtet werden.

Um aber allen die Möglichkeit zu geben, den Uebertritt auf eine leichte Weise zu vollziehen, werden in den Zahlstellen jeden Sonntagvormittag Kameraden angewendet sein, welche die Bücher in Empfang nehmen. Außerdem können dieselben in deren Wohnung abgegeben werden und zwar für Zahlstelle:

1. Wilhelm Keffischlager, Große Frankfurterstr. 95
2. Gustav Krüger, Balliadenstr. 44, vorn III.
3. Otto Meyer, Montrosestr. 114, Seitenfl., part.
4. Ernst Starke, Halberstr. 84, vorn III.
5. Wilhelm Köpfe, Arndtstr. 41, Hof, part.
6. Westen: Max Lehmann, Bauenerstr. 3, Querg. III.
7. Schöneberg: Wilhelm Schäfer, Werseburgerstr. 9.
8. Wilhelm Schmidt, Swinemünderstr. 55, vorn I.
9. Emil Pantau, Neue Hohestr. 11, vorn III.
10. Ernst Gumz, Posenwallstr. 7, vorn II.
11. Ferdinand Labigke, Kappelallee 64, Stfl. II.
12. Wilhelm Bensch, Kopenhagenerstr. 78, Querg. I.
13. Jonny Hinrichsen, W. Schaperstr. 31.
14. Stephan Schöps, Gogrowerstr. 36, vorn IV.
15. Wilhelm Bensch, Kopenhagenerstr. 78, Querg. I.
16. Ludwig Berneder, Weigenice, Schönstr. 1.
17. Jonny Hinrichsen, W. Schaperstr. 31.
18. Bruno Biermarks, Rigdorf, Hermannstr. 120, t. III.
19. Heinrich Borstelmann, Lichtenberg, Verlängerter Pestingstr. 12.
20. Gottfried Döring, Friedenau, Fehlerstr. 1.
21. Julius Weis, Schöneberg, Hauffstr. 5.
22. Otto Jädel, Fehlbendorf.
23. Hermann Kirbis, Anglerstr. 11, Seitenfl. III.
24. Wilhelm Bensch, Kopenhagenerstr. 78, Querg. I.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Die Geschäftsleitung. Der Anschluß.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung im Baugewerbe von Sprottau und Sagan. Im vorigen Jahre hatten sich die Maurer- und Zimmerergesellen der Kreise Sagan und Sprottau bei ihrem damaligen Lohnkampf mit einer Forderung des Stundenlohnes auf 35 Pf. zufriedengegeben, sich aber weitere Forderungen für das nächste Jahr vorbehalten. Diese haben sie nun gestellt, und zwar verlangen sie für den Kreis Sagan einen Stundenlohn von 40 Pf., für den Sprottauer Kreis aber von 36 Pf. Der Arbeitgeberverband hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, jene Forderungen abzulehnen. Dafür legt er unter Berufung auf die Direktiven des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe einen Tarifentwurf den Arbeiterorganisationen vor, durch den die gegenwärtigen Löhne bis zum 31. März 1910 festgelegt werden und eine 10stündige Normalarbeitszeit festgesetzt wird. Die Arbeiterorganisationen haben nun hierzu Stellung zu nehmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Krisis.

Lage, 21. Februar. (W. S.) Das Steinkohlenbergwerk Jbbendiren verfügte Arbeitseinschränkungen für den größten Teil der Belegschaft.

Aus der russischen Schrafsabrik

Petersburg, 21. Februar. (W. S.) Reichsduma. Vizepräsident Baron Rosenfeld, der sein Amt niedergelegt hatte, wurde mit 273 gegen 35 Stimmen wiedergewählt. Hierauf nahm die Duma in zweiter Lesung kleinere Gesetzesvorlagen an. Alsdann wurde eine von 180 Abgeordneten eingebrachte Gesetzesvorlage betreffend eine Unterstützung der unter terroristischen Akten zu Schaden gekommenen verhandelt. Der Referent Graf Worbrinsky von der gemäßigten Rechten wies auf die unzähligen Opfer der Pflichttreue gegen den Kaiser hin, erinnerte an die erste und zweite Duma, die mit Ausnahme nur weniger Abgeordneten terroristische Exzesse nicht hätten verurteilen wollen, und betonte den in dieser Beziehung eingetretenen günstigen Umschwung (harmloser Verfall im Zentrum und rechts). Hierauf begrüßte der Chef des Ministers des Innern Mataroff in längerer Rede die Einbringung dieser Gesetzesvorlage als eine autoritative Verurteilung der Revolution, als Merkmal des Umprungs des Rationalismus und als hellen, den blutigen Rebel durchdringenden Lichtstrahl mit großer Genehmigung und stellte jedes Entgegenkommen seitens der Regierung in Aussicht. . . .

Terror.

Petersburg, 21. Februar. (Petersburger Telegraphenagentur) In letzter Zeit hatte die Polizei die Mitteilung erhalten, daß die Sozialrevolutionäre Anschläge auf den Großfürsten Nicolaus, den Justizminister und andere hochgestellte Persönlichkeiten planten. Die Verfolgung war einer besonderen Kampforganisation anvertraut. Es ist festgestellt worden, daß Mitglieder dieser Organisation sich in der Nähe des Palais des Großfürsten und des Justizgebäudes aufhielten und drei von ihnen am 19. d. M. beschuldigt auf die Ausfahrt des Justizministers zur Ausführung eines Anfalges gewartet haben. Gestern schritt die Polizei nun zu Verhaftungen und nahm außer elf Personen, darunter fünf Frauen, die der Organisation für die Anschläge angehören und zum Teil Sprenggeschosse bei sich führten, noch mehrere mit dem beabsichtigten Anschlag in Verbindung stehende Personen fest. In den Wohnungen einiger Verhafteten wurden Waffen und Explosivgeschosse und unter anderem auch zwei Polizeiuniformen gefunden.

Das „Sicherheits“-Ventil.

Frankfurt a. M., 21. Februar. (W. S.) Durch die Explosion eines Sicherheitsventils in der Jungschen Brauerei erlitten ein Heizer und ein Maschinist schwere Brandwunden. Der Zustand des einen ist bedenklich.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

107. Sitzung. Freitag, 21. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Bethmann-Hollweg. Eingegangen ist ein Schreiben des Abg. Feld (nall.), in welchem er die Erteilung der Genehmigung zu seiner Starkeverfolgung seitens der Igl. Staatsanwaltschaft in Hannover beantragt. Das Schreiben wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung eines Scheckgesetzes.

Ueber die Verhandlungen der Kommission berichtet Abgeordneter Rommelen (fr. Vg.).

§ 1, der vorschreibt, welche Angaben ein Scheck enthalten muß, wird debattelos angenommen.

§ 2 bestimmt die Anstalten und Firmen, die als Bezogene auf dem Scheck bezeichnet werden dürfen.

Hierzu liegt ein Antrag aller Parteien vor, die unter amtlicher Aufsicht stehenden Sparkassen hinzuzufügen, wenn sie die nach Landesrecht für sie geltenden Aufsichtsbestimmungen erfüllen.

Abg. Wassermann (nall.) und Abg. Raden (S.) treten für diesen Antrag ein.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Auch ohne Annahme dieses Antrages besitzen sie nach dem Wortlaut des Gesetzes die passive Scheckfähigkeit. Wenn indessen der Reichstag Wert darauf legt, haben die verbündeten Regierungen gegen die ausdrückliche Aufnahme der Sparkassen in das Gesetz nichts einzuwenden. Nur müssen die verbündeten Regierungen sich das Recht wahren, im einzelnen einer Sparkasse, deren Geschäftsgebarung zu Bedenken Veranlassung gibt, die Scheckfähigkeit zu verweigern. (Bravo!)

Abg. Trendel (Sp.) gibt seiner Freude über die Einigkeit des Reichstages bei dieser Gelegenheit Ausdruck.

Abg. Brodhagen (L.) teilt die Auffassung des Staatssekretärs, daß die ausdrückliche Nennung der Sparkassen zwar überflüssig sei, doch wollen die Konservativen dem Antrag zustimmen, weil die Sparkassen großen Wert darauf legen.

Abg. Rommelen (fr. Vg.) erklärt die Zustimmung zu dem Antrag, obwohl er für die Sparkassen nur von geringer Bedeutung sei.

Abg. Singer (Soz.): Auch wir werden dem Antrag zustimmen, wenn wir auch der Meinung sind, daß er eine erhebliche Bedeutung nicht hat und daß die Sparkassen es sich sehr überlegen müssen, ob sie überhaupt von der ihnen durch den Antrag gebotenen Gelegenheit Gebrauch machen sollen. Bei den Sparkassen soll der Konto-Korrentverkehr überhaupt nur eine ganz geringe Rolle spielen. Bei zu großer Benutzung des Konto-Korrents würde die Neigung zu spekulativen Geschäften gestärkt werden, was Sparkassen jedenfalls vermeiden sollten.

Damit schließt die Debatte.

Der § 2 wird mit dem Änderungsantrag einstimmig angenommen.

§ 3-5 werden debattelos angenommen.

Zu § 30 liegt ein Antrag Rommelen (fr. Vg.) vor, bei Inkrafttreten des Gesetzes über die Erleichterung des Wechselprotokolls die darin enthaltenen Bestimmungen über den Protest an Stelle der jetzt geltenden in den § 16 des Gesetzes einzufügen.

Außerdem beantragt die Kommission, das Gesetz am 1. April 1908 in Kraft treten zu lassen.

§ 30 wird mit beiden Anträgen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Reichsjustizverwaltung. Die Beratung wird fortgesetzt beim Titel Gehalt des Staatssekretärs 44 000 M. Mit zur Debatte stehen die bereits mitgeteilten Resolutionen.

Abg. Frank (Soz.):

Der Herr Staatssekretär hat gestern wieder behauptet, daß es keine Klassenjustiz gäbe. Seine Erklärung ist recht kurz gewesen. In der Kürze war er uns über, aber keineswegs in der Mäßigkeit. (Heiterkeit.) Zur Widerlegung des Staatssekretärs könnte ich mit Leichtigkeit einige hundert Fälle von Klassenjustiz anführen. Er würde uns aber wieder entgegen, es handelt sich da nur um unkontrollierbare Zeitungsnachrichten. (Sehr richtig! rechts.) Ich will deswegen nur daran erinnern, daß vor wenigen Jahren sogar vor einem Gericht der Beweis der Klassenjustiz erbracht wurde. Am 17. Juli 1899 hat die zweite Strafkammer des Landgerichts I in drei Fällen den Beweis dafür erbracht, daß in der Schriftpraxis sächsischer Gerichtshöfe Angehörige der Arbeiterkategorie für minderen Rechts betrachtet werden, als andere Personen. (Hört! hört!)

Kleines feuilleton.

Theater.

Hebel-Theater. „Der Andere“, tragische Komödie von Julius Bab. Dem jungen Dichter haben lodende Ziele vorgeschwebt. Die Mischung von Kräften, Lieben und Eigenschaften, die wir Individualität nennen, schließt immer einen weiten Kreis von Entwicklungsmöglichkeiten in sich. Umwelt und Schicksal entscheiden, was von dem vielen Möglichen und in welcher Weise es zur Ausprägung gelangen soll. Wir fühlen uns als relativ bestimmte Persönlichkeit, doch diese relative Bestimmtheit ist ein Resultat, zu dem unüberschaubar viele äußere Faktoren mitgewirkt haben, und nie so scharf begrenzt und durchsichtig, daß der einzelne mit Sicherheit vorauszusagen vermag, ob er, aus der bisherigen Schicksalsbahn hinausgeschleudert, im Sein und Handeln derselbe bleiben wird. Diese Gedanken des Gleitenden, des Unstetigen, der Verwandlungsfähigkeit des Gegebenen in ein scheinbar anderes Ich hat oft schon Dichter zu stimmungsvollen nachdenklichen Phantasiepielen angeregt. So Grillparzer in seinem Drama „Das Leben ein Traum“, so Schnitzler in seiner „Dame mit dem Dolch“ und in der tiefinnigen Paracelsuskomödie, wo Hypnose die Siegel von den verborgenen Seelenmöglichkeiten löst. Inbes, so wie Bab hier das Motiv behandelt, wie er taghelle Wirklichkeit und toll phantastisches Willkür vermengt, ist jedes Mitzugehen unmöglich. „Der Andere“, in welchem sich der arme Cesare Vicenti bei dem grotesken Abenteuer wandelt, bleibt fremd und gleichgültig. Die Tragik und noch mehr der Humor fehlt in dieser „tragischen Komödie“, die Komik vollends ist ausschließlich unfreiwilliger Art. Und dennoch zeigt das Werk entschieden Spuren von Talent und konzentriertem Willen, die für die Zukunft vielleicht Glückliches verheißen. Die Sprache hat Kraft und Klang und stürmt in den erotischen Partien in farbenprächtiger Sinnenglut dahin. Die Schilderung des übermächtigen jungen Malerbolles, die Einführung des reichen, ein wenig einfältigen Ambrogio Palivotti im ersten Akt ist frisch und voll charakteristischen Details; ein Stück Milieu aus dem alten Venedig wird lebendig. In der Handlung macht sich bei allem Irregem an das von Bab gewählte Vorbild Hebbels erinnernd, ein jäher Drang bemerkbar, die einmal eingeschlagene Bahn bis an das letzte Ende zu durchlaufen. Hier, wo die Anlage von vornherein verfehlt ist, muß diese Art den Eindruck des Konstruierten freilich noch verstärken, doch es kündigt sich darin zugleich auch Temperament und Leidenschaft und Streben nach stark anschmeißender dramatischer Bewegung an.

Die Maler, die mit Elena, der wunderschönen, die Liebe in großzügiger Renaissanceform betreibenden Gattin Palivotti, auf bestem Fuße stehen, wollen ihren süßsüßlichen Gönner durch einen Akt narren. Der herabgekommene, kumpfgewordene Cesare Vicenti soll, in die Kleider jenes gesteckt, ein paar Stunden in des

hört! bei den Sozialdemokraten.) Diesmal haben wir bei der Behauptung, daß es in Deutschland eine Klassenjustiz gäbe, Unterstützung durch Herrn Abg. Heinze gefunden. (Zuruf rechts: Leider!) Er hat es nachher freilich bestritten. Aber es bleibt doch bestehen, daß er eine Reihe von Erscheinungen hier als vorhanden zugegeben hat, die eben eine Klassenjustiz bedeuten. Zur Rechtfertigung der Richter hat er gemeint, wir täten Unrecht, immer nur die Strafrechtspflege anzuführen und nicht auch zu betonen, wieviel für die minderbemittelten Klassen in der Zivilrechtspflege namentlich in der freiwilligen Gerichtsbarkeit geschieht. Wir halten es nicht für eine Pflicht der Vollvertretung, Richter dafür zu belohnen, daß sie ihre Pflicht tun. Wohl aber ist es unsere Pflicht, an schweren Schäden Kritik zu üben. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Heinze hat Unrecht, wenn er sich auf die Vormundschaft beruft als auf ein Gebiet, in welchem die Klassenjustiz nicht Eingang gefunden hat. Die Arbeiter haben mit dem Vormundschaftsgericht in der allgemeinen wenig zu tun, denn in ihrem Nachhah gibt es meist nur sehr wenig zu verwalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber Arbeiter mit dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu tun bekommen, so ist auch dieses schon zu Allen der Klassenjustiz benutzt worden. Ich erinnere nur daran, daß eine Arbeiterin durch den Vormundschaftsrichter gezwungen ist, aus der Gewerkschaft auszutreten, wenn ihre nicht die Vormundschaft über ihr Kind genommen werden sollte. Ist das etwa nicht Klassenjustiz? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Heinze hat die Gründe für die bedauerlichen Erscheinungen der Klassenjustiz darin gesucht, daß die Kenntnis der Richter bezüglich der Erscheinungen des Wirtschaftslebens mangelhaft sei und hat auf den Mannheimer Richter hingewiesen, der festgestellt hat, daß Streikbrecher nur jemand sein könne, der sein Wort nicht gehalten habe. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Welches Vertrauen sollen die Arbeiter zu einem Manne haben, der noch nicht das A und O der Volkswirtschaft kennt. Herr Heinze meinte, man könne durch Verbesserung der Vorbildung der Richter helfen. Ich habe nichts gegen die Anwendung solcher kleinen Mittel. Es würde ganz gut sein, wenn junge Referendare statt solange beim Staatsanwalt auch einige Monate beim Gewerbeamt arbeiteten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es würde auch nicht schaden, wenn sie, um Kenntnis der Verhältnisse zu erwerben, einige Monate auf Zeitungsredaktionen arbeiten, wie vor einiger Zeit vorgeschlagen ist; um die Parteilichkeit zu wahren, müßten einige der Herren, da die sozialdemokratische Presse ja im Bekreuzen eine große Rolle spielt, auch sozialdemokratischen Blättern zugewiesen werden und die Redaktion des „Vorwärts“ würde sich gewiß ein Vergnügen daraus machen, preussische Referendare für den Justizdienst vorzubereiten. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir sind der Meinung, daß diese kleinen Mittel keine grundsätzliche Besserung herbeiführen würden. Die Justiz muß vielmehr demokratisiert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung ist im Irrtum, wenn sie meint, daß die Klagen gegen den Richterstand sich auf die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft beschränkt. Ganz im Gegenteil. Ich habe hier aus der „Deutschen Fleischerzeitung“, dem offiziellen Organ der Fleischer-Vereinsgenossenschaft, in der Nr. 29 vom 4. Februar folgende Notiz: „Es scheint, daß unsere Richter nicht wissen, wie eine Gefängnisstrafe auf einen Mann, der Ehre im Leide hat, wirkt, und wie zerschendend sie in das Geschäft und die darauf beruhende Existenz eines Gewerbetreibenden eingreift. Das ist es, was wir als mangelnde Fühlung des Richters mit dem Volksleben bezeichnen, und das im Volke die Achtung vor den Juristen und der Rechtsprechung hat sinken lassen. Es wird auch nicht anders besser werden, als bis in allen Gerichten Laienrichter, Männer aus dem Volke, sitzen, und bis auch die juristisch gebildeten Richter nicht nur aus dem Privilegiertenstande, sondern auch aus den breiten Schichten des Volkes hervorgehen.“ Und was sagen Sie zu folgender Bemerkung: „Der Arbeiter, der weiß, unter welchen Nöten sein Stand leidet, wird es als größte Schmach betrachten, seinem Stande Hindernisse im Kampfe um seine Besserstellung in den Weg zu legen. Wie der Patriot den Vaterlandsverrat haßt, so ist auch der Arbeiter von Bitterkeit erfüllt, wenn er sieht, wie die Tugend der Solidarität von seinem Standesgenossen verworfen wird. . . Aber während der Vaterlandsverrat vor aller Welt gebrandmarkt wird und eine harte Strafe ihm trifft, ist es dem Arbeiter nicht erlaubt, den Verrat an seinem Stande mit den richtigen Worten zu kennzeichnen. Wehe dem, der einen Streikbrecher einen Streikbrecher nennt, dann wird das Gericht den-

jenigen bestrafen, der den Vortwurf erhoben hat. Solche Rechtsprechung ist keineswegs danach angelegt, das sittliche Empfinden des Volkes zu kräftigen und soziale Tugenden auszubilden; sie stärkt nicht das Gefühl der Verantwortlichkeit des einzelnen, sondern bedeutet eine Kränkung der sozialen Tugenden und erzieht zur Charakterlosigkeit.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Notiz steht in einem

Christlichen Gewerkschaftsblatt,

dem „Deutschen Holzarbeiter“. Das sage ich namentlich für Herrn Gröber.

Der schlüssigste Beweis dafür, daß der Richter das Volk nicht versteht, ist in den üblichen Spätreden über das Juristendeutsch gegeben. Die Zeitschrift des allgemeinen deutschen Sprachvereins teilt folgendes Urteil mit: „Auf die Verurteilung des Beklagten wird das Urteil pp. dahin abgeändert, daß Beklagter unter Abweisung des Klägers mit seinem weitergehenden Antrage verurteilt wird, anzuerkennen, daß dem Kläger als Eigentümer des Hofes Nr. X zu Th. das Recht zusteht, über das östlich der Bau- und Hofstelle seines Hofes belegene, zu dem Hofe Nr. Z zu Th. gehörige Grundstück des Beklagten mit Wagen von der Dorfstraße aus unter Benutzung der dies mit dem Grundstücke des Beklagten verbindenden Brücke in der Breite, welche sie vor der vom Kläger daran vorgenommenen Veränderung hatte, beim Transporte von Stroh und Heu auf den Boden seines Hauses vor die in der Ostwand dieses Hauses befindliche Haustür und zum Transport von Dünger von dem hinter seinem Hause belegenen Hofe und von Holz nach diesem Hofe zu fahren.“ (Große Heiterkeit.) Ich würde mich schämen, wenn ich das verstehen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Mißtrauen gegen die deutschen Richter ist durch die großen Prozesse des letzten Jahres gewiß nicht kleiner geworden. Besonders bedauerlich ist, daß die Richter vielfach nicht das nötige Maßmaß gegenüber der Verwaltung und gegenüber den Staatsanwälten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich verweise darauf, daß in dem Gau-Prozesse der Vorsitzende trotz der Bitte eines Zeugen, eines Journalisten, es nicht gewagt hat, ihn gegen schwere Beschimpfungen des Staatsanwalts zu schützen, und im Molke-Garden-Prozesse hat der Staatsanwalt es gewagt, einem Sachverständigen damit zu drohen, er würde unangenehme Dinge in der Öffentlichkeit zu hören bekommen, wenn er ein sachverständiges Urteil abgäbe. Auch daß der Vorsitzende des ersten Molke-Garden-Prozesses verurteilt worden ist, kann zur Stärkung des Ansehens der Justiz nicht beitragen. Es heißt, daß eine Vergebung mit seiner Einwilligung erfolgt sei. Aber die preussische Regierung, die doch sonst die Wahrung der Autorität in jeder Richtung als eine Hauptaufgabe betrachtet, hätte doch prüfen müssen, ob sie nicht auch den Schein vermeiden sollte, indem nach einem Prozeß ein Richter verurteilt wird. Die Staatsanwälte haben ja von jeder den Anspruch gemacht, als eine objektive Behörde betrachtet zu werden. Aber sie haben in vielen Fällen alles getan, um den gegenseitigen Einfluß herbeizurufen. Mit dem Auf einer objektiven Behörde vertritt es sich nicht, wenn an vielen Gerichten die Staatsanwaltschaft ganz mechanisch immer dem Verurteilung einlegt, wenn auch der Angeklagte Verurteilung eingelegt hat. Es ist ein offenes Geheimnis, daß dies geschieht, um den Angeklagten davon abzuführen, von dem Rechtsmittel der Verurteilung Gebrauch zu machen. Der Staatssekretär hat gestern auch auf das Protokoll des Jenaer Parteitages Bezug genommen. Siderlich hat er dort auch gelesen, daß die Staatsanwälte manchmal doch sehr merkwürdige Anschauungen über den Begriff des öffentlichen Interesses haben. In der Aeußerung: „ich stecke Euch das Messer in den Leib“ hat ein Staatsanwalt, wie der Staatssekretär dort lesen kann, nicht die Androhung eines Verbrechens gefunden (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), vielmehr nur eine Beleidigung, wegen der einzuschreiten ein öffentliches Interesse nicht vorliegt! Man braucht nicht hinzuzufügen, daß es sich

um einen Streikbrecher

handelte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als aber ein streikender Arbeiter ein Mädchen fragte, „arbeitest Du nicht mehr?“ und hinzufügte, daß er, wenn er arbeite, auf eine Festlichkeit nicht kommen dürfe, da hat derselbe Staatsanwalt dies als eine Drohung aufgefaßt, deren Verfolgung im öffentlichen Interesse liege. Und der Arbeiter hat dafür

vierzehn Tage Gefängnis

bekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einer der schlimmsten Schäden unserer Justiz ist die Handhabung der Untersuchungshaft. Wir haben jetzt im Reich Tele-

Patriziers Villa den Hausherrn mimen. Aber auch Cesare hat ein, ein harter, trotziger Bursche, Elena geliebt. Daß sie ihn um Palivotti willen verabscheute, trieb ihn ins Elend. Nun aber, nach ein paar Minuten in Elenas Nähe und einem ihrer berausenden Küsse, springt aus dem Gedrückten ein anderer Mensch hervor. Im Kleide Palivotti fühlt er sich als der, den er im Scherz nachahmte. In Wahrheit sei jener, der einfältig gutmütige Tropf zum Knecht, er aber, der so lange in Anechtungsgehalt herumging, zum Herrn geboren! Den heimkehrenden Gatten weist er als stummben Betrüger von dem verschlossenen Corridor zurück und spielt die Rolle, auf seine Doppelgängerähnlichkeit gestützt, vor der entzückten Elena und vor der Dienerschaft in allem Ernste weiter. Der arme Palivotti verliert in der verhängnisvollen Nacht, die er im Hütchen eines Blinden zubringt, den Verstand, Vicenti wird der Maskerade, die seinem Großmuthwohl nicht mehr genügt, am nächsten Tage müde und zecht auf neue Abenteuer aus, und Elena, die da entdeckt hat, daß sie, dem Unschöne entgegen, nie einen anderen als diesen Mann geliebt hat, nimmt hinter den Kulissen Gift.

Die Aufführung war stimmungsvoll inszeniert und fleißig in den Ensemblearbeiten durchgeführt. Vorzüglich spielte Riffen den Palivotti, sehr gut Kayler den Cesare. Frau Fehdmer, deren Organ in den leidenschaftlichen Szenen freilich nicht ausreichte, hatte, namentlich im Anfang, eine Reihe ausgezeichnete Momente.

Humor und Satire.

— Umgekehrt. Als ich noch Journalist war, mußte ich mich für einen Polizeikommissar ausgeben, nun, da ich Kommissar bin, muß ich mich Journalist nennen.

— Die beste Methode. Werden wir ihn bald haben? — Ich denke schon. Ob ich ihn doch als Anarchisten bei seinen Arbeitgebern, als Mängelhändler bei seinem Hauswirt und als Sedomist in seiner Nachbarschaft verdächtigt.

— Der gefälligste Bericht. Unter zwei Jahren Gefängnis wird er kaum davon kommen. — Was läßt Du ihn denn dem Verlanglichen sagen? — Dasselbe wie Oriand, da er noch nicht Minister war.

— Die Bombe. Sie meinen, daß sie Bomben bei sich versteckt haben. Sind Sie Ihrer Sache auch sicher? — Totfischer, ich hab' sie ja selber eingeschmuggelt.

(L'Assiotta au bourro: Die Herren von der Polizei.)

Notizen.

— Theaterchronik. „Hinterm Jaun“, die neue Komödie von Carl Hoyer, die in Wien mit großem Erfolge aufgeführt wurde, gelangt Sonnabend, den 29. d. Mis., als Matinee im Lustspielhause zur Darstellung.

— Ein Drama der russischen Revolution: „Der Kessel“ von Andrejanoff wurde, wie bereits kurz gemeldet, in

Oran aufgeführt. Unser Berliner Bruderblatt, „Der Volksfreund“, gibt folgende Charakteristik: Andrejanoff greift in den Kessel Rußland, in dem es brodelt und gärt, in dem so viel Zurchtbares herumschwebt, Leiden, Gebirn, Kadaver, Fleischsegen und viel, viel Blut. Was er gibt, ist blutige Aktualität von gestern und heute. Ein Revolutionsdrama nennt er sein Werk. Aber es ist kein Schauspiel im üblichen Sinn. Es sind Szenenreihen aus der Tragödie des russischen Befreiungskampfes. Ein dramatischer Bericht über einen Pogrom, der sich irgendwo in einer russisch-polnischen Provinzstadt abspielt. Alle Erscheinungsformen, in denen sich das revolutionäre Ringen vollzieht, trägt der Verfasser zusammen und ordnet sie in Szenen. Das Stück hat keine Handlung, Revolution und Konterrevolution handeln. . . . Wer etwa literarische Ansprüche dabei befriedigen wollte, wird zu kurz kommen. Er gibt nicht Charaktere, sondern Typen, Gestalten in schwarz-weiß Manier, ohne Uebergang, ohne Vermittelung. Von den fanatischen Blutmenschen der russischen Staatsgewalt haben sich die fanatischen Befreiungskämpfer ab. Aber abnorme Zeiten zeitigen abnorme Erscheinungen. . . . Und so hat das Leben selbst für den Verfasser den krausen Stoff gebildet. Und es hat auch für ihn die Psychologie des Stüdes geschaffen, eine Psychologie der Massen. Wie er sie darzustellen weiß, zeigt seinen außer Zweifel stehenden Blick für das Wahnenwichtige. Er reißt und zerrt an den Nerven, er verzieht in Wut und erschütter.

— Freie Dramen. In diesem Jahre werden die Werke Emil Brachvogels, des Karzhilders, und Karl Guklows („Urteil Acofia“, das Urbild des „Lariffe“ u. a.) frei, da seit ihrem Tode 30 Jahre verfloßen sind.

— Das neue Dramatische Theater in Stodholm. Ein Prachtbau in schwedischem Marmor, dessen Herstellung fünf Jahre dauerte und der mehr als fünf Millionen Kronen kostete, ist am Dienstag eröffnet worden. Auch die an dem Bau beschäftigten Arbeiter waren mit ihren Frauen dazu eingeladen. Gespielt wurde Strindbergs „Mister Dof“. Tor Aulin hatte zu jedem Akt ein Vorspiel komponiert, wodurch der feierliche Charakter der Vorstellung um so stärker hervortrat. Eine nachahmungswerte Sitte ist es, daß in dem neuen Theater, dem schwedischen Nationaltheater, das Besaßkassieren auf den Schluß der Vorstellung beschränkt ist.

— Die englische Ausstellung in der Akademie der Künste ist bis zum 25. Februar einschließlich verlängert worden. Sonntag, Montag und Dienstag ist sie bis 8 Uhr abends geöffnet. Da die Kunst nach den Anschauungen der Ausstellungsoberanstalter nur für Berlin WW. Interesse hat und ihnen das Geschäft die Hauptsache ist, wird an den letzten beiden Tagen 3 M. Entree verlangt.

— Der Landsturm der Kultur. Jetzt weicht, jetzt flieht, der Berliner Goethebund will von den Toten auferstehen und womöglich noch in diesem Jahre die Freiheit der Wissenschaft und Volksbildung, wenn's sein muß bis 12 Uhr abends vertheidigen.

graph, Telefon und nächstens auch Telefunken. Aber alle diese Verkehrsmittel existieren nicht für denjenigen, der in Untersuchungshaft sitzt. Es ist nachgewiesen, daß ein Brief eines Verhafteten an seinen Verteidiger 5 bis 8 Tage zur Befreiung gebraucht hat; die Benutzung des Telefons zur Benachrichtigung des Anwalts war vollständig ausgeschlossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Gesehe ist bestimmt, daß die Untersuchungsgefangenen sich selbst beschäftigen und beschäftigen dürfen; hat dessen schreiben die Besatzungsordnungen vor, daß erst nach einer besonderen Erlaubnis dazu eingeholt werden muß. Wahr ist es, daß vielfach die Untersuchungsgefangenen auf Bewährung der Haft zur Erlangung von Geldstrafen. Und am schlimmsten werden die Verhafteten von der Untersuchungsgefangenen betroffen. In Baden gibt es eine Bestimmung in der Besatzungsordnung, wonach manche Angehörigen dem Arbeitsamt unterworfen werden können, als ob sie schon verurteilt wären. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Abgeordnete will ich noch, daß trotz der vielen Redereien von der Reform des Strafprozesses noch immer nicht genug betont wird, daß die Verwaltung reformiert werden muß. Noch immer hat man aus den Taten des Hauptmanns von Köpenick nicht die nötigen Schlussfolgerungen gezogen. Auch heute noch werden die Verhafteten

von Ort zu Ort geht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da darf man sich nicht wundern, wenn Mißfälle vorkommen. Das Vorgehen der preussischen Regierung in dieser Frage stützt sich auf Verordnungen aus dem Jahre 1842, auf Verordnungen, über denen schon längst Spinnweben lagern. In unseren Verhandlungen war man einig, daß namentlich die Bestimmungen reformbedürftig seien, die sich auf die Jugendlichen beziehen. Merkwürdigerweise hat aber das Haus sich nicht darüber einig sein können, ob tatsächlich eine Vermehrung oder Verminderung der Kriminalität vorhanden ist. Ich glaube, daß von jeher immer die alten Leute gesagt haben: die Jugend wird immer schlechter. Und doch ist das Gegenteil der Fall: der Gang der Menschheit führt aufwärts. Der Abg. Wagner hat es sich sehr bequem gemacht bei seiner Begründung der angeblichen Zunahme der Kriminalität. Er hat in der Verbreitung der sozialdemokratischen Weltanschauung die Ursache gesehen. Die Statistik spricht eine andere Sprache. Gerade die agrarischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Schleien stehen über dem Durchschnitt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und umgekehrt Berlin, das Sündenbabel, ist in Punkt Kriminalität besser geworden. Es wird Herrn Wagner schwer fallen, die Zunahme und die hohen Ziffern der Kriminalität der Jugend in den agrarischen Provinzen auf sozialdemokratische Agitationen zurückzuführen. Denn leider sind diese Agitationen in jene Gegend noch nicht hinreichend vorgebracht. Herr Wagner sollte sich doch endlich einmal die Berichte der Lehrerschaft ansehen, um zu erkennen, daß die Zunahme der Kriminalität auf dem platten Lande in erheblichem Maße durch die Kinderarbeit beeinflusst wird; darum war es ganz richtig, wenn der Abg. Wölsch eine Verbesserung der Schulbildung für notwendig erklärte, um die Jugendlichen vor Verbrechen zu schützen. Der Abg. Wölsch hat bedauert, daß man in Kreuzen der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksschulbildung Schwierigkeiten gemacht hat. Auch wir bedauern es, aber wer hat denn dem preussischen Kultusminister, der kein Kultusminister ist, etwas anderes erwartet! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist sehr zu beklagen, daß der Vorstand vor dem preussischen Minister tapfer zurückgewichen ist, daß er es fertig gebracht hat, sich einer Penjur zu beugen, die unter anderem Haedel, Kreisemann und Strauß als Verfasser nicht tadelloser Bücher bezeichnet. Die Gesellschaft sollte ihren Namen umändern in „Gesellschaft zur Verbreitung tadelloser Volksschulbildung“. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Wagner hat namentlich gemeint, es sei bedauerlich, daß die Vertreter einer gewissen Weltanschauung der Jugend die Ideale rauben. Wenn er sich einmal die Nähe näherte, in die sozialdemokratischen Jugendorganisationen hineinzugehen, würde er das Gegenteil erfahren. Für alle diese Tausende von Organisationen gilt es, die Jugend zu fördern, sie gegen Ausbeutung zu stärken, sie vor den Gefahren des Alkohols zu hüten, sie vor den Gefahren zu warnen vor der Schmutzliteratur. Diese Organisationen können manchem Stammtisch von Offizieren und Studenten zum Muster dienen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In die jungen Herzen wird das Bewußtsein eingepflanzt, daß sie Glieder einer großen, gewaltigen Schar von Männern sind, die geschichtliche Aufgaben zu erfüllen haben. Man hat gefordert, daß die Jugend auch durch Sport vor den ihr drohenden Gefahren geschützt werden solle. Ganz meine Meinung; aber da ist es doch sehr bedauerlich, daß man nicht die Arbeiterschaft unterstützt in ihrem Bestreben, durch körperliche Ausbildung die Jugend zu schützen, daß vielmehr die Behörden oft genug ihre Aufgabe darin sehen, die von Arbeitern gegründeten Turnvereine zu schurgeln. Fördern will man nur eine einzige Organisation, die Deutsche Turnerschaft, die durch

Denunziation an Behörden

einen unklaren Wettbewerb treibt. — Als Beweise für die Reformbedürftigkeit unserer Justiz kann man die vielen Resolutionen ansehen, die hier eingebracht sind. In dieser Hinsicht kann ich mich kurz fassen, da das meiste schon mein Freund Stadthagen gesagt hat. Gegen unseren Antrag, der die Errichtung von besonderen Gerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Bureauangestellten und ihren Arbeitgebern bezweckt, hat Abg. Wölsch eingewendet, man solle die Gewerbegerichte für diese Sachen zuständig machen. Unser Antrag will nur nach Art und in Anlehnung an die Gewerbegerichte Institutionen für den gedachten Zweck schaffen. Die Aufhebung des Zeugniszwanges ist nach wie vor notwendig. Das Beschreiben des Reichsolanzers an die Bundesregierungen ist vollkommen unzureichend. Er hat dabei übersehen, daß der Richter nicht die Wahl hat, zu streifen oder nicht, sondern nur in der Art der Strafe die Wahl hat. Unsere Resolution bezweckt, die Abgeordneten gegen den Zeugniszwang zu schützen, und sie ist um so begründeter, weil gerade die Regierung nicht dulden will, daß Beamte sich mit Abgeordneten in Verbindung setzen. Also auch ein Schutz der Beamten in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte wird durch unsere Resolution erstrebt. Mit der Resolution auf Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige sind wir einverstanden. Sie begründet sich mit der allgemeinen Erhöhung der Lebenshaltung. Die Konsequenz dieser Erhöhung wird sein, daß das Existenzminimum, das heute 1500 M. beträgt, erhöht werden muß. Der Resolution betreffend die Deportation können wir nicht zustimmen. Den Antrag, die Tarifverträge gesetzlich zu regeln, hatten wir für außerordentlich wichtig. Bei der Schaffung der Gewerbeordnung hat wohl keiner daran gedacht, welche Erscheinungen im Lohnkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern sich zeigen würden, und deshalb hätte man erwarten sollen, daß das höchste Gericht sich der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt hätte. Das ist nicht geschehen. Beweis dafür ist, daß die Maßnahmen der Arbeiter zur Durchführung von Tarifverträgen gelegentlich mit Gefängnis bis zu drei Wochen bestraft worden sind. Selbstverständlich ist auch bedauerlich, daß die zivilrechtliche Seite der Tarifverträge bis jetzt nicht angemessen geregelt ist. Die Regelung gerade dieser Seite der Sache wird nicht leicht sein, und wir müssen uns selbstverständlich unsere endgültige Stellungnahme vorbehalten, bis ein Entwurf vorliegt. Der Abg. v. Kalkhan hat auf die vielen Tassachen, die mein Parteigenosse Stadthagen vorgebracht hat, nichts weiter zu erwidern gewillt, als schnoddrige persönliche Bemerkungen. Es muß um eine Sache sehr schlecht stehen, die mit solchen Gründen verteidigt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als er freilich begann, glaube ich, er wolle Stadthagen eine öffentliche Liebeserklärung machen (Heiterkeit), denn unter gefälliger Betonung hat er ihn immer wieder

bei seinem Vornamen Verr genannt und er hat geradezu geschwört in dem Wohlwollen des Namens Arthur Stadthagen. (Große Heiterkeit.) Eine Liehe ist der anderen wert, und so werde ich denn heute nur sprechen von dem Abg. Rudolf v. Kalkhan. Freiherren zu Partenberg und Benglin. (Schallende Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete Rudolf v. Kalkhan (Heiterkeit) hat es also bedauert, daß Stadthagen nicht anwesend war, und sich also nicht einmal verteidigen konnte. Gleichwohl hat Herr Rudolf v. Kalkhan.

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich bitte hier im Hause den Vornamen der Abgeordneten nicht zu nennen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Frank (Soz.): In mehreren Fällen hat gestern Abg. v. Kalkhan von Arthur Stadthagen gesprochen. Ich nehme doch nicht an, daß der Herr Präsident für die abligen Mitglieder des Hauses ein Sonderrecht einführen will. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich bitte jede Kritik meiner Amtsführung zu unterlassen. Ich habe nicht gehört, daß gestern der Abg. v. Kalkhan den Vornamen des Abg. Stadthagen genannt hätte. (Große Heiterkeit und lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls weiß ich, daß früher wiederholt die Anführung des Vornamens von Abgeordneten seitens des Präsidenten gerügt worden ist. Als von Eugen Richter gesprochen wurde, hat der Präsident wiederholt erklärt, es gäbe nur einen Abgeordneten Richter.

Abg. Dr. Frank: Wenn der Herr Präsident gestern die Nennung des Vornamens durch den Abg. Kalkhan gerügt hätte...

Vizepräsident Dr. Baasche (sprang plötzlich auf und schreit): Im übrigen dürfen Sie nicht sagen, daß ich für die abligen Mitglieder des Hauses ein Sonderrecht zulasse. Ich verbitte mir diese Kritik.

Abg. Dr. Frank: Ich habe nur erklärt, daß auch ich das nicht von dem Herrn Präsidenten annehmen könnte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich bitte nun aber, das Thema nicht mehr fortzusetzen. (Anhaltende große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Frank (fortfahrend):

Der Abg. v. Kalkhan hat also gegen meinen Parteigenossen Stadthagen, obwohl dieser nicht persönlich anwesend war, schwere persönliche Vorwürfe gerichtet. Dieses Verfahren mag freiherrlich sein, ritterlich war es nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er hat es besonders bemängelt, daß Stadthagen die Gründe seiner Entlassung aus dem Anwaltsstande der Öffentlichkeit vorenthalte. Ehe der Abg. v. Kalkhan einen so schweren Vorwurf erhob, wüßte es seine Pflicht gewesen, sich zu informieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will den Kollegen Stadthagen nicht verteidigen, er wird das selber tun (Unruhe rechts), ich will nur feststellen, daß Stadthagen schon am 28. Dezember 1892 unmittelbar nach der Zustellung des ehrengerichtlichen Urteils vom 17. November 1892 das Urteil selbst mit den Urteilsgründen wörtlich im „Vorwärts“ veröffentlicht hat. (Lebhafte Hört! hört! und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Unruhe rechts.) Ich erwarte von dem Abg. v. Kalkhan, daß er an der gleichen Stelle, von der aus er einen Kollegen beleidigt hat, die Beleidigung zurücknimmt. Noblesse oblige! (Sehr gut! links.) Der Abg. v. Kalkhan hat dann noch einige sachliche Dinge vorgebracht, besonders in bezug auf den Diebstahl der Fürstin Brede. Die Dame interessiert unsere Fraktion gar nicht; wir können auch nicht nachprüfen, ob das Gutachten der Ärzte richtig ist, aber das eine müssen wir doch sagen, daß wenn der Diener Glase so schwer verurteilt und die Fürstin so milde bestraft worden ist, das Volk sich schon deshalb

eigene Gedanken darüber macht,

weil es nur reichen Leuten möglich ist, sich durch Sachverständige auf den Geisteszustand hin beobachten zu lassen. Es steht nämlich im Gesetz, daß nur auf Antrag eines Sachverständigen eine solche Untersuchung erfolgt. Woher soll der Arme sich einen Sachverständigen beschaffen, der den Antrag auf Untersuchung stellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wie wäre ein Armer behandelt worden, der wegen eines Silberdiebstahls in Untersuchungshaft war und den Antrag stellte, ihn von Amts wegen zu untersuchen. Weil das Volk fühlt, daß hier ein Unterschied vorliegt, deshalb empfindet es die Behandlung der Fürstin Brede als ein Vorrecht. Dann hat der Abg. von Kalkhan die Abneigung der Richter gegen die Schaffung neuer Sondergerichte ausgesprochen. Er hat gemeint, daß die Arbeiter sich freuen sollten, wenn ihre Prozesse mit vor die ordentlichen Gerichte kämen, weil die Richter ja dadurch sozialer empfinden lernen. Wenn der Herr das Bedürfnis hat, die Zahl der Sondergerichte einzuschränken, so hätte er eine Gelegenheit dazu, die ihm näher liegt, wenn er die

handherrlichen Sondergerichte abschafft.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Erst vor kurzem hat ein handherrliches Sondergericht den Erbgrafen Erasmus zu Erbach-Erbach seiner Rechte für verlustig erklärt, weil er es gewagt hatte, ein Fräulein Dora Fischer, die Tochter einer Wäscherin, zu heiraten. (Heiterkeit.)

Es ist dann hervorgehoben worden, daß wir uns in der Kritik der Justiz nur an Einzelscheinungen hielten. Das ist auch unsere Meinung, daß die Justiz nur ein Mikroskop ist, ein kleines Abbild der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen, daß überall in Deutschland das Kapital als heimlicher Kaiser herrscht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und erbt in dem Kampf gegen das Kapital die einzige wirksame Waffe gegen die Ausbeuter der Klassenjustiz. Wir sind überzeugt, daß jede Einschränkung des Absolutismus in der Fabrik und im Schloß, d. h. in der Politik gleichzeitig eine wirksame Bekämpfung der Klassenjustiz ist, in der sich stets die allgemeinen Verhältnisse widerspiegeln. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schirmer (Z.): Das Wort Klassenjustiz kann man mit so allgemeinen Wendungen nicht zurückweisen. Schon unser verstorbenen Führer Lieber hat von stammesherbenden Urteilen gesprochen. Schon in dem Anschauen von Arbeitern vor Gericht liegt eine Ungerechtigkeit. Die Verurteilung des Dieners Glase und die Freilassung der Fürstin haben in der Tat überall das peinlichste Aufsehen erregt. In Süddeutschland erblickt man in den Staatssekretären sehr oft nur die ausführenden Organe Preußens. Der vom preussischen Minister des Innern eingeführte Legitimations- und Aufenthaltsgewang für ausländische Arbeiter ist ungeschicklich und es ist bedauerlich, daß die anderen Bundesstaaten dagegen nicht Front gemacht haben. Auch in diesem Falle hat der Staatssekretär sich hinter der Bemerkung versteckt, es handele sich um eine rein preussische Angelegenheit. Es ist richtig, daß die Staatsanwälte fast immer ein Einschreiten ablehnen, wenn es sich um die Verletzung von Arbeiterinteressen handelt, während zugunsten der Unternehmer regelmäßig eingegriffen wird. Wir verlangen ein Gesetz zur Sicherung des Koalitionsrechts, und hoffen, daß der Staatssekretär es bald vorlegt. Auf der anderen Seite verwerfen wir den Koalitionszwang. Einen solchen Koalitionszwang stellt der Putschdiktator dar, der alle anderen Arbeiter außer den sozialdemokratisch organisierten ausschließt. Selbst große Berliner Firmen, die Reichsdruckmaschinen herstellen, wie Hermann in der Weißstraße, Sittensfeld und die Druckerei der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung beschließen nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter. (Z) Diesen Koalitionszwang muß das von uns geforderte Gesetz über die rechtliche Regelung der Tarifverträge beseitigen. Im übrigen sollen die Regierungen endlich das Nichttrauen gegen die christlich-nationale Arbeiterbewegung fahren lassen, denn sie ist die beste Stütze der Behörden im Kampfe gegen die Uebermacht des Kapitals. (Drabal im Zentrum!)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Rp.): Wir bedauern den Verlauf der Resolutionen, aber wir müssen ihn eben mitmachen.

Die Resolution auf Bewährung von Däken an Schäften und Geschworene sollte die Regierung endlich erfüllen. Die Resolution auf Befreiung des Zeugniszwanges der Presse ist eine alle liberale Forderung, hingegen erkennen wir ein Bedürfnis auf Zuerkennung des Rechtes der Zeugnisverweigerung an die Stadtbeordneten und Gemeindevorsteher nicht an.

Die Resolution Heringe ist eine alte Forderung der Linkenliberalen und muß durchgeführt werden, weil dadurch auch die Kriminalität der Jugend eingeschränkt werden kann. Ich freue mich, daß der Kolonialsekretär sich gegen die Deportation entschieden ausgesprochen hat. Meine politischen Freunde werden dagegen der Resolution Wasser- mann zustimmen. Jugendgerichtshöfe sind notwendig, weil oft genug die Richter die Kindesseele nicht verstehen. Ist doch einmal ein Junge, der auf der Straße einem anderen eine Kinder- trompete weggenommen hatte, wegen Straßen- raubes bestraft worden. (Hört! hört! links.) In Eng- land hat man eine Bill eingebracht, wonach Kinder nur in be- sonderen Anstalten und nie in Gefängnissen untergebracht werden dürfen. Von anderen Forderungen bei der Reform unterstütze ich die, die sich gegen die Verlesung der Vor- strafen der Zeugen richtet, weil dadurch oft genug die Existenz der Zeugen untergraben wird. Unsere Resolution zugunsten der unehelichen Kinder behandelt eine sehr wichtige Frage. Jetzt ist jemand, der eine Stunde vor der Eheschließung seiner Eltern ge- boren wird, ein Paria; die uneheliche Geburt läuft ihm Zeit seines Lebens nach. (Große Heiterkeit.) Der Vorbildung der Richter und Staatsanwälte muß mehr Sorgfalt zugewendet werden, damit diese zur Hülfung des Rechts berufenen Organe nicht wie bisher weisfremd in ihr Amt kommen.

Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft im Rolke-Harden- Prozeß habe ich für eine juristische Ungeheuerlichkeit. — Niemand wird bestreiten, daß sich sehr viel Unbilligkeit in der Literatur und sogenannten Kunst breit macht; aber unsere Gesetze sind nicht schuld daran, wir haben die Möglichkeit, insbesondere vom Gesichtspunkte der relativen Anstößigkeit dagegen vorzugehen. Aber oft genug geht die Pruderie zu weit, trotzdem gerade in den prüdesten Kreisen von den Balltoiletten das Wort gilt: „Je ausgezogener, desto angenehmer!“ (Sehr richtig! links.) Und die Polizei zeigt sich in ihrem Kampfe gegen die unsittliche Kunst wie der Elefant im Porzellanladen (Heiterkeit) oder wie ein bloßierter Lebemann, der seine innere Freude an der Unsittlichkeit hat, den Schmutz, die Polizei im Leben der Kunst ist von jeher eine erdarmungswürdige Figur gewesen und wird es bleiben. (Sehr richtig! links.) Daß die körperliche Ausbildung der Jugend seitens des preussischen Kultusministers nur in ganz eigenartiger Weise erfolgen kann, liegt auf der Hand, denn: „Ob Stadt, ob Hölle, schwarz ist der Kopf bis in die Wolle.“ (Große, allgemeine Heiterkeit.) In dieser Beziehung hat Abg. Frank vollkommen recht. (Zuruf: Es lebe der Block!) Es gibt in dieser Beziehung seinen Block, in Fragen der Kunst keinen Waffenstillstand, seinen Frieden. Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Was kann man von einer Volksschulbildung verlangen, die aus schwarzpöppeliger Geistes- sammt vom Geiste Wlonds, Nichts und Leichtsinn, die der Reichsfänger in seiner Blockrede beschworen hatte, war in den letzten Debatten des preussischen Abgeordnetenhauses wenig zu spüren. Unsere Aufgabe ist es, auf die besonnenen, modernen Elemente bei den Konservativen (Zuruf: Herr von Oldenburg! Große Heiterkeit.) Einfluß zu gewinnen und sie zu warnen, daß sie sich nicht als Vorposten des Alerikalismus benutzen lassen. Der Liberalismus wird stets im Kampfe für die Freiheit der Kunst in erster Reihe stehen müssen. (Zuruf im Zentrum: Hurra! Große Heiterkeit. Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Herr Abg. Müller-Reiningen hat sich im Falle Fentz auf die Darstellung Fentz gestützt und diese ist in fast allen Punkten romanhaft ausgedeutet. — Das Strafvollzugsgesetz kann nicht vor der Reform der Strafprozedur erledigt werden.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath bespricht die Verfügung der königlichen Regierung in Bezug gegen die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksschulbildung. Die Regierung hat die Verfügung zurückgenommen, ohne daß die Gesellschaft den geringsten Schritt dazu getan hat. Wenn man auf Grund der Erklärungen des Kultusministers Hölle in den Zeitungen davon spricht, daß die Gesellschaft sich bereit erklärt hätte, gewisse Bücher von der Ver- breitung auszuschließen, so sollte man doch erst den Vergleich kennen, bevor man über in redet. Tatsächlich haben die genannten Bücher niemals im Verzeichnis des Vereins gefunden.

Abg. Schr. v. Kalkhan (L.): Es ist mir bedauert worden, daß ich den Abgeordneten Stadthagen mit Vornamen genannt habe, ich habe mir aber wirklich nichts dabei gedacht. Ich hätte von einem so hochgebildeten Manne wie Herrn Dr. Frank nicht erwartet, daß er mir, wie er es getan hat, den selbstverständlichen ungerechtfertigten Vorwurf machen würde, ich mache einen Unterschied zwischen bürgerlichen und adeligen Abgeordneten. Im „Vorwärts“ vom 20. Dezember 1892 ist nicht das Urteil gegen Stadthagen veröffent- licht, sondern eine von Stadthagen selbst verfaßte Abhandlung. Nach dem Wortlaut des Urteils, das mir inzwischen zuge- kommen ist, halte ich meine Behauptungen vollkommen aufrecht, ins- besondere, daß die Angaben des Herrn Stadthagen über den Grund seines Ausschlusses aus dem Anwaltsstande im Widerspruch mit dem Urteil stehen. (Hört! hört! rechts.) Der Ausschluß ist erfolgt wegen Verstoßung eines Rechtsverhältnisses zwecks Be- nachteiligung der Gläubiger und wegen Gebührensüberhebung. (Hört! hört! rechts.) Ich wiederhole, daß ein Mann, der aus dem Anwaltsstande ausgeschlossen worden ist, nicht berufen erscheint, den deutschen Richtern Moral zu predigen. (Beifall rechts, Zeichen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (dich. Reform.) beglückwünscht den Abgeord- neten Rudolf von Kalkhan zu seinen Angriffen auf den Abgeord- neten Stadthagen. (Beifall rechts.)

Abg. Wölsch (Z.) verlangt, daß bei Vergeltung von Arbeiten der Reichsjustizverwaltung die Handwerker, das Uebermaß der sozialen Gesetzgebung, mehr berücksichtigt werden; gegen die Kon- kurrenz durch die Arbeiten Strafgefangener müßte das Handwerk wirksam geschützt werden.

Staatssekretär Dr. Nieberding verweist auf die Denkschrift über die Beschäftigung der Strafgefangenen, die im vorigen Jahre dem Reichstage zugegangen ist; die Gefängnisverwaltung könne die Arbeit zur Beschäftigung der Gefangenen nicht entbehren. Soweit als möglich, werde darauf gesehen, dem Handwerk nicht unbedach- tige Konkurrenz zu machen.

Abg. Stadthagen (Soz.)

(von der Rechten mit Ohn-Musen empfangen.): Sie werden es ver- stehen, wenn ich das Wort ergreife, nachdem der Abgeordnete von Kalkhan hier Behauptungen aufgestellt hat, die er nach näherer Ueberlegung zurücknehmen müßte, oder aber er ist nicht in der Lage, Wahres und Unwahres zu unterscheiden. Erstens hat er be- hauptet, ich sei von meinen Standesgenossen für unwürdig erklärt worden, dem Anwaltsstande weiter anzugehören. Es müßte ihm aber bekannt sein, denn die Akten des Reichsolanzers enthalten die Sache, denn sie ist in breiter Öffentlichkeit hier besprochen und klargestellt worden — es müßte ihm also aus den Akten des Reichs- tages bekannt sein, daß die erste Instanz es abgelehnt hat, mich aus der Anwaltschaft auszuschließen. Erst der Ehrengerichtshof, der zum großen Teil aus Richtern besteht, hat diesem Wortlaut mitgeteilt. Herr v. Kalkhan behauptet, ich hätte der Wahrheit zuwider damals im „Vorwärts“ behauptet, daß ich wegen meiner politischen Betätigung, insbesondere wegen eines Vortrages in einer Volksversammlung über Jurisprudenz, ausgeschlossen wäre, ich hätte dagegen die Teile des Urteils verschwiegen, auf die es ankäme. Hatte Herr v. Kalkhan die Nummer des „Vorwärts“ vom 13. Dezember 1892 gelesen, so hätte er finden müssen, daß dort alle einzelnen Teile des Urteils angeführt sind. Die Sache ist hier schon einmal klargestellt worden und es ist nicht

Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung vom Freitag, 21. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Breitenbach, Dr. Halle. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Herstellung einer Eisenbahn-Dampffahrverbindung zwischen Sahnitz und Trellleborg.

Die Budgetkommission beantragt unbenannte Annahme der Vorlage.

Abg. Dr. v. Savigny (Z.) spricht sich für die Vorlage aus, die eine wesentliche Verkehrsverbesserung gegenüber der Verbindung zwischen Warnemünde—Gjedder herbeiführen werde. Die Annahme der Vorlage werde auch zu einer Verstärkung der freundschaftlichen Beziehungen zu Schweden beitragen.

Abg. v. Arnim-Jäseboom (L.) befürwortet ebenfalls die Annahme der Vorlage.

Abg. Broemel (fr. Sp.): In Reederkreisen wird lebhaft Klage über Unfreundlichkeiten gegen die deutsche Flagge in Schweden geführt. Es ist uns nicht möglich, diese Klagen auf ihre Verächtlichkeit zu prüfen. Die bürftige Begründung der Vorlage macht es uns unmöglich, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, denn es fehlt uns jede Möglichkeit, uns über die Rentabilität der geplanten Verbindung klar zu werden. Ich kann die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen nicht hinter die politischen Interessen zurückstellen, auch nicht einem befreundeten Reiche gegenüber und verbleibe bei meinem verneinenden Votum.

Eisenbahnminister Breitenbach: Finanzielle Ausfälle werden nach der Berechnung der Eisenbahnverwaltung ausgeschlossen. Die neue Verbindung wird vor allem eine Beschleunigung in Güter- und Personenverkehr schaffen. Ich empfehle die Vorlage dem hohen Hause zur Annahme.

Abg. Lusenitz (natl.) erklärt, daß seine politischen Freunde vorwiegend aus politischen Gesichtspunkten für die Vorlage stimmen würden. Von erheblichen Zuschüssen zu dem Betriebe werde keine Rede sein.

Abg. Wöhring (fr. Sp.): Wir werden für die Vorlage stimmen und wollen nur wünschen, daß die Hoffnungen, die in politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung daran geknüpft werden, in Erfüllung gehen.

Abg. Dr. Neuwolt (H.) tritt gleichfalls für die Vorlage ein. Abg. v. Wöhlerdorff-Röhlitz (L.) empfiehlt im Interesse der Förderung der Rentabilität der neuen Verbindung die Schaffung besserer Eisenbahnverbindungen zwischen dem Westen und Vorpommern.

Die Vorlage wird fast einstimmig angenommen. Darauf wird die Beratung des Kultusetats beim Kapitel „Elementarunterricht“ fortgesetzt.

Beim Titel „Höhere Mädchenschulen“ rühmt Abg. Schiffer (natl.) die Verdienste des scheidenden Direktors der Augusta-Schule in Berlin, Prof. Wöhring, um das höhere Mädchenschulwesen und um die Reformen dieses Schulwesens. Da sei es doch auffallend, daß dieser Mann jetzt im entscheidenden Moment aus seinem Amte scheide, und es sei erwünscht, zu erfahren, ob dafür lediglich persönliche oder ob sachliche Gründe maßgebend gewesen seien.

Ministerialdirektor Schwarzkopf: Der Minister hat bereits in der Kommission erklärt, daß er bei der Behandlung personeller Fragen Zurückhaltung üben müsse. Differenzen in bezug auf das Programm über die Mädchenschulreform zwischen dem Minister und Herrn Prof. Wöhring bestehen.

Auf Anregung des Abg. Felisch (L.) erwidert Minister Dr. Halle: Das im Reiche zu erwartende Gesetz über die Verschärfung der Privatangelegenheiten wird auch die Lehrerinnen an Privatschulen umfassen. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes ist bei der allgemeinen deutschen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen eine Abteilung für die Lehrerinnen an Privatschulen eingerichtet worden, die sich lebhafter Beteiligung erfreut. (Beifall.)

Abg. Ernst (fr. Sp.) spricht seine Befriedigung über diese Erklärung aus. (In der Diplomatensloge ist der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses, v. Köller, erschienen, der von zahlreichen Abgeordneten begrüßt wird.)

Beim Titel „Elementarunterricht“ wünscht Abg. Krawinkel (natl.) erhöhte Förderung des Mittelschulwesens.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Z.) spricht sich im gleichen Sinne aus. Minister Dr. Halle: Ich lege der Förderung des Mittelschulwesens namentlich im Interesse der kleineren Städte eine außerordentliche Bedeutung bei und bemerke, daß ein neuer Lehrplan für die Mittelschulen ausgearbeitet wird. Die Verhandlungen darüber werden bald zum Abschluß kommen.

Abg. Cassel (fr. Sp.) wendet sich dagegen, daß in der Volksschule zu viel gelehrt werde. Es schade gar nichts, wenn die Kinder in der Schule auch etwas von den Kolonien und von den sozialen Verhältnissen und bürgerlichen Zuständen im Vaterlande erfahren. Weiter tritt Redner den Bestimmungen auf zu frühzeitige Dispensationen vom Schulunterricht entgegen. (Beifall links.)

Abg. Jastin (Z.) beklagt, daß die Remunerationen an Lehrer und Lehrerinnen in den Ostmarken nach politischen Gesichtspunkten erfolgen.

Ein Regierungskommissar bestritt dies. In erster Linie würden Lehrer und Lehrerinnen an einklassigen Schulen berücksichtigt.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) bittet, die in diesem Jahre vorgenommene Verstärkung des Fonds für ausgeschiedene Elementarlehrer und Lehrerinnen dauernd im Etat erscheinen zu lassen.

Abg. Biesché (Z.) bittet, die bisherige Art der Feststellung der Unterstützungsbedürftigkeit durch Polizeibeamte zu beseitigen.

Abg. Dr. Arendt (H.) verlangt gelegentlich der Vorlegung des Lehrerbildungsgesetzes eine ausgiebige Verstärkung des Unterstützungsfonds.

Abg. Biesché (Z.) tritt für eine Verstärkung des Fonds zur Unterstützung von Witwen und Waisen von vor dem 1. 4. 07 verstorbenen Volksschullehrern ein. Vor allem solle man den Beteiligten es erlauben, sich jedes Jahr um die Bewilligung der Unterstützung bewerben zu müssen.

Abg. Glöckner (fr. Sp.): Auch ich möchte darauf hinweisen, daß der Fonds immer noch nicht ausreicht, um den allerbedürftigsten Anforderungen zu genügen. Nach einer Mitteilung der „Frankf. Zig.“ gibt es in der Provinz Pommern 60 Lehrermitteln, die zwischen 250 und 300 M. Unterstützung erhalten. Ich kann mich dem Wunsche des Abg. Biesché nur anschließen, daß den Witwen möglichst eine dauernde Unterstützung gewährt wird, und daß man ihnen nicht zumutet, jedes Jahr von neuem um Unterstützungen einzukommen. Es muß vermieden werden, daß Gesuche um Unterstützungen abgelehnt werden müssen wegen Mangel an Mitteln. (Beifall links.)

Abg. Ernst (fr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Biesché an.

Minister Dr. Halle: Auch die Verwaltung hat den lebhaften Wunsch, die Witwen und Waisen der Lehrer fortdauernd zu unterstützen, und die Regierungspräsidenten haben die Weisung bekommen, die Unterstützungen fortwährend zu gewähren, soweit die Mittel reichen. Auch wird demnächst eine Verfügung herausgegeben, wonach die Auskunft über die Unterstützungsbedürftigkeit durch die Organe der Schulverwaltung eingeholt werden soll. Den Wunsch, daß die Unterstützungen möglichst reichlich sein mögen, teilt auch die Verwaltung, und sie hat dies zu erkennen gegeben durch die

Erhöhung der Fonds. Es wird unser Bestreben sein, in Zukunft immer weiter auf diesem Gebiete zu gehen. (Beifall.) Beim „Dispositionsfonds für die Elementarschulen“ bemerkt Abg. Veltzahn (fr. Sp.), daß nach dem Vermerk im Etat nur leistungsschwache Synagogengemeinden unterstützt werden sollen, wenn mindestens 12 jüdische Schüler vorhanden sind. Das widerspreche der Resolution, die bei der Beratung des Volksschulgesetzes beschlossen worden sei und werde zur Folge haben, daß eine große Zahl jüdischer Schüler ohne Religionsunterricht in der Schule bleiben müsse.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopf erklärt, daß die Verwirklichung des Wunsches nach weiteren Unterstützungen wohlwollend gegenüberstehe. Vorläufig wolle sie abwarten, ob die im Etat vorgesehene Summe für den Religionsunterricht ausreiche.

Hierauf wird die weitere Beratung auf abends 7 1/2 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Abend-Sitzung.

Freitag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Halle. Fortsetzung der Beratung des Kultusetats beim Titel „Dispositionsfonds für das Elementar-Unterrichtswesen“.

Abg. Marx (Z.) wünscht die Erhöhung des Fonds von 40 000 Mark zur Unterstützung von Synagogengemeinden für Zwecke der Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts, namentlich im Interesse der gefeskstreuen Juden in den kleinen Städten und auf dem Lande.

Abg. Vieder (H.) tritt ebenfalls für die Erhöhung des Fonds ein.

Abg. Cassel (fr. Sp.): Die Ausführungen des Herrn Abg. Marx waren gut gemeint, ich muß ihm aber sagen, daß gerade seine Anträge zu der Regierungsvorlage nach der Kommissionsberatung die Vorlage verschlechtert haben. Die Königl. Staatsregierung möge dafür sorgen, daß den religiösen Bedürfnissen des Judentums Rechnung getragen wird. (Bravo! links.) Der Titel wird bewilligt.

Abg. Dr. v. Savigny (Z.) verlangt besondere Kurse für Geistliche, damit diese in die Lage kämen, taubstummen Kindern den Religionsunterricht zu erteilen.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß über die Frage bereits Erwägungen schwebten.

Abg. v. Schöndorff (natl.) bittet, den Betrag von 200 000 Mark, die für die Pflege von Leibesübungen ausgeworfen seien, in erster Linie auf die Volksschulen zu verteilen.

Minister Dr. Halle erklärt seine Sympathie mit diesen Bestrebungen, die auf Körperkultur und Körperbildung der Jugend hinauslaufen.

Beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ bespricht Abg. v. Pappenheim (L.) die Pläne für die Neubauten auf der Berliner Museumsinsel.

Abg. Münsterberg (fr. Sp.) bittet um Auskunft, welche Resultate die Erhebung von Eintrittsgeld bei den Museen gehabt hat. (Weitere Ausführungen bleiben auf der Tribüne unverständlich.)

Minister Dr. Halle spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Notwendigkeit der neuen Museumsbauten in Berlin von den Vorrednern zugegeben worden sei.

Einige Titel werden bewilligt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Sonntagabend 11 Uhr.

Tagesordnung: 2. Lesung des Entwurfs betreffend Dampffahrverbindung Sahnitz-Trellleborg, Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.

Schluß: 11 Uhr.

Koloniale Ausgaben vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 21. Februar.)

Die Beratung wird fortgesetzt bei Titel 2 der einmaligen Ausgaben. Siemer fragt, wie weit die Untersuchungen über das Eingeborenenrecht gediehen sind. Es ist eine Kommission gebildet, der auch Reichstagsabgeordnete angehören. Ueber die Vorarbeiten ist die Kommission noch nicht hinausgekommen.

Wie im vorigen Jahre entwickelte sich bei der Forderung von 20 400 M. für Subventionierung der Kolonialschulen Bienenhausen und Engelpfort eine längere Debatte mit konfessionellem Hintergrund. Engelpfort ist eine Missionschule, angegliedert an ein Kloster, und es besteht bei den Gegnern des Zentrums keine Meinung, den Missionen hier einen indirekten Vorteil zu verschaffen. Zahlreiche Redner beteiligten sich an der Debatte, Genosse Ledebour erklärte für die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, daß sie gegen die Bewilligung der Forderung für Engelpfort sein werden aus prinzipiellen Gründen; konfessionelle Einrichtungen dürfen nicht mit Staats-einrichtungen verquickt werden. Wir würden ebenso stimmen, wenn es sich um eine protestantische Missionschule handelte. Die Abg. Semler und Arendt möchten der Schule die Summe gern retten und stellen entsprechende Anträge. Latmann will Parität und das Zentrum kämpft mit Zähigkeit um die 6000 M. für das Kloster. Es wird beschlossen, das Geld unter einem anderen Titel einzusetzen, sobald es der Anstalt erhalten bleibt.

In Titel 15 und 16 werden 170 000 M. verlangt für Hilfskräfte beim Kolonialamt, welche die Abrechnung über den Zustand in Südwestafrika aufstellen sollen. Erzberger hält es für überflüssig, noch 170 000 M. für eine Abrechnung auszugeben, die doch nicht stimmen werde, er glaubt, daß Stichproben für die Prüfung genügen.

Staatssekretär Dernburg teilt mit, daß sich die Gesamtkosten des Aufwandes auf 383 Millionen belaufen. Die Bewilligungen sind um 28 714 000 M. überschritten worden. Eine genaue Rechnung sei nicht möglich, es sei nach den bestehenden Verordnungen ja auch nicht nötig, eine Nachprüfung jedes Belegs vorzunehmen.

Ein Vertreter des Schatzamtes hält eine Prüfung und Aufstellung für unumgänglich nötig. Ein anderer Regierungsvertreter teilt mit, daß der Gouverneur auch angeregt habe, einen Strich durch die ganzen Rechnungen zu machen. Erzberger und Gröber beantragen die Prüflinge der Rechnungen auf Stichproben zu beschränken und 20 000 M. dafür einzustellen. Semler ist gegen den Antrag und will eine genaue Abrechnung, sie mag kosten was sie will. Dernburg sagt auch über die umfangreiche Abrechnung, es würde schon drei Jahre geprüft und das würde noch lange gehen, aber die Summen müßten trotzdem bewilligt werden, weil das Personal schon lange bei der Arbeit sei. Lindequist befähigt auch, daß es sehr schwer sein werde, eine genaue Rechnung zu machen.

Unterstaatssekretär Conze kündigt an, daß vom 1. April ab die Abrechnung hier in Deutschland vorzunehmen, jetzt sei das Rechnungswesen in den Kolonien wahrscheinlich sehr schlecht, man wolle einmal Einblick in die Dinge bekommen. Von den Ausgaben für den Zustand schätzen wahrscheinlich die Belege über viele Millionen. Erzberger und Gröber befürworten nochmals einen Strich durch die ganzen Ausgaben zu machen. — Siemer beantragt 70 000 M. abzugeben und Semler fordert in einer Resolution Vorlage eines Gesetzes, welches eine säkulare Abrechnung der Kolonialausgaben bewirkt. Ledebour ist gegen jeden Versuch in das Abrechnungswesen saloppe Maximen eingreifen zu lassen. Es werden schließlich 20 000 M. abgestrichen. Ohne weitere Debatte

wird der Rest des Etats für das Kolonialamt bewilligt und die Sitzung hierauf abgebrochen.

Am Dienstag beginnt die Beratung mit der Generaldebatte über Dernburgs Kolonialprogramm.

Parlamentarisches.

Petitionskommission. In der Sitzung vom 19. und 20. Februar wurde u. a. eine Petition bereidigter Landmesser behandelt. Sie wünschen, daß nur staatlich geprüfte Landvermesser Verwendung finden sollen und den Titel Landmesser führen dürfen. Die Petition wurde dem Reichsanzler zur Erwägung überwiesen.

Die Internationale Artisten-Lige in Berlin petitioniert um Abänderung des § 82 der Gewerbeordnung dahin, daß zur Veranstaltung öffentlicher Singspiele und künstlerischer Aufführungen eine Erlaubnis nötig sein soll. Die Erlaubnis soll verweigert werden, wenn die Nachsuchen nicht die nötigen Mittel nachweisen oder sonstige sittenliche und künstlerische Bedenken vorliegen. Diese Petition wird nach kurzer Debatte einstimmig der Regierung als Material überwiesen.

Mehrere Rechtskonsulenten wünschen, daß die Zulassung der Rechtskonsulenten als Vertreter vor Gericht nicht mehr wegen angeblich mangelnden Bedürfnisses abgelehnt werden kann. Auch wollen sie ihre Ansprüche an die Akten durch eine Gebührenordnung geregelt wissen. Ueber die Richtigkeit und Schädlichkeit der Rechtskonsulenten entspann sich eine längere Debatte, wobei auch die Konzeptionierung dieses Berufs angeregt wurde. Der Regierungskommissar erklärte, daß die Regierung noch nicht an eine gesetzliche Aenderung denke, auch der Konzeptionsfrage sei sie noch nicht näher getreten. Die Petition wurde schließlich der Regierung als Material überwiesen.

Der Verband katholischer Arbeitsnachweise in Rheinland-Westfalen bittet in einer Petition, das Stellenvermittlungswesen auf paritätischer Grundlage durch die Gemeinden gesetzlich zu regeln.

Der Regierungsvertreter teilt mit, daß in gleicher Richtung gehende Anregungen des preußischen Ministers des Inneren im Reichsamt des Inneren Anklang gefunden hätten und nächsten die Angelegenheit ihre gesetzliche Erledigung finden solle. Von unserem Fraktionsvertreter wurde die Erwartung ausgesprochen, daß diese Regelung unter Berücksichtigung der Wünsche und Interessen der Arbeiter und ihrer Organisationen erfolge und nicht einseitig die Interessen der Agrarier und Unternehmer als maßgebend angesehen werden. Ueber eine Petition des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, die das Reichstagswahlrecht auf die Frauen ausgedehnt wissen will, wurde zur Tagesordnung übergegangen, weil das Plenum erst kürzlich über diese Materie Beschluß gefaßt habe.

Eine lange Debatte entspann sich über eine Anzahl Petitionen aus den Reihen der Kriegsveteranen. Sie fordern Verbesserung der Veteranenrente, teils auch Verringerung der Bedürftigkeitsfrage, teils Herabsetzung der Bedürftigkeitsgrenze.

Der Regierungskommissar wies darauf hin, daß bei Befreiigung der Bedürftigkeitsfrage jährlich 40 Millionen Mark mehr erforderlich seien. Es seien zurzeit noch zirka 500 000 Kriegsteilnehmer am Leben. Der Invalidenfonds sei in vier Jahren vollends aufgezehrt. Die Regierung wisse nicht, wo sie das Geld hernehmen solle, wenn den Anträgen im Reichstagsfolge geleistet werde. Deutschland sei den Kriegsteilnehmern bisher schon am nobelsten entgegengelassen. So zahle Oesterreich an seine Veteranen gar nichts, Frankreich zahle bei Bedürftigkeit nur eine einmalige Unterstützung von 50—100 Fr. Italien zahle an die Kriegsteilnehmer von 1860 nur 100 Lire und Dänemark zahle jährlich jedem bedürftigen Kriegsteilnehmer von 1848 und 1850 110 M.

Den Vertretern der bürgerlichen Parteien war die Sache ziemlich fatal, das merkte man an der ganzen Debatte. Die Kriegsteilnehmerbeihilfe aufzubessern ohne das Geld zu beschaffen geht nur einmal nicht. Die dem Hause vorgelegten Anträge aber können sie aus agitatorischen Rücksichten nicht ignorieren. Unser Vertreter, Genosse Sachse, stieß auf allgemeinen Widerstand, als er, die Petitionen befürwortend, der Regierung sagte, sie solle das nötige Geld nur mittels direkter Steuern bei den Besitzenden holen.

Der Referent, der Zentrumsabgeordnete Herbers, haite erst nur Ueberweisung als Material beantragt, die Kommission beschloß, aber schließlich einstimmig, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Man kann auf die Verhandlung dieser Sache im Plenum gespannt sein.

Bei Behandlung der Petition des Verbandes der Kellner und der internationalen Hotelbesitzer usw. zeigte sich wieder recht deutlich, welche arbeitserfeindlichen Pläne die bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums gegen diese Petition lam am 18. Februar zur Verhandlung. Der Kellnerverband verlangte in seiner Petition den Ruhetag für die Gastwirtsgehälfen von 24 auf 36 Stunden auszudehnen, während der internationale Bund der Hotelbesitzer und der Verband der Gastwirte teils die Befreiigung des Ruhetages in Badeorten, teils die Herabsetzung der Ruhezeit von 24 auf 18 Stunden beantragen.

Der Referent, der Zentrumsabgeordnete Welzer, sprach sich sehr eifrig für Befreiigung der Ruhezeit in Badeorten und für ihre Herabsetzung von 24 auf 18 Stunden in den übrigen Betrieben aus. Er bemerkte ausdrücklich, daß ein großer Teil seiner Fraktion seinen Standpunkt vertritt. Sein Fraktionskollege Jol unterstühte die arbeitserfeindlichen Aenderungen Welzers ebenfalls sehr lebhaft, während Herbers und Wieders sich dagegen wehrten. Der christlichsoziale Durcharb regte gar an, die Verordnung zum Schutze der Gastwirtsgehälfen aufzuheben und die Regelung der Ruhezeit freiwilligen Abmachungen der Beteiligten zu überlassen, wie das in England der Fall sei. Auch der freisinnige Dr. Delbrück sprach für Einschränkung der Ruhezeit, in Badeorten sei die Verordnung ganz unangebracht. Die Genossen Schwarz-Lübed und Sachse verteidigten energisch die Petition der Kellner. Die Regierung will die Verordnung beibehalten. Die Konservativen waren natürlich auch auf Seiten Welzers. Schließlich wurde die arbeitserfeindliche Petition der Hotelbesitzer in ihrem Hauptpunkte mit Majorität der Regierung zur Berücksichtigung, die der Kellner aber nur zur Erwägung überwiesen. Auch im Plenum wird dieser arbeitserfeindliche Vlod mit einem großen Teil des Zentrums zusammenhalten.

Einsatz.

Im Reichstags gingen ein: 70. und 71. Bericht der Petitionskommission. Zum Entwurf eines Gesetzes über den Versicherungsvertrag: Abänderungsantrag Albrecht u. Gen. (Soz.) 1. hinter den § 189 der Vorlage einzufügen: § 189a. Für Versicherungskassen (Pensions- und Unterstützungskassen), denen die Angestellten und Arbeiter eines Betriebes angehören müssen, solange sie sich im Dienstvertrage befinden, gelten folgende Bestimmungen: a) Die Arbeitgeber haben Beiträge zu leisten, die mindestens die Hälfte der Beiträge der im Arbeitsverhältnis befindlichen Arbeiter und Angestellten betragen. b) Nach Lösung des Arbeitsvertrages haben die Versicherten den Anspruch, das Versicherungs-Verhältnis unter Zahlung ihrer früheren Beiträge

fortzusetzen. Mitglieder, die mehr als 200 Wochen Beiträge gezahlt haben, können beanspruchen, daß ihnen die geleisteten Zahlungen zurück erstattet werden.

c) Unfall- oder Invalidenrenten oder Militärpensionen dürfen nur insoweit auf die Versicherungsleistungen angerechnet werden, als sie zusammen mit diesen den Durchschnittsverdienst übersteigen, den der Versicherte in den letzten 10 Jahren erzielt hat.

d) Die Versicherungsleistungen dürfen nicht aus Gründen entzogen werden, die nicht dem Wesen des Versicherungsvertrages selber folgen.

e) Es darf den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Rasterzweck in seiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden. Insbesondere darf den Mitgliedern nicht verwehrt werden, Mitglieder einer Arbeiterorganisation zu werden, die auch in außerhalb der Firma stehenden Betrieben beschäftigte Arbeiter umfasst, oder eine solche Organisation in irgend einer Form zu unterstützen.

f) Abweichende Bestimmungen sind nichtig.

2. dem § 191 zuzusehen: Diese Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Vorschriften trifft jedoch nur auf diejenigen Anwartschaften zu, bei denen die Vertreter der Versicherten in der Generalversammlung, im Vorstand und in den Ausschüssen in geheimer Wahl gewählt werden und ferner das aktive Wahlrecht mindestens allen volljährigen, das passive mindestens allen über 25 Jahre alten Versicherten, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte, befinden, zusteht.

Der beleidigte nationalliberale Führer.

Vor dem Amtsgericht in Charlottenburg stand am Freitag der Genosse Berner von der „Brandenburger Zeitung“, angeklagt der Beleidigung durch die Presse. In Nummer 231 dieser Zeitung wurden der bekannte nationalliberale Politiker, der Regierungsrat Professor Leidig und der nationalliberale Parlamentarier Heib einer Kritik unterworfen. Anlaß dazu gab ein Artikel der „Nationalzeitung“, der vielfach in der Presse kommentiert wurde. Ein Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei hatte, veranlaßt durch die inneren Streitigkeiten, die dem jungliberalen Parteitag in Kaiserlautern folgten, Professor Leidig angegriffen. Leidig gehört ebenfalls dem Vorstande der nationalliberalen Partei an. Der gegen ihn gerichtete Artikel führte aus, daß die Wege des Professors Leidig auf dem Gebiete der Sozialpolitik abwichen von den Wegen der nationalliberalen Partei, und daß er mit der Partei nur noch die auch in seinen Berufspflichten gegenüber dem Zentralverband deutscher Industrieller liegende Bekämpfung der Sozialdemokratie gemeinsam habe. Die „Brandenburger Zeitung“ beschuldigt nun den Professor Leidig in dem beanstandeten Artikel eines stillen nicht zu rechtfertigenden Doppelspiels; sie erklärte, Leidig habe die Behauptung eines Vorstandscollegen auf sich sitzen lassen müssen, die den Vorwurf der schimpflichsten politischen Korruption enthalte. Durch diesen Passus fühlte sich Leidig nicht allein beleidigt, sondern auch durch die Parallele mit Heib, der sich selbst als Vertreter des Kohlenindustrials bezeichnet hatte, und von dem als bezahlten Agenten des Schatzmachersystems gesprochen worden war. Der Amtsrichter Schulze führte in der Verhandlung vor dem Schöffengericht den Vorfall. Der Angeklagte Berner hatte zum Verteidiger Wolfgang Heine; der Kläger Leidig hatte den Justizrat Ulrich als Rechtsbeistand. Als Zeugen waren geladen Dr. Boensgen, der den Artikel in der „Nationalzeitung“ verfaßt hatte und Dr. Marwitz, der über die sozialpolitischen Streitigkeiten in der nationalliberalen Partei nicht verbreiten sollte.

Der Angeklagte Berner erklärte, daß er erst dann den Pressekollegen über Leidig Wert beigelegt habe, als Leidig keine Stellung dazu nahm, sondern durch sein Schweigen eine Schuld eingestanden schien. Der beanstandete Artikel fußt auf den vorhergehenden Artikel in der „Nationalzeitung“. Der Kläger Leidig will wissen, ob dem Beklagten „die Motive“ bekannt seien, welche den Artikel in der „Nationalzeitung“ veranlaßten, was Berner verneint. Letzterer erklärt ferner, daß er nicht an geschäftliche Korruption gedacht habe, sondern an politische, die er auf genaueres Befragen von Leidig dahin erläutert, daß es sich um Preisgabe von Grundsätzen in der Politik handele.

Der Regierungsrat Dr. Boensgen befandete als Zeuge, daß dem Angriff auf Leidig in der „Nationalzeitung“ ein Artikel des Klägers vorausgegangen sei, in dem dieser die Befassung des Führers der Jungliberalen bezweifelt, aber der Hoffnung Ausdruck gibt, daß er sich noch zu festen (1) nationalliberalen Grundsätzen durchringen werde. Leidig sei nun selbst nicht sehr „fest“ in diesen Grundsätzen; sein Zusammenhang mit der nationalliberalen Partei werde hauptsächlich hergestellt durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Das sei es gewesen, was der Zeuge mit seinem Artikel habe sagen wollen. — Der Zeuge Dr. Marwitz wird vom Rechtsanwalt Heine befragt, was denn das für eine Sozialpolitik sei, die vom rechten Flügel der Nationalliberalen so sehr bekämpft werde. Daraus konnte der Zeuge durchaus keine Antwort finden, obgleich Heine dieselbe Frage mehrmals in anderer Weise wiederholte. Er erklärt nur, daß Leidig der Sozialpolitik der nationalliberalen Partei nicht geneigt sei.

Der Rechtsanwalt Heine zeigte in seinem Plädoyer, daß in dem Artikel der „Brandenburger Zeitung“ sich so ziemlich alles auf Heib bezieht, wodurch Professor Leidig sich beleidigt fühlt, daß aber der Vorwurf der „schimpflichsten politischen Korruption“ allerdings eine Beleidigung sei. Diese sei nun möglichst milde aufzufassen, wenn man bedenkt, daß hier ein politischer Kampf geführt werde gegen einen Mann, der von Sozialpolitik redet und dabei dem „Zentralverband deutscher Industrieller“ dient. Wie dieser Verband die gesamte Arbeiterbewegung, ob sozialdemokratisch oder nicht, bekämpft, sei bekannt, und seine gehässige und brutale Art des Kampfes müsse eine heftige Gegnerschaft erzeugen. Wenn ein Minister, wie Rosadown, ein wenig in Sozialpolitik sich verjagt, so betrachte ihn der Verband schon als einen Feind, der bestraft werden müßte. Einer formalen Beleidigung habe sich der Beklagte durch das Wort „schimpflich“ schuldig gemacht, aber nach Lage der Dinge werde das Gericht zu einer milden Beurteilung kommen müssen.

Professor Leidig legte noch eine Lauge ein für den Zentralverband deutscher Industrieller und meinte, dieser Verband bekämpfe nur die von der Sozialdemokratie geförderte Sozialpolitik. Das Urteil lautete auf 100 M. Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis. Das Gericht sah die Verurteilung mit dem Falle Heib als beleidigend für den Kläger an und erkannte in dem Artikel manche Verdrehung und Uebertreibung der dem Professor Leidig ungunstigen Pressenotizen. Der Kläger hat das Recht, das Urteil in der „Nationalzeitung“ und der „Brandenburger Zeitung“ auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen.

Gegen den Genossen Gruber von der „Münchener Post“ steht in derselben Sache am 28. Februar Termin an, ebenfalls in Charlottenburg auf Grund des „liegenden Gerichtsstandes“, nach welchem das Gericht nach dem Wohnort des Klägers verlegt werden kann.

Aus der Partei.

Sum Tode des Genossen Karl Weist

wird und noch aus Köln geschrieben:

Genosse Weist, dem man wegen seiner überaus stattlichen Erscheinung ein hohes Alter hätte vorherzagen mögen, ist nur 51 Jahre alt geworden. Der kräftige Körper war auf die Dauer den Strapazen der Berufstätigkeit (er mußte für sein Geschäft sehr viel reisen), verbunden mit einer eifrigen Agitationsarbeit, nicht gewachsen. Seit mehr als Jahresfrist fränkelte Weist. Er klagte über Mühsamkeit. Vor Monaten schon sagte er seinen Kölner Freunden, daß er sich über die Bedenkllichkeit seines Zustandes nicht im Zweifel sei. Vor einigen Wochen wurde er bettlägerig. Es traf ihn ein Schlaganfall, der sich am Mittwochabend wiederholte und dem

Leben ein Ziel setzte. — Unter der rheinischen Parteigenossen war Weist wegen seiner überaus eifrigen Agitationsfähigkeit, seiner großen Ueberzeugungstreue und seiner prächtigen Charaktereigenschaften außerordentlich beliebt. Es kann gar nicht bezweifelt werden, daß sein rastloses Arbeiten bei der verflochtenen Reichstagswahl seinem bereits kranken Körper den Rest gegeben hat. So ist er im Dienste der großen sozialistischen Kulturbewegung gestorben, der er mit seinem ganzen Sinnen und Können gehört hat!

Die amerikanischen Sozialdemokraten zur Einigungsfrage.

Die deutschen Parteizeitungen in den Vereinigten Staaten stehen fast durchweg den Bestrebungen einer Einigung zwischen der Sozialist Party und der Socialist Labor Party (De Leon) sehr kühl, wenn nicht ablehnend gegenüber. Das bedeutendste Blatt, die „New Yorker Volkszeitung“, schreibt in einem längeren Artikel zu dieser Frage: „Die S. A. P. (Sozialistische Arbeiter-Partei) hat infolge ihrer verwerflichen Taktik und ihrer, die Arbeiterbewegung gesplittierenden Tätigkeit immer mehr an Einfluß verloren. Sie ist in den Wahlkämpfen von Rückgang zu Rückgang marschierend, hat sich im Innern so lange gespalten, bis nichts mehr zu spalten übrig war und sie sich nun, gezwungenemmaßen, sich mit einer größeren Körperschaft zu vereinigen, um wieder die Möglichkeit zu neuen Spaltungen zu haben.“

Weiter wird gesagt, daß auch prinzipielle Bedenken dagegen sprechen, weil Gegensätze in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage heute noch bei beiden Richtungen bestehen. Dann heißt es:

... Die Sache kann sehr leicht und sehr einfach erledigt werden dadurch, daß die Reste der Sozialistischen Arbeiter-Partei sich zur Aufnahme in den betreffenden Zweigen der Sozialistischen Partei melden, wie ein großer Teil der früheren Mitglieder dieser Partei sich schon bei uns zur Aufnahme gemeldet hat und auch aufgenommen worden ist. Dadurch wird verhindert, daß auch die Sünden der S. A. P. und ihrer Vorführer auf unsere Partei übertragen werden. ...

In ähnlicher Weise urteilen das „Philadelphia Tageblatt“ und die „St. Louis Arbeiterzeitung“, von den englischen Blättern der „Common Sense“ in Biloxi, Mississippi, außerdem der in New York erscheinende „Vorwärts“ der jüdischen Sozialisten. Dagegen haben verschiedene lokale und regionale Organisationen der Sozialist Party sich günstiger zu dem Antrag der Socialist Labor Party geäußert, so das Komitee der Socialist Party für den Staat New York.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Sächsische und preussische Justiz. Der frühere Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Wendel ist wegen Beleidigung der Königschützer Polizei, begangen durch einen Artikel unter der Ueberschrift: „Eine freche Redensbeugung“ zu 800 M. Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden. — Genosse Weber vom „Vorwärts“ wurde wegen derselben Angelegenheit kürzlich zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Kranzschleifen in roter Farbe kein großer Anseh.

Endlich hat sich einmal ein Gericht gefunden, das sich offensichtlich gegen die Verurteilung von Sozialdemokraten wegen roter Kranzschleifen bei Verdingungen ausgesprochen hat. Es ist das Amtsgericht in Striegau in Schlesien, das die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Trägung von Kranzen mit roter Schleife mit folgender Begründung ablehnte:

„Selbst wenn es nicht richtig sein sollte (was man dahin gestellt sein lassen wolle), daß der Verurteilte Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins und des Stein-arbeiterverbandes gewesen sei, so liege in dem Tragen dieser Kranze doch keine strafbare Handlung vor. Die von der Polizeibehörde angeordneten §§ 2 und 48 der Straßenpolizeiverordnung vom 30. Juli 1890, auf Grund deren die Anlage erhoben sei, können gar nicht in Betracht, da die Frage, wann Begräbnisse einer Genehmigung bedürften, durch die §§ 9 und 10 der Verordnung vom 2. März 1880 geregelt sei.“

Und dann fährt die Entscheidung des Gerichts wirklich also deutlich fort:

„Nach § 10, b, c, bedürfen „gewöhnliche Begräbnisse“ weder einer polizeilichen Genehmigung noch einer Anzeige. Nach den Entscheidungen des R. O. Johow, Band 12, Seite 233, Band 19, Seite 303, ist ein „nicht gewöhnliches“ Leichenbegängnis ein solches, bei welchem entweder eine über den Zweck der Leichenbegattung hinausgehende Absicht verfolgt, oder durch die besondere Art der Ausführung die öffentliche Ordnung gefährdet wird. Daß eine dieser Voraussetzungen hier vorliegt, ist nicht ersichtlich. Die Zahl der Personen, die vor dem Sarge gingen, kann nicht als eine besonders erhebliche angesehen werden (es waren circa 70, Red. d. „S.“), und es erscheint auch gleichgültig, ob die Teilnehmer vor oder hinter dem Sarge gehen. Daß das Tragen von zwei Kranzen mit roter Schleife geeignet ist, die öffentliche Ordnung in hiesiger Stadt zu gefährden, ist ebenfalls nicht anzunehmen.“

So deutlich hat man es sehr, sehr selten gesagt. Es wäre beßhalb von Wert, wenn man sich dies Urteil allenthalben gut aufgehoben und in ähnlichen Prozessen (ev. im Original) den Richtern unter die Nase weisen würde.

Aus Industrie und Handel.

Ein Presseprozeß!

Als Friedberg verschwand und Sohn verbrüdete, da meldeten sich zahllose Jugendwächter. In vielen Finanzblättern wurden die Jubeltätigkeiten, die Anreize- und Animerblätter (spekulativen Bankiers leisten, gehörig gekennzeichnet. Nicht etwa Konkurrenzneid, sondern unverfälschte Enttäuschung über schamloses Treiben ließ die Ehrfurchen den „Matgeber auf dem Kapitalmarkt“ als solch ein verdammungswürdiges Blatt verurteilen. Daraus meldete sich, wie wir unseren Lesern mitteilen, ein langjähriger Reiterkünstler des Blattes, Herr Dr. Landsburgh, als Ehrenreiter des „Matgeber“. In einem offenen Briefe stellte er die Behauptung auf, der „Matgeber“ sei einwandsfrei redigiert worden, als die meisten Finanzblätter, die nun als ehrbare Hütchen und Wägen reiner Sitten sich aufzuspielen bestreben. Wir gaben schon damals der Bestärkung Ausdruck, die so angeregten Blätter würden aus wohlverstandenen Interesse den Bisher einsehen, so daß der „Fall“ eine Preßpolemik nicht in Gefolge haben werde. Die Finanzpresse hat es denn auch vorgezogen, durch eisiges Schweigen — nichts zu bestreiten. Damit soll die Sache aber nicht begraben sein. Wie verlannt, haben die Redakteure des „Matgeber“ auf dem Kapitalmarkt“ gegen mehrere Zeitungen Klage wegen verleumderischer Beleidigung eingereicht.

Wohl oder übel werden die in Betracht kommenden Blätter nun auch gegen Dr. Landsburgh Beleidigungsklage anstrengen müssen. Auf die dann beginnende Wäsche darf man einigermaßen gespannt sein.

Kartoffeln als Dauerware. Auf der am 20. Februar stattgefundenen Hauptversammlung der deutschen Kartoffelrodner gab Dr. Behrend-Verlin einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Von unserer jährlichen Kartoffelernte von ungefähr 430 Millionen Doppelzentner werden 51 Millionen zur Saat, etwa 120 Millionen als Speisefertigkartoffeln und 175 Millionen für Futterzwecke verwendet. Eine Steigerung des Verbrauchs von Speisefertigkartoffeln ist erfahrungsgemäß nicht in nennenswertem Umfange zu erreichen, sie ist auch nicht einmal ein günstiges Zeichen, da sie meist eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Bevölkerung bedeutet. 25 weitere Millionen werden in der Spiritusbrennerei verwertet, endlich 14 Millionen in der Stärkeindustrie. Aber auch diese beiden Industriezweige werden nicht in der Lage sein, die zu erwartenden gewaltigen Erntelüberschüsse aufzunehmen. Die einzige Möglichkeit für die Befundung

des Kartoffelhaares und der Kartoffeln verarbeitenden Gewerbe wird in der Kartoffelrodnung gesehen, der man in landwirtschaftlich-industriellen Kreisen einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Wert beimißt. Der Verein der Spiritusfabrikanten“ entfaltete eine lebhafteste Agitation unter den Landwirten für die Errichtung von Kartoffelrodungsanlagen. Die große Bedeutung dieser Aufgabe liegt darin, daß die leicht verderblichen Kartoffeln in eine Dauerware verwandelt werden. Wenn diese Industrie sich weiter entwickelt, wird sich insbesondere die Schweinehaltung und Fütterung wesentlich günstiger gestalten als bisher, so daß ein erheblicher Einfluß auf die Fleischversorgung Deutschlands mit im Innlande gemästeten Vieh zu erwarten ist. Zur Zeit bestehen in Deutschland 154 Anlagen, die im letzten Jahre 180 000 Doppelzentner Roden und 240 000 Doppelzentner Schützel erzeugt haben.

Berliner Handels-Gesellschaft. Der Rohgewinn aus dem letzten Jahre beträgt, einschließlich 610 033,40 M. Vortrag, 14 043 408,55 M. Der Reingewinn stellt sich auf 11 503 010,70 M. Daraus sollen 9 Prozent (9 000 000 M.) Dividende verteilt werden. Nach Abzug von 106 178,70 M. für Abschreibung und der Lastenreste verbleiben noch 677 708,20 M., die auf neue Rechnung vorgeschrieben werden.

Starke Abwanderung. Aus New York wird gemeldet: Die Abwanderung dauert ungeschwächt an. In der letzten Woche hatte ein einziger Dampfer 1600 Zwischenpassagiere an Bord.

Soziales.

Das Gewerbegericht als Einigungsamt.

Einige sehr interessante Ausführungen machte in einer Versammlung der Gewerbegerichtsbeisitzer in Dresden der Referent Obergewerlicher Stützung. Er erörterte die Gründe, warum das Gewerbegericht als Einigungsamt so wenig in Aktion treten konnte. An der Einrichtung der Gewerbegerichte liege es nicht, das beweise Bayern. Die Unternehmer seien in den meisten Fällen nicht geneigt, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen. Unter anderem sei ihm anlässlich eines Klempererstreiks von Arbeitgebern gesagt worden, man hätte zum Gewerbegericht kein Vertrauen. Die Ursache sei aber wohl lediglich darin zu suchen, daß die Unternehmer die Gewerkschaften nicht als gleichberechtigt anerkennen. Die Haltung der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitervertretern sei nicht richtig. Die Vertrauensleute der Gewerkschaften seien die geeignetsten Vertreter. Er habe während seiner ganzen Tätigkeit noch keinen Arbeiter kennen gelernt, der parteiisch verfahren sei. Statt mit den berufenen Vertretern der Arbeiter zu verhandeln, sagen die Unternehmer nicht selten: „Ich verhandle nur mit meinen Arbeitern.“ Die Unternehmer seien eben die Arbeiterführer vielfach als Arbeiter-Vorführer an. Vielfach liege die Schuld allerdings auch an dem zu radikalen Auftreten der Arbeiter, an zu scharfer Kritik der Presse. Die Macht der Arbeiterorganisation werde oft überschätzt.

In der sich an den Vortrag anschließenden Debatte wurde im allgemeinen die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sowohl von den Arbeitern als auch von einem Unternehmervertreter, für die Anerkennung und Benutzung des Gewerbegerichts als Einigungsamt zu wirken in ihren Kreisen. Es wurde allerdings von den Arbeitervertretern auch auf die Schamhaftigkeit und den Herrenstolz der Unternehmer hingewiesen, die zu stolz seien, das Gewerbegericht anzuerkennen und vielfach die Schärfe des Kampfes verschuldeten.

Die Ausführungen des Obergewergerichts von den berechtigten Vertretern der Arbeiter wird manchem Schatzmacher übel aufstoßen. Es ist ganz gut, daß diesen Leuten auch einmal von solcher Seite gründlich die Wahrheit gesagt wird.

Aus der Frauenbewegung.

Sozialistische Frauenbewegung.

Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern haben unsere Genossinnen den Kampf zur Eroberung politischer Rechte aufgenommen, überall gilt die Parole: Volles Staatsbürgerrecht für Männer und Frauen.

Der Schweizerische Arbeiterinnenverband hat den Antrag gestellt, die Sozialdemokratie solle auf dem nächsten Parteitag die Frage des Frauenstimmrechts als besonderen Punkt der Tagesordnung behandeln. Diesem Antrage haben sich die gesamten Gewerkschaftsverbände auf einer zu Ultenhammer abgehaltenen Konferenz angeschlossen. Die Genossinnen haben auch bereits zahlreiche Versammlungen abgehalten, um für ihre Forderung Propaganda zu machen und sie fanden dabei fast überall lebhafteste Unterstützung der Genossen. Bedauerlich ist, daß das nicht als selbstverständlich gilt und noch als erwidernswürdig beachtet werden muß.

In Böhmen ist die Bewegung bereits so erstarkt, daß die Genossinnen dazu übergegangen sind, das Organ „Rostly List“ (Frauenblatt) ab 1. Januar wöchentlich erscheinen zu lassen. Wie bereits mitgeteilt, ist zu den in diesen Tagen stattfindenden Wahlen zum böhmischen Landtag auch eine Genossin (Klara Mach) als Kandidatin aufgestellt. — Die Meldung, Genossin Steiner sei Kandidatin, war falsch. — Genossin Mach ist Medaletin der tschechischen sozialdemokratischen Frauenzeitung. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei in Böhmen, welche eine Kandidatin zum Landtage aufgestellt hat. Die „Realistische Partei“ hat versprochen, für die weibliche Kandidatur einzutreten. Die Junker wie die Bourgeoisblätter toben entrüstet über das Vorgehen der Sozialdemokratie, doch ist kein Zweifel, daß es dieser zumal unter den Proletarierinnen viele neue Anhängerinnen werden wird. Die tschechische und deutsche Sozialdemokratie sind durch einen gemeinsamen Wahlauftritt verbunden, daß die Solidarität des Proletariats über die nationalen Unterschiede geht, in den Wahlkampf eingetreten.

Wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ berichtet, ist die Kandidatur der Genossin Mach nicht bloß als Demonstration gedacht, sondern ernst gemeint und vertritt unser Bruderorgan den Standpunkt, daß nach der Verfassung den Frauen das passive Wahlrecht zusteht.

Das neugegründete englische Sozialistische Frauenbureau hat neulich seine monatliche Versammlung abgehalten. Vertreterinnen der Gesellschaft der Fabier, der Adult suffrage Society (Verein für das Wahlrecht aller Großjährigen) und der Frauenkreisverein der Sozialdemokratischen Föderation nahmen an ihr teil. Es wurde beschlossen, einzuweisen das Organ der amerikanischen Genossinnen „The Socialist Woman“ („Die Sozialistin“) als Organ zu demigen.

Auch in Holland wird der Vormarsch der Frauen durch umfangreiche Agitation in der Presse markiert. Das Organ des sozialdemokratischen Frauenbundes, die „Proletarische Vrouw“ erscheint jetzt alle 14 Tage in größerem Format. Monatlich einmal wird im „Het Volk“, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, den Genossinnen Raum für Berichte über den Stand der proletarischen Frauenbewegung zur Verfügung gestellt. Außerdem können diese im Zentralorgan Artikel über Fragen veröffentlichen, welche die Interessen der Frauen besonders betreffen.

Der Frauenverband der norwegischen Arbeiterpartei — „Arbeiderpartiets kvindforbund“ — der aus politischen und gewerkschaftlichen Frauenvereinen besteht, hielt am 16. Februar im Volkshause in Kristiania seine Jahresversammlung ab. Es waren 60 Vertreterinnen von 14 Vereinen, außerdem 16 Vorstandsmitglieder anwesend. Der Frauenverband hat sich im verflochtenen Jahre stark entwickelt. Die Mitgliederzahl ist von 300 auf 700 gestiegen; 6 neue Vereine haben sich dem Verbande angeschlossen, und zwar 3 Fachvereine und 3 politische. Soweit die beschriebenen Mittel ausreichen, ist im ganzen Lande eine lebhafteste Agitation entfaltete worden. Es

zeigt sich denn auch, daß das Verständnis für den Wert der Organisation unter den Frauen der Arbeiterklasse beständig wächst. Die Fachvereine der Arbeiterinnen haben an Mitgliedern stark zugenommen und politische Frauenvereine sind in Preussien allein in vier Wahlkreisen gebildet worden. Das Verlangen nach weiblichen Referenten tritt so stark hervor, daß die geschulten Kräfte oft nicht ausreichen, und der Verbandsvorstand hat deshalb beschloffen, eine Referentenschule für Frauen zu errichten. Der Verband hat, wo es möglich erschien, die gewerkschaftliche Organisation durch Veranstaltung von Arbeiterinnenversammlungen gefördert, neue Fachvereine und Leber gerufen und für Stärkung der bereits bestehenden gesorgt. In den Kommunalwahlen wurde ebenfalls eine lebhaftige Agitation entfaltet, und am 17. Mai, dem Verfassungsfest, veranstaltete der Verband große Demonstrationen für das allgemeine Frauenwahlrecht. Diese Forderung wurde auch dem Storting, dem norwegischen Reichstag, zugestellt. — Leider ist ja dann das politische Frauenwahlrecht mit derselben Beschränkung eingeführt worden, wie im Jahre 1901 das kommunale, nämlich abhängig von einer Steuerleistung für mindestens 300 Kronen Jahresinkommen auf dem Lande, 400 Kronen in den Städten. — Der Verband wird auch in Zukunft seine Agitation für das weibliche allgemeine Frauenwahlrecht fortsetzen. Ferner beschloß die Jahresversammlung, für die Gründung eines Verbandes der Arbeiterinnenfachvereine zu sorgen und wählte zu diesem Zweck ein Komitee von 11 Mitglieder. Sodann wurde der Beschluß gefaßt, eine stärkere Agitation als bisher für den Anschluß der Arbeiterinnen an die Genossenschaften zu entfalten. Außerdem wurde dem Verbandsvorstand der Auftrag erteilt, für die Gründung eines eigenen Organs der Frauenorganisationen zu sorgen.

Als Verbandsvorsitzende wurde Frau Martha Lynd, Kristiania, einstimmig wiedergewählt.

Verfammlungen.

Die Gesundheitsgefahren im Schleiferberuf und die Gesehgebung.

Am Donnerstag fand in der „Urania“, Brangelstraße, eine Versammlung der in den Berliner Schleifereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die sich mit den Gesundheitsgefahren im Schleiferberuf und den Forderungen an die Gesehgebung befaßte. Man hatte zu dieser Versammlung das kaiserliche Gesundheitsamt, das Ministerium des Innern und die Gewerbeinspektion eingeladen. Vom Präsidenten des Gesundheitsamtes war folgende ablehnende Antwort gekommen:

Auf das gefällige Schreiben vom 16. d. M. erwidere ich Ihnen ergebend, daß Einladungen von Vereinen, Genossenschaften, Krankenkassen, Berufsverbänden und sonstigen Interessentengruppen usw. zur Entsendung eines Vertreters zur Beteiligung an Erörterungen von Vereins- usw. Angelegenheiten so zahlreich beim kaiserlichen Gesundheitsamt eingehen, daß es bei der ausgedehnten Inanspruchnahme des Amtes durch Dienstgeschäfte unmöglich ist, diesen Einladungen zu entsprechen. Ich bin deshalb auch nicht in der Lage, dem dortigen Wünsche nachzukommen. Für eine Mitteilung über den Verlauf der Versammlung oder die darin geäußerten Wünsche werde ich dankbar sein.

(Unterschiedet) Dumm. Zagegen hatten die beiden anderen Einladungen den Erfolg gehabt, daß auf Veranlassung des Ministeriums für Handel und Gewerbe der Gewerbeinspektor Dr. Fischer vom Hauptbureau der Gewerbeinspektion erschienen war. Der Reichstagsabgeordnete Karl Sebering, der das Referat hielt, meinte, daß man darin, daß doch diesmal ein Vertreter der Behörden anwesend sei, einen kleinen Fortschritt erblicken könne, einen Fortschritt, den die Schleifer Deutschlands durch ihr unermüdliches Streben nach dem so dringend notwendigen Gesundheitsschutz allerdings herzlich verdient hätten. Strebten sie doch schon seit Jahren danach! Auch im letzten Sommer tagte in Berlin eine Schleiferversammlung, die dringend nach reichsgerichtlicher Regelung der Verhältnisse verlangte. Inzwischen hat der Deutsche Metallarbeiterverband Erhebungen über die Zustände veranstaltet, und das Ergebnis liegt in einer 46 Quartseiten starken Druckschrift vor, die den Titel trägt: „Statistisches über die gesundheitlichen Gefahren des Schleiferberufes“ und den in Betracht kommenden Behörden sowie den Reichstagsabgeordneten zur Verfügung gestellt wird.

In dieser Druckschrift wird zunächst eine Uebersicht über das gegeben, was bis jetzt für den Gesundheitsschutz der Schleiferarbeiter getan oder vielmehr nicht getan worden ist. Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern wurde im Jahre 1905 durch die Gewerbeaufsichtsbeamten eine Enquete über die Gesundheitsverhältnisse in den Schleifereibetrieben veranstaltet. Nach dem außerst ungünstigen Bild, das hierbei zutage gefördert wurde, mußte man unbedingt den Erlass allgemeingültiger Vorschriften erwarten, zumal einzelne der Aufsichtsbeamten solche Vorschriften als unerlässlich zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter bezeichnet hatten. Dennoch geschah nichts dergleichen, und am 17. April 1907 erließ der preussische Handelsminister eine Verfügung, in der es heißt:

„Nach dem Ergebnisse der angestellten Ermittlungen liegt ein Bedürfnis nach reichsrechtlichen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Metallschleifereien nicht vor; von ihrem Erlass ist daher abgesehen worden.“

Als am Tage darauf Genosse Sebering im Reichstage auf die Gefahren des Schleiferberufs aufmerksam machte und reichsgerichtliche Regelung verlangte, erwiderte der damalige Staatssekretär Posadowski unter anderem:

„Besonders gesundheitsschädlich sind eigentlich nur die Betriebe in den Trodenschleifereien. Für diese sind in den meisten Bezirken, in denen sich solche befinden, besonders in den Regierungsbezirken Arnberg, Düsseldorf und Aachen, Landes- oder Provinzialverordnungen in Kraft getreten. Da sich diese Ver-

ordnungen außerordentlich bewährt haben, habe ich mich an die übrigen Bundesregierungen mit der Bitte gewandt, in ihren Staaten, wo solche Schleifereien ebenfalls bestehen, ähnliche Landesverordnungen zu erlassen. Das Abwaschen des Staubes ist jedoch in gewissen Schleifereien, wie behauptet wird, leider technisch nicht möglich, nämlich in den Schleifereien der Eisen- und Stahlindustrie, in denen größere Gegenstände wie Sensen, Scherer, Federabzüge, Plintenläufe usw. geschliffen werden.“

Die Mehrheit des Reichstags gab sich jedoch nicht zufrieden mit dieser Antwort, sondern nahm eine Resolution an, die die Bundesregierungen zum Schutze der in Schleifereien beschäftigten Personen verlangte.

Der Referent wurde damals im Reichstage durch Debatte-Schlusß daran verhindert, dem Staatssekretär zu antworten. Er führte nun aus, so sehr man auch in Preußen-Deutschland die Kenntnisse und das soziale Verständnis des Grafen Posadowski schätzen mußte, habe er sich in dieser Sache doch gründlich geirrt. Der Redner wies nach, daß die Gesundheitsgefahren keineswegs auf die Trodenschleifereien beschränkt sind, daß keineswegs in den meisten Bezirken, wo solche vorhanden sind, Verordnungen erlassen sind, und daß, wo dies der Fall ist, sie sich keineswegs außerordentlich bewährt haben, erkläre er diese Verordnungen, die z. B. auch keine Vorschrift über die Arbeitszeit enthalten, höchst mangelhaft sind, und zweitens, weil sie in vielen Fällen nicht befolgt werden, so daß z. B. die Staubabfuhrvorrichtungen, wo sie angebracht sind, nur zu oft außer Betrieb gestellt sind. In dieser Hinsicht ist durch die Erhebungen des Metallarbeiterverbandes festgestellt, daß von 822 Betrieben nur 401 solche Vorrichtungen hatten, von denen jedoch nur 370 in Gebrauch waren und 129 als ungenügend bezeichnet wurden. Der Redner erklärte es auch für irrig, daß es technisch unmöglich sei, die Staubabfuhrvorrichtungen in Betrieben anzubringen, wo größere Gegenstände geschliffen werden, was schon durch die Tatsache widerlegt wird, daß es derartige Betriebe gibt, wo die Vorrichtungen angebracht sind und gut funktionieren. Ferner bemerkte der Redner, daß doch nichts dafür bürge, daß die Landespolizeibehörden wirklich durchgreifende Vorschriften erlassen, und daß die Arbeiter auch keinerlei Vertrauen zu dem preussischen Handelsminister haben könnten, das sich ja jetzt als Ministerium gegen die Sozialpolitik erwiesen habe. Darum sei die reichsgerichtliche Regelung der Zustände in den Schleifereien unbedingt erforderlich.

Wie sehr es erforderlich ist, geht im übrigen aus den Erhebungen des Metallarbeiterverbandes hervor, die sich auf 130 Orte mit 180 Haupt- und 642 Teilbetrieben, sowie auf 10.045 Arbeiter und 372 Arbeiterinnen erstrecken. Tatsächlich ist jedoch die Zahl der in den Schleifereibetrieben Deutschlands tätigen Personen viel größer. Auch ist zu beachten, daß die Erhebungen sich größtenteils auf Betriebe erstrecken, wo organisierte Arbeiter tätig sind und wo demgemäß die Zustände noch nicht am schlechtesten waren. Betriebe, wo die achtstündige Arbeitszeit, die ja für einen derartig gesundheitsschädlichen Beruf als die längste gelten sollte, durchgeführt ist, wurden nur drei mit 30 Arbeitern ermittelt. Die neunzehnstündige Arbeitszeit wurde in 207 Betrieben mit 1709, die neunzehnhalfstündige in 157 Betrieben mit 2273 Arbeitern ermittelt, und 41 Betriebe mit 884 Arbeitern fand man, wo noch 11 Stunden gearbeitet wurde. Dabei handelt es sich jedoch nur um regelrechte Arbeitszeit. Die preussische Gewerbeinspektion berichtet aus dem Bezirk Arnberg, daß dort zur Sommerzeit in Schleifereien 14 Stunden gearbeitet wurde, und die württembergische Gewerbeinspektion berichtete im Jahre 1905 von einer im allgemeinen elfstündigen, vereinzelt auch zwölfstündigen Arbeitszeit in den Metallschleifereien.

Von den Arbeitsräumen wurde festgestellt, daß sie sich bei 61 der 822 Betriebe im Keller befanden, und zu diesen Metallschleifereien gehöre auch die der K. O. G. in Berlin! In einem großen Teil sind die Arbeitsräume viel zu klein für die darin tätigen Personen. Dazu fehlt es nur zu oft an Ventilation, ja überhaupt an der Möglichkeit, gehörig zu lüften, und ebenfalls an der nötigen Reinlichkeit und an Wasservorrichtungen. — In dieser Hinsicht erzählte ein Diskussionsredner in der Versammlung, wie er, in einer thüringischen Kleinstadt als Schleifer tätig, eine Zeitlang Gelegenheit hatte, sich in einem kleinen Fluß zu reinigen, wie aber dann sogleich Unrat in den Fluß geleitet wurde, daß er seinen ganzen Arbeitsschmutz nach Hause tragen mußte.

Aus Alenburg in Sachsen wird von einer Schleiferei berichtet, wo in einem 45 Kubikmeter großen Keller 6 Personen arbeiten, so daß auf jeden nur 7 1/2 Kubikmeter Luftraum kommen. Fast ebenso erbärmlich ist es in mehreren Schleifereien in verschiedenen anderen Städten bestellt. Was die Gesundheitsgefahren noch vergrößert, sind die mit ungewöhnlichem Material belegten Fußböden oder der Mangel an Fußböden überhaupt. Nicht weniger als 89 Betriebe wurden ermittelt, wo die Arbeiter den nackten Erdboden oder Leimboden unter den Füßen haben, und zwei solcher Werkstätten befinden sich sogar in — Berlin!

In der Sterblichkeits- und Schwindsuchtstatistik stehen denn auch die Metallschleifer an erster Stelle oder gleich hinter den Steinhauern. In den Uebersichtstabellen der Berliner Krankenkassen über die Häufigkeit der Lungenschwindsucht als Todesursache in den verschiedenen Berufen werden die Steinhauer mit 89,9 Proz., die Metallschleifer gleich darauf mit 73,9 Proz. angeführt. Das Durchschnittsalter, das die Metallschleifer erreichten, wird auf nur 34 Jahre angegeben.

Der Redner machte zum Schluß seiner Ausführungen darauf aufmerksam, daß, so dringend notwendig der reichsgerichtliche Gesundheitsschutz für die Schleifer ist, sie darüber nicht vergessen sollten, daß die Organisation der Nacharbeit ist, durch den vor allem eine Besserung der Verhältnisse erzielt werden kann, vor allem auch, was die Löhne anbetrifft, die, wenn sie bei mäßiger Arbeitszeit zu einem anständigen Leben ausreichend sind, den besten Schutz gegen die Gesundheitsgefahren bilden.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: Anhörung des Vortrags des Reichstagsabgeordneten Sebering folgendes: Durch Zusammenstellung der vorliegenden Statistik sowie durch eigene Erfahrungen in unserem Berufe sind wir Berliner Metallschleifer mehr denn je zu der Auffassung gelangt,

unbedingt eine Regelung der so sehr gesundheitsgefährlichen Verhältnisse in den Schleifereien zu fordern, und zwar auf reichsgerichtlichem Wege. Wir erlauben deshalb den Genossen Sebering wie auch die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion, bei Beratung dieser Materie der Regierung klar zu machen, daß die ungesunden Zustände unbedingt der Abstellung bedürfen, nicht allein im Interesse der zunächst Beteiligten, sondern auch im Interesse der übrigen Bevölkerung. Die Versammelten erwarten daher, daß durch die Aufhebung der angeführten Zustände das sozialpolitische Verständnis der Regierung geschärft wird und sie endlich für Besserung sorgt.“

Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Beilage findet Eindrücke Nr. 3, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 1897, Jahrgang 7, Nr. 10, am Sonntag abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gewinne 7 Uhr. Sonntags beginnt die Beilage um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Postzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen erge man in der Beilage vor.

P. G. 15. Rein — P. N. 100. Die Frau kann zu ihren Rechten über ihr Vermögen frei verfügen. — S. 24. Sie halten für das Bild nicht; ihre Frau ist für den Vertrag an sich rechtlich verantwortlich; wo nichts ist, hat auch der Kaiser kein Recht verloren. — S. 13. Der Beamte wendet Sie sich an den Oberbürgermeister. — P. N. 13. Der Beamte hat Unrecht. Die Naturalisation, d. h. die Aufnahme eines Nichtdeutschen in den preussischen Staatsverband kostet 50 M. Die Aufnahme eines Deutschen in Preußen kostet nichts. Die Geburtsurkunden kann der Beamte verlangen. Einen neuen Staatsangehörigkeitsausweis nicht. Senden Sie die Geburtsurkunden dem Regierungspräsidenten direkt zu. Sie können auch statt der Geburtsurkunden das Stammbuch einreichen. Sollte der Regierungspräsident daselbst nicht anerkennen, so teilen Sie es uns bitte mit. — P. N. 10. Die Aufnahme in das Krankenhaus kann leider verlangt werden. — P. N. 24. Der Verkauf wäre zulässig. Sie müßten durch einen Anwalt in Danzig auf Auseinandersetzung und Herausgabe klagen. — Werner, Emdener Straße. Bleib ein sozialer Vorkämpfer vor und ist in demselben nicht ausdrücklich der Umgang als Vorkämpfer geltend gemacht, so steht Ihnen das Recht auf Aufhebung des Behauptungswortes nicht zu, auch kann Vergütung für das Nachgedacht nicht beansprucht werden. — O. G. Sie sind im Irrtum. — P. N. 98. Im Klagefall würde vorwiegend der Herr gewinnen. — P. G. 84. 1. Kein. 2. Zwischen 8 und 20 bezw. zwischen 2 und 6 M. — P. N. 37. Wenden Sie sich an den Offenbacher Kreisverband für Mädchen und Frauen, Pringelstr. 65 bei Hing. — P. N. 82. 1. Ja. 2. Für genaue Aufzeichnungen könnte innerhalb zwei Jahren gegen den Bräutigam geklagt werden, der zu Unrecht zurückgetreten ist, nicht gegen seinen Vater.

Witterungsübersicht vom 21. Februar 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. Stand am 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur am 8 Uhr	Stationen	Baromet. Stand am 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur am 8 Uhr
Stettin	760,8	4 Regen	4	Dampf	4	Danzig	745,0	2 Schnee	2	—2	
Dresden	755,8	5 Nebel	5	Petersburg	750,0	1 Schnee	—1				
Berlin	753,8	3 Regen	5	St. Petersburg	764,8	4 Regen	—4				
Frankfurt	761,8	2 bedeckt	7	Wien	749,0	1 bedeckt	8				
München	763,8	5 bedeckt	3	Paris	764,8	3 bedeckt	7				
Wien	760,8	4 Regen	4								

Wetterprognose für Sonntag, den 22. Februar 1908. Nach vorübergehender Aufhellung mild bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden, vorwiegend trübe und Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 2.	19. 2.	am 20. 2.	19. 2.
Remel, Mühl	244	+14	Saale, Genshau	210 +48
Bregel, Kuttberg	230	+23	Saale, Genshau	139 0
Wesche, Horn	158	+23	Saale, Genshau	156 0
Oder, Rahlbe	230	+7	Spree, Spremberg	129 +2
Krossen	219	+8	Wesche, Genshau	202 +4
Brandenburg	216	+12	Wesche, Genshau	151 +50
Barthe, Schrum	220	0	Wesche, Genshau	201 +3
Wesche, Genshau	209	+2	Rhein, Wesselsdorf	430 +84
Rega, Borsdam	111	+2	Wesche, Genshau	203 +53
Eibe, Zeitmerik	40	+22	Wesche, Genshau	341 +101
Dresden	—	—	Wesche, Genshau	240 +17
Wesche, Genshau	206	+11	Wesche, Genshau	230 +10
Wesche, Genshau	174	+4	Wesche, Genshau	342 +37

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Eisstand. *) Abstreifen. *) Heute vormittag 212 cm.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Schöneberg.

Bezirk VIII.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher

Franz Gothe

am Dienstag im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Jahre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Ragstraße, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung erludt

Der Vorstand.

Rheumatismus

Gicht, Gliederreiden, Nervenschmerzen, Hüftweh etc. sind oft unentzerrlich. Deshalb gebrauche man

Reichels „Elektrikum“

(Reichelsches Nierenmittel - Waldmoos). Ursprünglich ein ungeschädliches Naturprodukt von starker durchgreifender, schmerzstillender Wirkung. Tausenden verdanken „Elektrikum“ ihre Gesundheit. Fl. 1.— u. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch d. inneren Gebrauch von Reichels Wachholder-Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50 u. 2.50, in den Drogerien und Apotheken erhältlich u. zu beziehen durch

Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Für den Anbau der Jureten übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonabend, 22. Februar.

Königl. Opernhaus. Siegfried. (Anfang 7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. König Heinrich V.

Deutsches. Die Räuber.

Kammertheater. Wasges und sein Ding. (Anfang 8 Uhr.)

Sörking. Die Hauberkträger.

Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Die Dame mit den Hosen.

Nachmittags 3 Uhr: Bar Peter.

Verling. Das Tal des Lebens.

Berliner. Der Opernball.

Neues. Simon.

Vollspielhaus. Panne.

Schiller O. (Schiller-Theater.)

Der rote Reutnant.

Schiller Charlottenburg. College Hampton.

Kleines. 2x2=5.

Friedrich-Wilhelmstadt. Schanzensoldat. Kathan der Weise.

Heddel. Frau Warrers Gemüde.

Römische Oper. Die Waise.

Wesche. Ein Wäldertraum.

Reichels. Bibi. Der seltsame Octave.

Luisen. Krieg im Frieden.

Nachmittags 4 Uhr: Das tapfere Schneiderlein.

Thalia. Immer oben auf.

Trianon. Baron Loto.

Theater an der Spree. Ausgewiesen.

Bernhard Rose. Ein toller Einfall.

Nachmittags 4 Uhr: Die sieben Raben.

Metropol. Das muß man sein.

Avolla. Mollat der Moderne.

Maria. Wenn ich ein König bin.

Johannes Caprice. Jeunesse dorée.

Paragraf 343. Was was andres.

Wesche. Herrfeld. Was was andres.

Genossen. Salomonisches Urteil.

Kafino. Die Freuden der Hauswirtschaft.

Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.

Wesche. M. Guerrito. Spezialitäten.

Neues. Stellener Sänger.

Wesche. Wenn ich ein König bin.

Carl Haberland. Spezialitäten.

Wesche. Spezialitäten.

Holles Vergnügen. Spezialitäten.

Wesche. Lehrgangstreiche. Spezialitäten.

Urania. Fandenbergstr. 48/49.

Theater 8 Uhr: Eine Kaffeezeit bis zum zweiten Katarakt.

Theater 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Orchestra 8 Uhr: Adhite und subterkane Handlung.

Sternwarte. Invalide. 67/62.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:

Der Opernball.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Ferdinand Bonn als Gast.

Simson.

Morgen und folgende Tage: Simson.

Theater an der Spree.

Adenauer Straße 68.

Heute 8 Uhr: Sondervorstellung des 12 Jahre polizeilich verbotenen gemeinsamen Dramas:

Ausgewiesen.

Sonntag 3 Uhr: Holschopf.

Sonntag 8 Uhr: Ausgewiesen.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

2 mal 2 = 5.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalena. Abends: 2 mal 2 = 5.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:

Der Opernball.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Ferdinand Bonn als Gast.

Simson.

Morgen und folgende Tage: Simson.

Theater an der Spree.

Adenauer Straße 68.

Heute 8 Uhr: Sondervorstellung des 12 Jahre polizeilich verbotenen gemeinsamen Dramas:

Ausgewiesen.

Sonntag 3 Uhr: Holschopf.

Sonntag 8 Uhr: Ausgewiesen.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

2 mal 2 = 5.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalena. Abends: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

8 Uhr: Ein Walzertraum.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Nathan der Weise.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag 3 Uhr: Kathan der Weise.

Abends 8 Uhr: Der blinde Passagier.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.

Abends 7 1/2 Uhr:

Die Zauberflöte.

Sonntag 3 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. 8 Uhr: Troubadour.

Residenz-Theater.

— Direction: Richard Alexander. —

8 Uhr. „Bibi.“ 8 Uhr.

Edmont in 3 Akten von de Goyse und de Marim.

Brevillet. Richard Alexander.

Hieraus: Der seltsame Octave.

Sonntag, den 23. Februar, 3 Uhr: Haben Sie nicht zu vergessen? Abends 8 Uhr: Der Andere.

Tragische Komödie in vier Akten von Julius Sob.

Reibel-Theater.

Nachmittags 4 Uhr: 67/68.

Abends 8 Uhr: Frau Warrers Gemüde.

Drama in vier Akten von S. Scham.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Panne.

Zentral-Theater.

Heute und folgende Tage:

Ein seltsamer Fall

mit Alwin Neub.

Kasselerstr. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein glücklicher Familienvater.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstr. 48/49.

Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. Hösraal 8 Uhr: Additive und subtraktive Farbenmischung.

Luisen-Theater.

Reichelsbergerstr. 34.

Nachmittags 4 Uhr:

Schlaraffenland

oder: Das tapfere Schneiderlein. Abends 8 Uhr:

Krieg im Frieden.

Sonntag 3 Uhr: Die Waise aus Lemod. Abends: Des Rädchens Lebensstunde.

Montag: Des Rädchens Lebensstunde.

Trianon-Theater.

8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Coprienne.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer

Apollo Theater

9 1/2 Uhr. Täglich: 9 1/2 Uhr.
Der Operettensänger der Saison:
Mitilaw der Moderne
Operette von F. Lehár.
Smarantch: **Mia Werber.**
Ab 8 Uhr das glänzende Variété-
Programm mit La Belle Alicia.

Passage - Panoptikum.

Neu! Neu!
Der längste Mensch
und **Josef Schippers**
„der lange Karl“, der große Soldat
der dickste Mensch d. Welt!
Toni Thoms, 600 Pfd. schw.
24 Finger und Zehen.
Ohne Extra-Entree.
Neapolit. Bandenkapelle.
Celsinis Exper. d. 4 Dimension.
Eintritt 50 Pf.
Kinder u. Soldaten 25 Pf.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das großartige
Februar-Programm!
Dressierte
Löwen, Tiger, Leoparden,
vorgeführt von R. Havemann,
und die übrigen glänzenden
XX Variétékünstler. XX
Tunnel: Bockbierfest. Regiments-
kapelle usw.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Theater Folies Opéra

Neu! Jeunesse dorée.
Paraphrase 343.
Mal was Anderes
Revue mit Gesang in 3 Bildern.

Rafino-Theater.

Zehringstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint - Hans lacht
Neu! **Steidl-Duo.** Neu!
Neu! **Der urkomische Rügamer.** Neu!
Neu! **Käti Gültini.** Neu!
Die freunden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Paravoulesku - Zelinesku,
cum Ensemble.
The Oracs,
Barren-Mit.
Lona,
elastic lady.
Lehrjungenstreiche.
Faschings-Burleske.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Neu:
Husaren-
Streiche.
Anfang: 8
Sonnt. 7 1/2.

Buggenhausen

Marktplatz.
im Theateraal täglich

Albert Böhme

und das
großartige Februar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich
die **allerersten Militär-**
Kapellen: Beyer, Prignarow, Götlich, Reumann, Offener, Kästlich.

Neue Welt

Kasernenstraße 108-114.
Größtes und originellstes
bayerisches
Bockbierfest.
Baron Muckl's.
Bauernkapelle.
30 bayer. Madl.
Anf. Wochen. 7 Uhr. Entr. 30 Pf.
Sonntags 5 . . . 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Schauspiel in drei Akten von Eduard
Goldbeck und Hermann Kienzl.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Montag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
College Crampton.
Komödie in 5 Akten v. G. Hauptmann.
Sonntag mittag 12 Uhr:
Kammermusik und Gesang.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Montag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)

6 Uhr: Vortrag von Professor Dr. P. Schubring: **Einleitung zum**
Vertrauen von Kunstwerken.
9 Uhr: Vortrag von Dr. W. Burghardt: **Wendelsohn, Jensen,**
Frantz und die andern Vertreter der Spätromantik.

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich
Deutsch-Amerikanischer
Urbock-Orchester.

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr:
XXIII. Grande Solre High Liel.
Das Tagesgespräch v. Berlin.

Resisto

das elektrische Rätsel.
Neuestes Wunder aus Amerika.
Kunststrahlerei Klein und das
neue Riesen-Programm.
Um 9 1/2 Uhr: Sensat. Ende 11 U.
AMERIKA.

Morgen Sonntag 2 Vorstellungen
1/4 und 7/8 Uhr. Nachm.: Die
lustigen Heibelberger mit dem ur-
drolligen Programm. In beiden
Vorst. Resisto, das elektr. Rätsel.
Nachm. 1 Kind frei, jedes weitere
halbe Preis.

Metropol-Theater

Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollaender. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.

Bender, Giampietro,
Joseph, Thielscher,
Darmand, Massary.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 23. Febr., nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

WINTERGARTEN

Otto Reutter

und das
neue Programm
von Publikum u. Presse
glänzend beurteilt!

W. Noacks Theater

Direktor: Rob. Hill. Grunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten v. G. Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Morgen 7 1/2 Uhr: Diefelbe Wort.

Gebr. Herrnfeld-

Theater.
Allabendlich
der interessante Prozeß
wie er stürmischer nie
belacht wurde:

Salomonisches

Urteil.
Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld in
den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: **Eudisch allein!**
Der Fall Blumentopf.

XIII. Saison.

Zirkus Busch
Sonnabend abend 7 1/2 Uhr präz:
Gala-Vorstellung.
Zum 150. Male: **Auf d. Galia.**
Gr. Kunst-Pant. d. Zirkus Busch
in 4 Bildern. Vorber:
Novität! Große Sensation!
Mr. Lytton!
Automobil-Zeltmortalé.
Die australischen Goldfänger.
Der Kommissionsrat Gustav
Stensbeck, Direktor des Berliner
Zatterfalls. Bohemian!
Aurora-Truppe!
Herrn Dr. Schumanns, Reudress.
Sonntag: 2 gr. Gala-Vorst.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Mlle. Guerrerito
Spaniens schönste Tänzerin
und das große Februar-
Programm!

Gustav
Behrens-
Theater.
Berlin W.,
Goltzstr. 9.

Nur kurzes Schauspiel des berühmten
Kopfkünsters vom Krystall-Balast in
London (derselbe erreichte durch seinen
Strohkopfkunst in allen Großstädten
berecht. Ruhm) sowie 16 exkell.
Spezialitäten. **Dufresnitograph.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 9 1/2 Uhr.
Jeden Sonnabend und Sonntag nach
der Vorstellung: **Familienkränzchen**
bei freiem Tanz.

Happold's

Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Freiheitliche

Bühne.
Auf vielfache Anregung
einmal am
Sonntagabend:
„Ausgewiesen“

„Drama aus der Zeit des
Sozialistengesetzes v. K. Böttcher
12 Jahre (?) hindurch war dieses
Drama wegen „Gefährdung
der öffentlichen Ordnung“
verboten!!!

Gutschein!

zum Ausschneiden.
Die Leser des „Vorwärts“
zahlen nicht die Kassenpreise,
sondern
1,60 M. für 1 Orchesterfauteuil-
platz.
Nur gegen Abgabe dieser
Anzeige an der Kasse des
Theaters an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Einziges Sonntag-Abend-
Vorstellung an diesem Sonntag,
23. Februar.

Brunnen-Theater

Sadstraße 58. Direkt.: Bernh. Roso.
Morgen Sonntag, den 23. Februar,
nachmittags 3 Uhr:
Hinko od. König u. Henkersknecht.
Abends 7 Uhr:
Die Memoiren des Teufels.

Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Vorverkauf Sonntag vorm. 10-1 Uhr.
Voranzeige. Montag, 9. März:
Große Benefizvorstellung für Franz
Nähle: **Die Gilt vom Erlenhof,**
oder: **Schuld und Sühne.**



Neuesten Vorteil

auf dem Gebiete der modernen
Belletristikbranche bietet das
Versandhaus Berliner Herrenmoden
Stralauer Straße 28, Hochparterre,
am Rolfenmarkt, indem es an
Jedermann nur selbst herge-
stellte, solide, gediegene Garbe-
roben fertig und nach Maß, auch
gegen Teilzahlung von 1.- M.
wöchentlich an, liefert. Eigene
Zuschneider, eigene Wert-
arbeiten. Kein Warenkredit! Keine
Reklame-Verbung. Lagerbestän-
digung lohnend. Kein Kaufzwang.
Auf Wunsch besucht Sie unser
Stadtreisender mit reichhaltigen
neuesten Mustern.
Auch Sonntags geöffnet.

Manoli
Abbas
Beste 3 Pfg.
Cigarette.

Möbel Fabrik **Richard Fuhrmann**
Zischlermeister
Gleditschstr. 47/48 (am Winterfeldt-Platz)
empfiehlt komplette Wohnungs-Einrichtungen, v. einfachsten bis zu
den elegantesten, billige Fabrikpreise. 1 Zimmer u. Küche 295 M.
Großes Lager in **Herren- u. Speisekammern.**
Nur den „Vorwärts“-Lesern gewähre bei Barzahlung 3 Proz. Rabatt.
Langjährige Garantie.
Sonntags geöffnet von 8-10, 12-2 Uhr.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132
Nachm. 4 Uhr: **Rinder-**
vorsitz: Die 7 Raben.
Abends 8 Uhr:
Ein toller Einfall.
Schauspiel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die Ver-**
lobung im Dorf. Die arme Wiege.
Abends 8 Uhr: **Ein toller Einfall.**
Sonnabend, 7. März noch frei.

Warenhaus
Max Behr Rixdorf,
Berlinerstr. 47-48,
gegenüber dem Rathaus
früher Pfingst.

Aufsehenerregend
sind die kolossal billigen
Preise, bis **40 Prozent**
Ermäßigung

Enorme Vorteile
bietet Ihnen mein

Riesen-Ausverkauf

1 Waggon

Echtes Porzellan

ff. dekoriert

Ein Posten Kompottschälchen . . . 10 Pf.	Ein Posten Kaffeekannen 95 Pf.
Ein Posten Schüsseln, dekoriert 48, 18 Pf.	Ein Posten Frühstücksteller, 6 Stck. 95 Pf.
Ein Posten Kabarets 95 Pf.	Ein Posten Tassen, 3 Paar . . . 25 Pf.
Ein Posten Milchtöpfe 28, 10 Pf.	Ein Posten Kaffee-Service für 6 Person., reich dekor. 2, 35 M.
Salatieren 85 Pf. Ess-Teller 5 Pf. Butterdosen 14 Pf. Blumenvasen ca. 40 cm 98 Pf.	Satz 6 Stück Tafel und flach Glas hoch, m. Golddek.

Lebensmittel **Kleiderstoffe-Seidenstoffe**
Leinen- u. Baumwollwaren
Herren-, Kinder- u. Damenkonfektion
Wäsche, Trikotagen, Weißwaren
Hüte, Mützen, Schuhwaren
Unerreicht billige Preise
ff. Zervelatwurst . . . Pf. 95 Pf.
ff. Salamiwurst . . . Pf. 95 Pf.
ff. Thür. Knobl.-Wurst Pf. 95 Pf.
ff. Kalbsleberwurst . . . Pf. 95 Pf.
ff. Schinkenspeck . . . Pf. 95 Pf.
1 Pf. Rotwurst } zus. 95 Pf.
1 Pf. Zwiebelwurst }

Trotz dieser enorm billigen Ausverkaufspreise gewähre nach wie vor **Rabattmarken** schon bei einem Einkauf v. **10 an.**

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Schifferversammlung!

Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, eine öffentliche Schifferversammlung statt, in welcher der Genosse Redakteur Hans Bloch über die Stellung der politischen Parteien zu den in der Binnenschifffahrt Beschäftigten spricht. Die Genossen, welche die Verbreitung der Handzettel übernommen haben, werden ersucht, sich an den bekannten Stellen einzufinden. Die Genossen der 8. Abteilung des 6. Kreises treffen sich bei Rapp, Turmstr. 62.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Rabe, Fichtstr. 29: Bezirksführerversammlung. Dienstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Sofjäger-Palast“, Hofenstraße 52/53: Generalversammlung. Sonntag, den 1. März, abends 8 Uhr, bei Rabe, Fichtstr. 29: Versammlung mit Frauen und anschließendem gemütlichen Beisammensein und Tanz. Garderobe 10 Pf. Am pünktliche und zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Morgen, Sonntag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in der „Lebensquelle“ (früher: „Arminhallen“), Kommandantenstr. 20: Versammlung mit Frauen. Vortrag des Herrn Ingenieur Schaefer über: „Wann wird in Preußen die Feuerbestattung erlaubt werden und welche Vorteile bietet diese Bestattungsform?“ Nach dem Vortrag gefälliges Beisammensein. Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. Am zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Konstituierung des Zentralvorstandes erfolgt ist. Alle Zuschriften sind mit der Adresse: Karl Volkermann (Zentralwahlverein) Charlottenburg, Rosenstr. 3 zu versehen. Dagegen sind alle Wert- und Geldsendungen sowie alle auf die Kassengeschäfte bezüglichen Anfragen an: Wilhelm Eberhardt (Zentralwahlverein) Charlottenburg, Rosenstr. 3 zu richten. — Telefon: Amt Charlottenburg, Nr. 4606. Der Zentralvorstand.

Rigdorf. Den Parteigenossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß Montag, den 24. Februar, in Hoppes Festsaal, Hermannstraße 40, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher der Stadtverordnete Genosse Dr. Wehl einen Vortrag über: „Die Schularztsfrage“ hält. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung werden die Genossen ersucht, rege für diese Versammlung zu agitieren. Der Vorstand.

Steglitz. Heute abend 8 Uhr findet aus Anlaß der kurz bevorstehenden Gemeindevahl bei Schellhase eine Mitgliederversammlung mit äußerst wichtiger Tagesordnung statt. Zahlreiche Erscheinen notwendig. Morgen, Sonntag früh, Flugblattverbreitung.

Schmargendorf. Am Sonntag, den 23. Februar, findet im „Wirtshaus Schmargendorf“ eine öffentliche Gemeindevahlerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Vortrag des Genossen Fritz Rubel über: „Die Arbeiterschaft in der Gemeinde“, freie Diskussion für jedermann; Bekanntgabe des Kandidaten zur Gemeindevahl; Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen und unter seinen Bekannten und Hausnachbarn für regen Besuch der Versammlung zu agitieren. Die Gemeindevorteiler wie auch die Kandidaten der bürgerlichen Parteien sind hierzu eingeladen. Das Wahlkomitee.

Tempelhof. Den Genossen zur Nachricht, daß Sonntag, früh 8 Uhr, eine Flugblattverbreitung stattfindet, und zwar von folgenden Lokalen aus: 1. Bezirk: Restaurant Wilhelmshagen, Berliner Straße 9, 2. und 3. Bezirk: R. Müller, Berliner Straße 41/42, 4. Bezirk: G. Reich, Germaniastr. 154. Rege Beteiligung der Genossen wird erwartet. Der Vorstand.

Nummersdorf. Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der hiesige Wahlverein eine Kränze-Vorstellung. Zur Aufführung kommt: „Kraio und die Pyramiden“. Billette sind noch beim Genossen Tempel, Alt-Vorhagen Nr. 56, und beim Genossen Otto John, Karlsdorfer Straße 1, zu haben. Am rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Karlshorst. Parteigenossen! Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 6 Uhr, gefälliges Beisammensein bei Sabrowski, Treßdamm-Allee.

Mahlsdorf. Am Sonntag, den 23. Februar, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden, für Mahlsdorf bei Schliese, für Mahlsdorf-Süd bei Hehdendorf, Köpenicker Allee. Der Vorstand.

Mittenwalde. Am morgigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale W. Kränze die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Rosow. Am morgigen Sonntag von 9 bis 12 Uhr vormittags findet in den bekannten Bezirken das Einlassieren von Wahlvereinsbeiträgen statt. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Am rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Tankow. Am Dienstag, den 25. Februar, 1/2 11 Uhr abends, finden im „Gesellschaftshaus“, Kaiser-Friedrich-Straße 12, und im „Gesellschaftshaus“, Kreuzstr. 3-4, zwei öffentliche Versammlungen statt. Tagesordnung: Vortrag über: „Das Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden“; Diskussion und Erörterung von Gemeindeangelegenheiten. Die Namen der Referenten werden noch bekanntgegeben.

Morgen, Sonntag, vormittags 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Handzettelverbreitung statt. Die Bezirksführer wollen das Material hierzu heute abend von den angegebenen Lokalen abholen. Der Vorstand.

Nordend. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, Handzettelverteilung. Die Genossen treffen sich im bekannten Lokal. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. Der Bezirksleiter.

Seinersdorf (Stettiner Bahn). Die nächste Morgensprache der Genossen findet morgen, Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Reumann statt. Der Bezirksführer.

Berliner Nachrichten.

Eine neue Pausenordnung für die Berliner Gemeindefschulen wird soeben durch nachstehende, an die Direktoren gerichtete Verfügung der städtischen Schuldeputation bekannt gegeben: Mit Ermächtigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und Zustimmung des königlichen Provinzialschulinspektors tritt mit Beginn des Sommerhalbjahres 1908 folgende Pausenordnung ein:

nach der 1. Stunde eine Pause von 10 Minuten (bisher 5 Minuten) 2. „ „ „ „ 10 „ 3. „ „ „ „ 10 „ 4. „ „ „ „ 20 (bisher 15 Minuten).

Nachmittags bleibt die Pause von 15 Minuten bestehen. Zu den Zwanzigminutenpausen sind die Kinder auf den Schulhof zu führen und die Klassenzimmer gehörig zu lüften; in den zehnminütigenpausen überlassen wir es Ihrem Ermessen, ob Sie das Herunterführen sämtlicher Kinder anordnen wollen. Wo die lokalen Verhältnisse dies nicht gestatten, wollen Sie den Lehrkräften empfehlen, die Fenster auf einige Zeit zu öffnen und in unglücklicher Jahreszeit die Kinder bei offenen Fenstern während einiger Minuten Freiübungen machen zu lassen. Unter allen Umständen ist auch während der zehnminütigenpause jedem Schulkinde das Austrreten zu gestatten.

Bezüglich Aufhebung des Verbotens, die Fenster im Winter zu öffnen, das sich noch in gedruckten Anweisungen zur Regulierung der Heizung in den Schulen mit Aufzeichnung hier und da findet, wird besondere Verfügung ergehen.

Seitens des Herrn Ministers ist die Pausenordnung für die Klassen mit über 50 Schülern nur probeweise auf ein Jahr genehmigt, da die Länge der Zeit für eine Unterrichtsstunde und die Zahl der Kinder einer Klasse in angemessenem Verhältnis stehen müssen und es dem Herrn Minister zweifelhaft erscheint, ob dies in den Klassen mit mehr als 50 Kindern noch der Fall sein wird.

Ueber die Gewährung der neuen Einrichtung, insbesondere auch in den Klassen mit mehr als 50 Schülern ersuchen wir, uns bis spätestens Ende November d. J. zu berichten. Die durch Verfügung vom 24. September 1901 — J.-Nr. 4112 Sch. I. 01 — festgesetzte Pausenordnung wird hierdurch mit dem Bemerkten aufgehoben, daß an dem pünktlichen Anfang des Unterrichts um acht beziehungsweise 7 Uhr festzuhalten ist.

Diese Verfügung steht im erfreulichen Gegensatz zu dem Ministerialerlaß die Verkürzung der Ferien betreffend. Unsere Schulverwaltung sollte aber aus dieser vom Minister gebilligten Pausenordnung die Lehre entnehmen, bei zukünftigen Schulbauten auch auf entsprechend große Schulhöfe für die Kinder zu Bewegungs- und Spielen Rücksicht zu nehmen.

Der 111 Kriminalkommissar.

Ist es ein Trauerspiel oder ein Satyrspiel? Vom rein menschlichen Standpunkte kann man dem Berliner Kriminalkommissar Waldemar Müller, welcher beim Kochgehen der feinen Häden, die in das Friedberg-Wohlfische Schwimmbad führen, aus der Gehirnhaut gefahren ist, so etwas wie Mitgefühl nicht versagen. Hier hat sich wieder mal deutlich gezeigt, daß auch hohe Polizeibeamte nur schwache Menschen und als solche allen Ansehungen des Lebens wie gewöhnliche Sterbliche unterworfen sind. Es ist von neuem an einem hervorragenden Beispiele der Beweis geliefert, daß Exekutivbeamte in hohen Stellungen mitunter für ihr Amt nicht diejenige Geistesstärke und Ueberdachtskraft besitzen, welche das Wohl der Öffentlichkeit von ihnen zu verlangen hat, und daß hieraus für die Allgemeinheit unter Umständen die schwersten Schädigungen entstehen können. Was nicht ähnlich so bei dem berüchtigten Landgerichtsrat Brausewetter unseitigen Angebens? Dieser geisteskrante, königlich preussische Richter überlieferte dem Gefängnis zahlreiche Angeklagte, deren Verurteilung unter einem geisteskranken Vorsitzenden mindestens zweifelhaft gewesen wäre. Man ließ ihn auch dann noch im Amte, als seine juristischen Brauvarien selbst in richterlichen Kreisen mehr als bloß Kopfschütteln erregt hatten. Und erst die viel spätere Oeffnung des landgerichtsrätlichen Gehirns ergab, daß man es mit einem unglücklichen zu tun hatte, der offenbar schon lange ein Schädling am vielgerühmten Rechtsbewußtsein Frau Justiz gewesen war.

Herr Waldemar Müller, der hohe Berliner Polizeibeamte, hat nicht allzuviel Gelegenheit erhalten, mit seinem angegriffenen Hirn zu schaden. Man deckte den Brunnen zu, ehe noch Unschuldige in ihm ertrunken waren. Aber wer suchen und finden kann, der zieht doch gerade in diesem Falle aus dem wegen der vielen ungeschulten Schandthaten schier unentwirrbaren Polizeifäden einen deutlich hervorstechenden schwarzen Faden. Mit diesem Kriminalkommissar war in den Polizeipalast am Alexanderplatz ein neuerartiger Geist eingezogen, ein Geist, dessen hoher Flug dort unbedingt auf Widerstand stoßen mußte. Wenn jetzt nach Feststellung der schwereren nervösen Erkrankung des Beamten geistlich seine Pflichterfüllung, ja geradezu seine Arbeitsfähigkeit und sein kriminalistischer Ehrgeiz so sehr in den Vordergrund gehoben werden, so sind Kenner der einschlägigen Verhältnisse geneigt, dieses nachträgliche Lob etwas skeptisch aufzunehmen. Als ehemaliger preussischer Offizier brachte Herr Müller ganz gewiß jene Anschauungen mit, die in den bürokratisch verknöcherten Mechanismus am Alexanderplatz vortrefflich hineinpaßten. Dem Menschen Müller und noch mehr dem Schriftsteller Müller mit seinen starken geistlichen Beschäftigungen hat man „oben“ wohl schon längst nicht recht getraut. So wird es erklärlich, daß der Kriminalkommissar im Handumdrehen kaltegestellt wurde, als ihm der moderne Schriftstellergeist mit dem kühl berechnenden Beamtenverstande durchging.

Weshalb wird denn soviel Geschrei erhoben, daß Müller Verhaftungen und Beschlagnahmen verweigerte, die sich nicht ausrecht erhalten ließen? Dies sind Verfügungen, über die wir uns durchaus nicht wunderten, entsprechen doch nur der allgeheiligsten preussischen Polizeitradition. Wäre Müller nicht geistig erkrankt, so hätte man, vielleicht trotz besserer Einsicht, eisern daran festgehalten, daß die betreffenden Mißgriffe zu Recht bestehen. Nachdem man aber die Mißgriffe als solche erkannt hat, benutzt man die geistige Erkrankung, um vor der Öffentlichkeit des Polizeigewissens zu erleichtern, selbstverständlich auf Müllers Konto. Und wie steht es mit den eigenartigen „offenen Depeschen“ an Friedberg und Bohn? Die haben bekanntlich dem Hof den Wobben ausgezogen. Nun, diese Form der Verbindungssuche mit einem an unbekanntem Orte weilenden Verfolgten war ja allerdings sehr ungewöhnlich, aber doch noch lange nicht unbedenklich oder gar fehlerhaft. Es geht daraus neben der Berücksichtigung der Mißgriffe der Presse jedenfalls hervor, daß Müller sich gewissermaßen gewaltsam lösen wollte von der verbrauchten Polizeischablone. Er suchte neue, wenn auch ungewöhnliche Wege zum Erfolge und verließ damit gegen das Schema F, welches auch daran schuld ist, daß die Berliner Kriminalpolizei ihre bekannten roten Zettel umsonst an die Anschlagfäden kleben läßt.

Die Wasserbaupolizei hat an die Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern“ neue Bestimmungen hinsichtlich der Personenzahl erlassen, die ein Dampfer fassen darf. Danach sollen Kinder unter 4 Jahren, sofern für sie laut Tarif ein Fahrgeld nicht erhoben wird, bei der Feststellung der zulässigen Personenzahl unberücksichtigt bleiben, und Kinder unter 12 Jahren, sofern für sie laut Tarif die Hälfte der für einen Erwachsenen zu entrichtenden Fahrpreise erhoben wird, zwei für eine volle Person gerechnet werden. Dies hat den Beifall der Sterngesellschaft gefunden. Wegen einer dritte Bestimmung aber, wonach bei Sonder- und Schülerfahrten Kinder über vier Jahren stets alle volle Person zählen sollen, hat sie Einspruch erhoben.

Der Magistrat wählte gestern den Dr. Felix Vincus zum Leiter der Station für Geschlechtskranke am händischen Odbach an Stelle des Prof. Dr. Bruns, der die Leitung der geschlechtskranken Station in Charlottenburg übernimmt.

Schulärztliche Ueberwachung.

Nach dem Bericht der Berliner Schulärzte für das Schuljahr 1906/07 standen in diesem Jahre 88 874 Kinder unter schulärztlicher Ueberwachung gegen 29 622 im Vorjahre und 24 225 im Jahre 1904/1905. Die Zahl der Schulärzte betrug 44. Der einzelne Schularzt hatte durchschnittlich 827 Kinder in Ueberwachung, eine Zahl, die entschieden zu hoch ist und nur durch Vermehrung der Zahl der Schulärzte verkleinert werden kann. Veranlassung zur Ueberwachung waren:

- 1. Ungenügender Kräftezustand (Wintermutter) 5129, 2. Rachitis 1011, 3. Scrophulose 1751, 4. Knochenüberlastung 350, 5. Lungen-überlastung 1380, 6. Sonstige Lungenleiden 818, 7. Herzleiden 2551, 8. Nierenleiden 172, 9. Nervenleiden 1457, 10. Epilepsie 279, 11. Mangelhafte geistige Entwicklung 839, 12. Sprachstörungen 1178, 13. Nasen- und Kassenleiden 2557, 14. Augenleiden 7454, 15. Ohrenleiden 3453, 16. Hautkrankheiten 615, 17. Verkümmung der Wirbelsäule 2380, 18. Bruchschäden 1902, 19. Bildungsfehler 325, 20. Sonstige Krankheiten 671.

Zahl der Untersuchungen auf Veranlassung:

	In der Schule	In der Sprechstunde	In der Wohnung der Kinder
A. der Schuldeputation	589	727	42
B. der Direktoren	1 750	20 176	103
C. der Schulkommission		607	40
Zusammen	2 248	21 510	185
		24 038	

Auf einen jeden Schularzt kommen durchschnittlich 516 Untersuchungen. Hierbei sind nicht miteingerechnet diejenigen Untersuchungen, welche gelegentlich der Schulbesuche in beträchtlicher Zahl vorgenommen werden.

Für die Nebenklassen wurden 606 Kinder (im Vorjahre 640) untersucht.

Es wurden den Nebenklassen überwiesen 554, in der Volksschule besaßen 81, in die Idiotenanstalt übergeführt 30, in Privatunterricht überwiesen 81.

Es wurden in 139 Nebenklassen 2133 Kinder, d. i. 0,9 Proz. der Gesamtzahl der Gemeindefachkinder unterrichtet.

Für die Stotterkur wurden untersucht 302 Knaben, 187 Mädchen, zusammen 489 Kinder (im Vorjahre 324).

Für die Schwerhörigenklassen wurden im Oktober 1906 42 Kinder aus dem IV. Schulreise untersucht und 17 geeignet befunden, so daß zwei Klassen mit je 8 bis 9 Kindern eingerichtet wurden. Driem 1907 wurden 66 Kinder untersucht und 13 geeignet befunden, so daß Driem 1907 3 Klassen errichtet werden konnten.

Auf dem Postamt in der Petersburger Straße sollte Donnerstag abend um 7 1/2 Uhr ein 16 Jahre alter Schüler im Auftrage seines Vaters die Summe von 165 M. einzahlen. Er reichte die Anweisung dem Beamten hinein und hatte das Geld in zwei Zwanzig- und einem Fünfmarkstücken, den Rest in Gold auf einem Faltblatt zurechtgelegt. Da sprang plötzlich ein Mann hinzu, der schon einige Zeit dort aufbewahrt war, entnahm das Bargeld und machte sich eiligst davon. Der Postbeamte brachte das Geld in Sicherheit und nahm in Begleitung des herbeigekommenen Schülers und anderer Beamten die Verfolgung des Flüchtigen auf. In der Worschauer Straße konnte er gefaßt werden. In ihm wurde der 28 Jahre alte Ansfelder Max Krüger festgestellt, der sich von seiner Ehefrau in Arnswalde getrennt hat und sich seit drei Wochen in Berlin wohnungslos aufhielt. Er war in der Worschauer Straße in ein Haus gelaufen und hatte sich dort versteckt. Die geraubten Scheine trug er in der Westentasche bei sich. Auf der Polizei gab er an, daß er gar nicht wisse, wie er zu dem Raub gekommen sei.

Zimmer langsam voran. Nach diesem Grundfay scheint man an gewissen Stellen des Polizeipräsidiums zu handeln. Ein armer Invalide richtete unterm 17. Dezember an das Polizeipräsidium ein Gesuch um Aufstellung eines Legitimationscheines zur Verteilung von Druckschriften. Nach circa 6 1/2 Wochen, am 2. Februar, erhielt der Antragsteller den Schein per Post zugesandt. Und dabei handelte es sich um Erneuerung des alten Erlaubnischeines. Durch diese Verzögerung ist der Mann wirtschaftlich sehr geschädigt worden. Etwas schneller könnte man auf dem Präsidium schon arbeiten.

Ein festener Gaß am Alexanderplatz fand sich gestern in dem roten Gebäude ein. Der Kronprinz ließ sich durch den neuen Polizeiprääsidenten umherführen, besichtigte verschiedene Abteilungen und hörte zwei Vorträge mit größter Aufmerksamkeit, wie offiziös gemeldet wird. Die Vorträge bezogen sich auf Verkehrsfragen und auf die Theaterzensur. Vielleicht läßt sich der Thronfolger nächstens einen Vortrag über die unentdeckten Wörder Berlins halten.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich Donnerstagabend auf dem Gesundbrunnen zugetragen. Die Frau des Arbeiters Wosch, Grezlerstraße 3a, hatte ihren vierjährigen Sohn Hans fortgeschickt, damit er in der Nachbarschaft etwas laufe. Als der Kleine an der Straßenecke den Fahrdamm überschritt, kam er an ein Automobil heran, wurde umgerissen und überfahren. Passanten brachten das Kind nach der Unfallstation, wo es die erste ärztliche Hilfe erhielt. Der Arzt stellte erhebliche äußere Verletzungen bei dem überfahrenen Knaben fest. Anscheinend hat er auch innere Verletzungen erlitten.

Die Leiche eines Ertrunkenen ist gestern in der Oberspree gefahndet worden. Bei dem Toten handelt es sich um einen Arbeiter W., der vor einiger Zeit bei einer Wette sein Leben einbüßen sollte. Er war unvorsichtigerweise bei großer Kälte an der Dammbrücke bei Köpenick ins Wasser gegangen und nach der Insel hinübergeschwommen. Als er wieder zurückschwimmen wollte, verließen ihn seine Kräfte und er ertrank. Jetzt ist die Leiche geborgen worden.

Ein ansteigender Berggang hat sich in der vergangenen Nacht auf der Stadtbahn abgespielt. Der Friseurlehrling Fritz Hennsch, der bei einem Barbier in Potsdam angestellt war, hatte seine Lehrstelle verlassen, da er angeblich in seiner Ehre von dem Meister schwer gekränkt worden war. Er wollte sich das Leben nehmen und fuhr nach Berlin. Hier kaufte er sich einen Taschenschloß, und in der Nacht jagte er sich in einem Abteil zweiter Klasse eines Ringbahnzuges vor den Augen der Fahrgäste eine Kugel in die Schläfe. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße wurde der Lebensmüde aus dem Zuge herausgeschleift und nach der königl. Klinik gebracht. Sein Zustand ist recht bedenklich.

Von den Nachbarbewohnern der Rientyppe werden in letzter Zeit erhebliche Klagen geführt über den Gamm, den die zum Besuche einladenden Musikinstrumente verursachen. Man kann ein großer Musikfreund sein, kann aber beim fortgesetzten Anhören eines solchen „Rientopp“-Konzerts bald verrückt werden. Es gibt „Rientyppe“, die das Instrument so nach der Straße aufgestellt haben, daß die Ouvertüren laut hinausdrallen. Sich das von nachmittags 4 Uhr bis abends 11 Uhr ununterbrochen anhören zu müssen, ist sicherlich kein Vergnügen.

Einen schrecklichen Tod hat der hiesige Brunnenbaumeister Wede gefunden. W. hatte auf dem Grundstück des bekannten Sommerrestaurants „Kollappchen“ bei Straußberg einen Brunnen-

bau auszuführen. Gestern fuhr er nach Strausberg, um sich die Baunanlage anzusehen. Als er an den Brunnenschacht herantret, gab unter seinen Füßen plötzlich das Erdreich nach und zum Entsetzen der umherstehenden Arbeiter stürzten die Erdmassen zusammen und B. sank mit in die Erde. Er wurde vollständig verschüttet. Etwa 6 Meter tief war er in das Erdreich hineingeknickt worden. Vergeblich bemühten sich die Leute, den Verschütteten zu retten. Man rief schließlich die Strausberger Feuerwehr herbei, der es nach angelegter Tätigkeit gelang, den Verunglückten zu bergen. Er war aber bereits tot. Der Bedauernswerte hatte im Erdinnern erstickt müssen. Seine Leiche wird nach Berlin gebracht werden.

Ein Einbruch auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Duxenstraße 43/44 ist in der letzten Nacht verübt worden, bei welchem die Diebe eine recht beträchtliche Beute machten. In dem betreffenden Hause befinden sich außer den Räumen der Pfandkammer nur Geschäftslokalitäten. Der Eingang wird nachts durch eine Vorlegete geschützt; der Hof ist von den Lager- und Auktionsträumen der Pfandkammer durch einen mit einer Durchfahrt versehenen Jaun getrennt. Auf dem Versteigerungshof befindet sich ein Wächter sowie ein scharfer Wachhund. Es ist also unmöglich, daß die Diebe von dieser Seite aus nach dem Hauptgebäude gelangen können. Vermutlich haben sich die Eindringler am Tage auf dem genannten Grundstück eingeschlichen und hielten sich dort versteckt, bis sämtliche Geschäfte geschlossen waren. Sie konnten nun, nachdem sich kein Mensch mehr in dem fünfstöckigen Gebäude befand, in aller Ruhe „arbeiten“. Die Spühbuben ertrachen den Eingang zu der in der vierten Etage belegenen S. Vlocherischen Steppdeckenfabrik, sprengten den Gelschran und erbeuteten zirka 300 Mark. Außerdem stahlen sie vier Rollen Steppdecken. Sie blieben dann bis morgens nach 8 Uhr, zu welcher Zeit das Haus geöffnet wurde, am Tatort und es gelang ihnen dann mit ihrer Beute unbemerkt zu entkommen.

Acht Jahre Gefängnis für einen Erpresser. Wegen wiederholter versuchter und vollendeter Erpressung verhandelte die sechste Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Gödel gegen den „Arbeiter“ Leo Feidler, der aus der Unterhofsstraße vorgeführt wurde. Feidler ist sechs mal wegen Diebstahls, Betruges, Zuhälterei und Körperverletzung verurteilt. Mit rotgeschminkten Wangen und Lippen trieb sich der Angeklagte in der Friedrich- und Behrenstraße und in der Nähe der Zellen umher. Am Abend des 3. Dezember v. J. wurde der Schauspielers J. am Bahnhof Friedrichstraße von ihm angesprochen. Er stellte sich als Handlungsgehilfe vor und bat ihn, ihm für eine Nacht ein Obdach in seiner Wohnung zu gewähren. Der Schauspieler ließ sich verleiten, den Angeklagten mit in seine Wohnung zu nehmen. Kaum waren beide hier angekommen, als Feidler den Schauspieler beschuldigte, er habe sich an ihm vergangen. Als sich J. weigerte, Feidler Geld zu geben, fing der Erpresser zu lärmen an, so daß ihm der Schauspieler aus Furcht vor einem Skandal einen Geldbetrag gab. Wehnlich behandelte Feidler einen Kaufmann L., der Witinhaber eines hiesigen Engrosengeschäfts ist. — Der Staatsanwalt bezichtigte den Angeklagten als eines der gefährlichsten Subjekte jener Sippe, die aus den niedrigsten Rostern ihren Erwerb schöpft. Der Antrag des Vertreters der Anklage lautete deshalb auf fünf Jahre Gefängnis. Das Gericht war der Ansicht, daß die menschliche Gesellschaft von einem derartigen Vampyr, dessen Gemeingefährlichkeit kaum noch zu übertrieben sei, auf möglichst lange Zeit befreit werden müsse. Das Urteil lautete deshalb auf acht Jahre Gefängnis wegen zweier vollendeter und einer versuchten Erpressung.

Wegen eines Kopflebens, durch das sie arbeitsunfähig war, ist das Rogarstraße 9 wohnende fünfzehnjährige Mädchen Camilla Köller in den Tod gegangen.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde die Feuerwehr nach der Palisadenstr. 102 gerufen. In Abwesenheit der Eltern waren dort Kleider in Brand geraten. Zwei von den Eltern in der Wohnung unterdrückte zurückgelassene Kinder befanden sich in großer Gefahr. Ein Schuttmann, dem dies mitgeteilt wurde, drang in die Wohnung ein und holte beide Kinder aus der verqualmten Küche heraus. Das Feuer konnte von der Feuerwehr bald gelöscht werden. Die Kinder wurden der Obhut von Hausbewohnern übergeben. Die Fälle, in denen Schuttmänner in der letzten Zeit mit Unschlossenheit und Umsicht Kinder aus solchen Kollagen befreit haben, verdient öffentlich Anerkennung zu werden. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Kistoder Straße 24, wo ein Wohnungsbrand ausgebrochen war, und in der Steinmehlr. 30a zu tun; hier brannte Papier auf dem Boden des Hauses. In der Dresdener Straße 88/89 war beim Kochen von Bohnermasse Feuer entstanden. Ferner waren Feuermeldungen aus der Dreibrückstraße 11 und von anderen Stellen eingegangen.

„Unsere Stellung zum Brauntweinmonopol“, so lautet das Thema des Vortrags, den Genosse Reumann-Damburg, der Vorsitzende des Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes, am Montag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in der Erdersfeststraße, Kommandantenstr. 62, in öffentlicher Versammlung halten wird. (Siehe auch Inserat in der morgigen Nummer.)

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Steglitz.

Im Zeichen der Reaktion scheinen die diesjährigen Gemeindevahlen stattfinden zu sollen. Ueber den ungewöhnlich frühzeitigen Wahltermin haben wir schon berichtet. Die Nachricht entnehmen wir dem „Stegl. Anzeiger“, der sich in seiner Dienstag-Nummer „auf die und eben zugegangene amtliche Bekanntmachung“ bezieht. Diese amtliche Bekanntmachung ist aber bis heute noch nicht veröffentlicht, so daß wir uns noch immer auf Notizen der Lokalpresse stützen müssen. Die „Stegl. Btg.“ berichtete gestern, daß für den ersten Bezirk der 3. Klasse die Zeit von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. und von 5-6 Uhr abends festgesetzt sei, während der zweite Bezirk in denselben Vormittagsstunden und von 5-8 Uhr abends wählen könne. Wenn es sich nicht um einen Druckfehler handelt, wäre das ein würdiges Gegenstück zu der verdächtig eiligen Abaraumung des Wahltermins. Die Verkürzung der abendlichen Wahlzeit könnte doch nur den einen Zweck haben, den Arbeitern die Teilnahme an der Wahl unmöglich zu machen oder doch wesentlich zu erschweren. Daß das Mieterorgan diese Nachricht ohne ein Wort des Tadels veröffentlicht, ist höchst bezeichnend. Das Blatt beweist damit, daß es mit dem reaktionären Streich gegen die Arbeiterwähler einverstanden ist. Unsere Parteigenossen und Wähler des ersten Bezirks (umfassend den nordwestlich der Eisenbahn gelegenen Ortsteil, Schloh- und Rebenströken) seien durch diesen Alarmruf gewarnt. Bewahrheitet sich die Nachricht, dann muß auch bei der gegen alle bisherige Übung um zwei Stunden verkürzten Wahlzeit jeder Arbeiterwähler an die Wahlurne gebracht werden, um das Mandat des ersten Bezirks zu halten. Vorläufig aber protestieren wir auf das entschiedenste gegen jede geplante Verkürzung der Wahlzeit, die eine Beschränkung unseres Wahlrechts bedeutet.

Friedenau.

Mit der Aufstellung der Kandidaten zu der bevorstehenden Gemeindevahl beschäftigte sich die Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Aus der dritten Klasse scheiden in diesem Jahre zwei Vertreter aus. Unsere Genossen sind jedoch nicht in der Lage, beide Kandidaturen zu besetzen, da sie keine Hausbesitzer

haben. Die Versammlung stellte den Genossen Richter II einstimmig als Kandidaten auf. Der Vorsitzende Genosse Meyer forderte die Anwesenden auf, sich recht zahlreich an der Agitation zu beteiligen und alles daran zu setzen, damit der sozialdemokratische Kandidat als Sieger aus dem Wahllampfe hervorgehe. Es sei die höchste Zeit, daß auch im Friedenauer Gemeindeparlament ein Vertreter der Arbeiterklasse seinen Eingang halte, um auch dort deren Forderungen nachdrücklich zu vertreten. Als Delegierte zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Richter II und Schmilobsky gewählt.

Tempelhof.

Die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung lautete das Thema, über das Genosse Küter-Schöneberg in der letzten Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins referierte. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurden die Genossen M. Schmidt und R. Müller als Kandidaten für die bevorstehende Gemeindevorwahlen ausgestellt. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab Genosse Schiering. Zur Verbandsversammlung für Groß-Berlin wurden die Genossen Thiel und Leutische delegiert. Als Bezirksführer für den ersten Bezirk wurde der Genosse Stroll gewählt. Ferner gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, wonach der Gemeindevorsteher ersucht werden soll, die Wahlzeit auf einen Sonntag zu verlegen eventuell bis 8 Uhr abends auszubehnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Ableben des Genossen Kloss in üblicher Weise.

Charlottenburg.

Beim Absteigen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist in der Nacht zum Freitag der Magistratssekretär S. Schöner zu Schaden gekommen. Er sprang in der Wilmersdorferstraße von der Hinterplattform des von ihm benutzten Motorwagens der Linie 81, glitt aus und fiel so unglücklich, daß er eine schwere Gehirnhämorrhagie erlitt. S. wurde in beschleunigtem Zustande nach der neuen Unfallstation in der Kaiser-Friedrich-Straße 57 gebracht und von dort nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

Treptow-Baumschulentweg.

In der letzten Gemeindevorwahlen lag ein Einspruch gegen die Gemeindevorwahlen vor. Der Einspruchsbeklagte, der Vertreter der Berliner Baugewerkschaft, war der Ansicht, daß der Genossenschaft das Wahlrecht zustiehe, weil die den Genossenschaftlern übergebenen 26 Häuser noch Eigentum der Genossenschaft seien. Die Vertretung verworft den Einspruch, weil die betreffenden 26 Hausbesitzer der Behörde gegenüber als Besitzer derselben bekannt seien, ihre Gemeindesteuernpflicht als solche erfüllen und auch das Wahlrecht besitzen. — Nach Erledigung einiger unbedeutenden Vorlagen beschäftigte sich die Vertretung mit dem Etat. Einleitend bemerkte der Bürgermeister Schablow, daß der Staatsanschluß mit denselben Steuerföhen wie im vorigen Jahre ausgenommen ist. Der Haushaltsetat für 1908 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 027 500 M. Davon entfallen auf die allgemeine Verwaltung 19 854 M. Einnahme und 166 302 M. Ausgabe. Kapital und Schuldverwaltung 27 682 M. Einnahme und 153 674 M. Ausgabe. Schulverwaltung 8570 M. Einnahme und 127 730 M. Ausgabe. Feuerwehr 50 M. Einnahme und 1075 M. Ausgabe. Armenverwaltung 2710 M. Einnahme und 118 000 M. Ausgabe. Für Wohlfahrtszwecke sind 850 M. eingestellt. Die direkten Gemeindesteuern ergeben eine Einnahme von 278 000 M. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 68 000 M. Gewerbesteuer 60 000 M. (ein Mehr von 9000 M.). Grundwertsteuer 155 600 M. (ein Mehr von 5000 M.). In indirekten Gemeindesteuern wird die Summe von 117 000 M. in Ansatz gebracht. Es entfallen auf die Hundesteuer 8000 M., auf die Lustbarkeitssteuer 18 000 M., auf die Umsatzsteuer 70 000 M. und auf die Biersteuer 21 000 M. Kreissteuern sind 120 000 M. zu entrichten, außerdem zur Verzinsung und Amortisation der Aktien für den Keltowanal ein laufender jährlicher Beitrag von 26 500 M. Die Gesamtschulden der Gemeinde betragen 2 511 448 M., wovon im Laufe des Jahres 29 737 M. getilgt werden sollen. Die Steuerföhe bleiben wie bisher: 100 Proz. Einkommensteuer, 150 Proz. Gewerbesteuer und als Grundwertsteuer von je 1000 M. Wert 1,50 M., das ist der niedrige Satz von allen Vororten. Beim Schuletat beantragten unsere Genossen, den Posten für die Privatschule von 2400 M. zu streichen und die Summe für Lehrmittel der Gemeindeglieder zur Verfügung zu stellen. Zur Begründung des Antrages führten unsere Genossen Karow und Gramenz an, daß aus den Steuern, wozu auch die Vermögenden beizutragen haben, nicht diejenigen unterstützt werden dürfen, denen die Gemeindeglieder für ihre Kinder nicht gut genug sei. Für einen besseren Ausbau der Gemeindeglieder seien auch sie zu haben. Herr Nidel, dessen Wahl jetzt abläuft und der wieder zur Wahl aufgestellt worden ist, beantragte dagegen, noch 600 M. mehr zu bewilligen. Dieses wurde auch gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen, sodas die Beihilfe für die Privatschule 3000 M. beträgt. Bei der Position Desinfektion beantragte Genosse Karow, sämtliche Kosten aus Gemeindegeldern zu bestreiten, dies sei schon aus Gesundheitsgründen notwendig. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Gemeindegeldern des hiesigen Turnvereins gratis zur Verfügung zu stellen, wurde vom Genossen Gramenz beantragt. Er führte aus, daß man diesen gesunden Sport in jeder Weise unterstützen und daß man auch sportliche Veranstaltungen nicht mit Lustbarkeitssteuern belegen dürfe. Der Bürgermeister war gegen teiliger Ansicht und meinte, daß nur die Ausgaben für Beleuchtung und Heizung pro Abend mit 1 M. in Anrechnung gebracht, für Benutzung der Geräte usw. aber nichts verlangt wird. Hierauf wurde der Antrag abgelehnt. Die hohe Summe der Fuhrkosten, welche 25 000 M. überschritten, veranlaßte unsere Genossen, darauf hinzuweisen, daß es besser wäre einen Fuhrpark einzurichten. Dieses soll geprüft und eventuelle Vorschläge gemacht werden. — Der neue Grundbesitzerverein hatte in einer Versammlung die Behauptung aufgestellt, daß die Grundbesitzer mehr als die Hälfte aller Steuern ausbringen. Nach statistischen Erhebungen trifft dieses nicht zu. Sämtliche Grundbesitzer liefern nur 34,85 Proz. aller direkten und 28,57 Proz. aller direkten und indirekten Steuern ab. Rechnet man noch die Umsatzsteuer, die keine laufende ist, als eine Steuer zum Grundbesitz, so ergeben sich auch dann nur 39,35 Proz. — Die im Herbst v. J. eingegangene und bis zur Etatberatung zurückgehaltene Petition der Lehrer um Gehaltssteigerung hand außer dem Etat noch zur Beratung. Die Beratung des Etats wurde im Eiltempo erledigt und hätten unsere Genossen nicht verschiedentlich Kritik geübt und Anträge gestellt, er wäre sicher ohne jede Debatte angenommen worden. Mit dieser Petition sollte es noch schneller gehen. Unsere Genossen beantragten aber, derselben Folge zu lassen. Genosse Karow führte begründend aus, daß wir alle Ursache haben, die Lehrer so zu stellen, daß sie auskömmlich leben können, damit sie sich zum Nachteil der Schule nicht Nebenberuf zu suchen brauchen. Der Antrag unserer Genossen, das Grundgehalt um 100 M. zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Dagegen wurde die Mietsentlastung um 90 M. und die Alterszulage um 25 M. erhöht. Den Gemeindegeldern, vom Sekretär bis zum Polizeijerganten wurde das Gehalt um je 150 M. aufgebessert. — Der Sitzung ging die Schöffenvahl voraus. Gewählt wurde Herr Fabrikbesitzer Dr. Otto Salomon mit 9 Stimmen, 2 Fettel waren unbeschieden.

Steglitz.

Aus Verzweiflung über fortgesetzte polizeiliche Belästigungen beschloß sich der Produzenthändler Bölle aus der Körnerstraße 27 das Leben zu nehmen. Als er dieser Tage wegen Abklärung einer Postkarte verhaftet werden sollte, hatte er einen Revolver bei sich, mit dem er die Tat ausführen wollte. Beamte glaubten, B. wolle auf sie schießen, worauf sie den B. gefesselt nach der Wache brachten, er soll sich eines Mordversuchs schuldig gemacht haben. B. ist Produzenthändler und zog vor längerer Zeit nach Steglitz. Von der Eisenbahnverwaltung mietete er sich einen Platz und baute sich ein kleines Häuschen mit Wohnung für sich und seine Frau, sowie mit einem Futterboden und einem Raum für

sein Pferd. Er gedachte so in aller Ruhe seinem Gewerbe nachzugehen. Aber schon beim Bau seines Häuschens machte ihm die Polizei fortgesetzt Schwierigkeiten. Alle Augenblicke war ihm die Polizei auf dem Raden. Als der kleine Bau kaum fertig war, gingen die polizeilichen Belästigungen erst recht los. B. konnte machen, was er wollte, die Polizei konnte er nicht zufrieden stellen. Hausdurchsuchungen über Hausdurchsuchungen nach gestohlenem Gut mußte er über sich ergehen lassen. Wenn auch solche Durchsuchungen bei Produzenthändlern öfter vorkommen, so soll die Art und Weise des Vorgehens der Steglitzer Polizei doch erheblich abstecken von dem Verfahren, wie es bei der Berliner Kriminalpolizei üblich ist; schließlich sind doch nicht alle Produzenthändler Dieb. Ein Produzenthändler kauft manches, von dem er nicht immer gleich wissen kann, daß es gestohlen ist. Kurz und gut: Bölle konnte sich dieser polizeilichen Belästigungen kaum erwehren. Er wandte sich mit einer Beschwerde an den Landrat. Vergeblich. Dieser fand an der strengen polizeilichen Überwachung nichts aufzuheben. Und so kam es, daß B. kaum instande war, seinem Gewerbe nachzugehen. Alles ging zurück. Strafmandate über Strafmandate regneten auf ihn hernieder. Kürzlich trug er uns tränenden Auges seine Lage vor. Er erklärte, er sei ruiniert und es bleibe ihm nichts anderes übrig, als sich das Leben zu nehmen. Alles gute Zureden unsererseits war vergebens. B. hat also in der Tat seinen Vorsatz auszuführen wollen. Er hatte an den vor seinem Wohnhause befindlichen Tretergaun eine Anzahl gerichtlicher Verfügungen und polizeilicher Strafmandate, mit Bemerkungen versehen, angeklebt.

Friedersdorf (Kreis Beeskow).

Auf dem Lügenpfade.

Am vergangenen Sonntag fand im Pötel'schen Lokal eine Versammlung statt, in welcher der Redakteur Sommerburg-Schöneberg referierte. Der Herr, der sich am selben Tage schon in einer Versammlung in Storfow geübt hatte, lag alles nur mögliche über die Sozialdemokratie zusammen: Von der Freiheit der Führer bei Straßendemonstrationen in Berlin, vom Terrorismus, von den Ausbeutungen in den sozialdemokratischen Konsumvereinen; von Webel, Singer und Jubel, die die Arbeiter belügen und betrügen; von den sechs himangeworfenen Redakteuren usw. Der Zweck dieser Schimpferei war: Ihr Bauern von Friedersdorf und Umgegend seht, wie die Arbeiter wöchentlich 20 Pf. in die Parteikasse opfern, seid so „lug“, werdet Mitglieder des Reichsverbandes und zahlt jährlich mindestens 5 M. Beitrag. Nach diesem 11/2ständigen Angeifer der Sozialdemokratie gewährte man großmütig unserem Genossen P. Gollmied fünf Minuten Redezeit. Die Herren hatten in fünf Minuten genug. Nachdem sich der Vorsitzende eine Verdrehung der Tatsachen geleistet, folgte das im Striegereinstil gebrüllte Schlußwort: „Es sei „eine Schmach und Schande, daß der Parteibüchler Jubel den Wahlkreis vertritt“, der müsse nächstens raus, heißt!... „Deutsche Treue, deutsche Eiche“ ran „mit Gott für König und Vaterland“. Literarität. Sommerburg hatte aber vorher ausgeführt, daß es recht hohle, morose und faule Eichen gibt. Nun wissen auch die Friedersdorer, warum es heißt: Reichsalltagsverband. Vermerkt möge noch werden, daß die hietographische Versammlungseinladung, unterzeichnet: Goeler, königl. Forstmeister, gleich den ortsüblichen Publikationen der Gemeindevorsteher in den Nachbarorten von Haus zu Haus getragen wurde.

Pankow.

Die Errichtung einer Gemeindeparkasse wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung beschlossen. Die Gelder sollen mit 3 1/2 Proz. verzinst werden. Für die Verwaltung der Kasse sind zwei Beamte vorgesehen; sollte der Oberpräsident seine Zustimmung zur Errichtung der Sparkasse geben, so würden der Gemeinde im ersten Jahre zirka 5000 M. Kosten erwachsen. Bei Beratung des Ortsrats, betreffend die Dienstverhältnisse der Beamten, verwahrten sich unsere Genossen dagegen, daß die Gemeindevertretung bei Entlassungen von Beamten ihre Zustimmung zu geben hat, gestrichen worden ist. Trotz des Hinwerfes des Bürgermeisters, daß dieser Passus ungeschicklich sei und der Landrat erklärt habe, dieser Bestimmung die Genehmigung zu versagen, stimmte die Vertretung für Verbeibaltung der alten Fassung. Bei der Bestimmung über Nebenbeschäftigung der Beamten wurde durch Genossen Freiwaldt konstatiert, daß innerhalb des Rathhauses ein schwingender Handel in Kolonialwaren und anderen Gegenständen von Beamten während des Dienstes getrieben werde, wobei monatliche Umsätze bis 500 M. erzielt würden. Der Bürgermeister befreitete, daß so etwas vorkäme, da er es streng verboten habe. — Die Errichtung von sechs neuen Polizeisergeantenstellen gab unseren Genossen Gelegenheit, festzustellen, weshalb die Polizei überlastet sei; die Heberwagung der Jahlabende, der Versammlungen, der Eifer bei den Wahlrechtsdemonstrationen und die gesamte Heberwagung der Sozialdemokratie könne und nicht veranlassen, mehr Polizei zu bewilligen. Nach heftiger Debatte und mehrfacher Abstimmung bewilligten die bürgerlichen Vertreter 3 neue Polizeistellen. Für den großen Regenwasserkanal, welcher bereits 635 000 M. gekostet hat, wurden infolge entstandener Schwierigkeiten noch 70 000 M. nachbewilligt und beschlossen, die Arbeiten fortzuführen, um bei der bestehenden Arbeitslosigkeit Arbeitsgelegenheit, wenn auch in beschränktem Maße, zu schaffen. Für den Kanalisationsanschluß an die königliche Eisenbahn hat der Eisenbahndirektor der Gemeinde 43 000 M. gezahlt.

Spandau.

Stadterordnetenversammlung. Zur Verhandlung steht zunächst die Veratung des Hauptetats für 1908. Zum Titel Gemeinnütziges montiert Genosse Schmidt I, daß bei verschiedenen Vereinen, die mehr der Allgemeinheit dienen wie diejenigen für Armenpflege, für Lungenheilstätten zu geringe Beträge eingestellt sind. Er fordert dann Auskunft darüber, weshalb die Angelegenheit mit der Einrichtung einer Wälderholungsstätte so verzögert würde. Hierzu erklärten sowohl der Oberbürgermeister wie auch der Deputierter, Stadtrat Reichardt, daß die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Krankenkassen noch schweben. Beim Titel Polizeiverwaltung bringt der Genosse Pieper den Fall mit dem Polizeisergeanten Kösch zur Sprache, der sich unter dem Namen Schubert an den Genossen Rühmundt herangemacht, um mit ihm über die Beilegung des Seih'schen Saalboflokts zu unterhandeln. Er habe bei dieser Gelegenheit über 90 M. an einem Abend verknüpft und Pieper verlangt Auskunft, ob dieses Geld etwa auch aus dem Stadtsäckel bezahlt worden sei. Der Genosse kritisiert dann in längeren Ausführungen das Verhalten der Polizeibeamten bei dem Seih'schen Saalboflokts und die ungerechtfertigten Entlohnungen selbst von Leuten, die absolut nicht daran dachten, dort Wachtposten zu stehen. So habe man auch gegen ihn zunächst eine Verfügung erlassen, in welcher er aufgefordert wird, die Schützenstraße nicht mehr als Wachtposten zu betreten, trotzdem er gar nicht daran gedacht habe, dort Posten zu stehen. Es werde darüber geklagt, daß so viel Polizeibeamten krank sind, das sei ja kein Wunder, wenn die Beamten in Wind und Wetter bei Seih Posten stehen müssen, da erlärten sie sich eben. Die Polizei sei doch nicht nur für einen Bürger allein da. Nachdem der Oberbürgermeister hierauf erklärt, daß das Geld, welches der Polizeijergant Kösch verknüpft habe, nicht von der Stadtkasse bezahlt worden sei und daß Kösch überhaupt entlassen worden ist, schloß sich der Stadterordnete Justizrat Dr. Baumert veranlaßt, einmal den Sozialistenfreier zu spielen. Er warf den Genossen vor, sie terrorisierten die Bürger, sie untergraben die bürgerliche Freiheit, in den Krankenkassen untergraben sie die Selbstverwaltung und dergleichen mehr. Er glaubte zum Schluß seinen Worten noch dadurch besonderen Nachdruck zu verleihen, daß er sie nicht sprach, sondern förmlich in den Saal hineindrückte. Auch der Stadterordnete Schob konnte sich nicht wehren, seinen Senf zuzugeben. In ruhiger und gelassener Weise widerlegten die Genossen Schmidt I und Pieper die beweislosen Behauptungen der Gegner. Sie wiesen darauf hin, daß, wenn von Terrorismus geredet werden könnte, dies wohl bei den Militärboflokts

zutreffend sei. Die Debatte endete schließlich mit einer etwas humoristischen Auseinandersetzung des Genossen Bied mit dem Stadtverordneten Schob. — Der Hauptetat für 1908 (schließt ab) in Einnahme und Ausgabe mit 7 199 140 M. gegen 6 240 140 M. im Vorjahre. Hierunter fallen die ordentliche Verwaltung 5 182 000 M. und auf die außerordentliche Verwaltung 2 017 140 M. Durch Steuern sind aufzubringen: 1 836 000 M. Aus den Lieberhäusern vom Jahre 1906 sollen 125 000 M. zur Erleichterung der Steuerlast in den Etat eingestellt werden. Dadurch reduziert sich der durch Steuern zu deckende Betrag auf 1 711 000 M. Dieser Betrag soll wie folgt aufgebracht werden: A. Indirekte Steuern: 1. Biersteuer nach dreijährigem Durchschnitt 73 000 M., 2. Hundsteuer nach dreijährigem Durchschnitt 23 000 M., 3. Luftfahrzeugsteuer nach dreijährigem Durchschnitt 13 000 M., 4. Umsatzsteuer nach dreijährigem Durchschnitt 158 500 M., 5. Betriebssteuer nach dreijährigem Durchschnitt 10 500 M. B. Gemeindeforderungen der Offiziere 14 700 M. C. Direkte Steuern: 1. Einkommensteuer 150 Proz. von 455 000 M. 682 500 M., 2. Grundbesitzsteuer 230 Proz. von 239 000 M. 552 800 M., 3. Gewerbesteuer 210 Proz. von 100 000 M. 210 000 M. In Summa 1 711 000 M. Nach Beratung dieses Etats gab der Oberbürgermeister Koelke Auskunft über die Arbeitslosenzählung, welche er durch die Polizeiverwaltung am 15. und 17. Februar hat vornehmen lassen. Durch Bekanntmachung in den hiesigen Lokalblättern waren nämlich die Arbeitslosen aufgefordert, sich mit ihrer Invalidenkarte an diesen Tagen auf dem Polizeibureau zu melden. Es haben sich nach den Angaben des Oberbürgermeisters im ganzen 534 Personen gemeldet. Von diesen waren 171 unter 21 Jahre und 63, die noch nicht ein Jahr in Spandau anässig sind. Es kamen also nur 300 Personen in Frage. Von diesen waren über 80 Saisonarbeiter, d. h. Maurer, Zimmerer und Töpfer. Verheiratet waren von den 300 Personen 190 mit 307 Kindern. In einer Stadt von 75 000 Einwohnern, so meinte der Oberbürgermeister, die noch dazu meist Arbeiterstadt sei, werde man jeden Winter soviel Arbeitslose haben, das könne und werde man nicht ändern. Das beste schon so lange die Welt besteht und werde auch so bleiben. Mit der Inanspruchnahme der vom Magistrat in voriger Sitzung angeführten Arbeiten sei jedenfalls genügend getan. — Wenn diese Statistik der Wirklichkeit entspricht, dann ließe sich ja gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters, daß es nicht ganz so schlimm sei, wie man angenommen, nichts einwenden, obwohl es schon schlimm genug ist, wenn 534 Arbeitslose sich melden. Der Oberbürgermeister operiert immer mit 300, die 171 unter 21 Jahren wollen doch aber auch arbeiten, es werden doch auch von ihnen Steuern verlangt. Aber so ganz zuverlässig ist die Statistik doch nicht. Es werden sich bei weitem nicht alle Arbeitslosen gemeldet haben, da sie die hiesigen Lokalblätter nicht lesen. Das geht schon daraus hervor, daß sich nur 73 Schlosser und 24 Dreher als arbeitslos gemeldet haben. Die Zahl der Arbeitslosen in diesen Branchen ist bedeutend höher. Infolge dieser Statistik die Arbeitslosigkeit in Spandau zu nichte gemacht. Wenn man die Gewerkschaften mit einer solchen Statistik betraut hätte, so würde diese doch wohl etwas mehr Anspruch auf Zuverlässigkeit haben. Als dringliche Vorlage wird der Vertrag mit der Regierung betreffs des nach Spandau zu verlegenden Seminars und der Landesturnanstalt genehmigt. Zu dem Antrag der Stadt, Thomas und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, beim Reichspostamt gegen die Erhöhung der Telephongebühren vorstellig zu werden, bezeichnet der Stadtverordnete und konservativ-landtagsabgeordnete Lüdicke das Vorgehen der Reichspost als verkehrsfreundlich. Genosse Bied erwidert den Vorredner, seinen Einfluß bei seinen Parteifreunden im Landtag dahin geltend zu machen, daß diese das Vorgehen der Reichspost auch als verkehrsfreundlich betrachten und dagegen stimmen. Es wurden dann noch mehrere nicht so interessante Vorlagen erledigt und dann in die geheime Sitzung eingetreten.

Ueber ein Attentat auf ein Schulmädchen wird folgendes berichtet: Die 11jährige Charlotte Drechsel aus der Adamstraße war im Begriff, nach Schluß des Vormittagsunterrichts die fünfte Gemeindefschule zu verlassen, als ihr im Hür der Schulgebäude ein gut gekleideter Herr entgegentrat und sie mit den Worten „Ich bin der Schulkat“ ansprach. Der Unbekannte übergab dem Mädchen einen Brief mit der Weisung, ihn in ein von ihm bezeichnetes Klassenzimmer, wo sich zurzeit der Rektor befände, zu bringen. Das Mädchen führte den Auftrag ohne Argwohn aus; kaum aber hatte sie die Tür geöffnet, als plötzlich der angebliche Schulkat hinter ihr auftauchte und sie mit Gewalt in das Zimmer schob. Hier versuchte er die Kleine zu vergewaltigen; das Schreien des Kindes veranlaßte ihn jedoch, schon nach wenigen Minuten die Flucht zu ergreifen. Erhebliche Verletzungen hat Charlotte Drechsel nicht erlitten; sie wurde in die elterliche Wohnung gebracht, wo sie ärztlich behandelt wird. Ueber die Persönlichkeit des Täters konnte sie nur ungenaue Angaben machen. Die Affäre, die in ihren Einzelheiten noch unaufgeklärt ist, wird von der Kriminalpolizei weiter verfolgt.

Gerichts-Zeitung.

Eine Gendarmenbeleidigung.

Genosse Wuschik hielt am 1. Mai 1907 in Friedrichshagen eine Versammlungsrede. Der überwachende Gendarmwachmeister Schaffrath fühlte sich durch einige Äußerungen Wuschiks beleidigt und stellte Strafantrag. Drei Broden aus der einstufigen Rede Wuschiks sind es, durch die sich der Gendarmwachmeister getroffen fühlt. Die eine Äußerung geht nach Angabe des Wachmeisters dem Sinne nach dahin, daß Unteroffiziere, welche nichts weiter können wie rechts- und linksun machen, später solche Gendarmen werden wie die in Köpenick, die vor dem falschen Hauptmann solchen Diebstahl hatten, daß sie ihm bei der Ausführung seines Gewerkschaftsbüchleins waren. Eine zweite Äußerung, die Wuschik in Verbindung mit Ausführungen über Soldatenmishandlungen machte, lautete nach der Erklärung des Gendarmwachmeisters Schaffrath, die Unteroffiziere, welche ihre Untergebenen mißhandeln, seien nicht die Äußersten, es seien Leute, die an ihrem Fortkommen im bürgerlichen Leben zweifeln und deshalb eine Stellung als Gendarm oder Nachtwächter suchen. Ferner sprach Wuschik über die damals ganz neue Ausrüstung der Berliner Schützlinge mit Browningpistolen. Bei dieser Gelegenheit soll er nach Angabe des Wachmeisters Schaffrath gesagt haben: diese Ausrüstung koste den Steuerzahlern viel Geld, denn, um einen Schützmann zu machen oder einen Gendarmenbau zu umspannen, dazu gehöre eine Menge Leder.

Das Köpenicker Schöffengericht hat Wuschik freigesprochen, denn es konnte nicht zu der Ansicht kommen, daß der Gendarmwachmeister Schaffrath Anlaß hatte, sich durch die allgemeinen Ausführungen Wuschiks über minder intelligente Unteroffiziere, Gendarmen und Nachtwächter persönlich beleidigt zu fühlen. Betreffs der Anspielung auf die Schützlinge- und Gendarmenbau meinte das Schöffengericht, die Anspielung sei wohl geschmacklos, aber nicht beleidigend. — Der Staatsanwalt wagt sich gegen dieses Urteil nicht. Sie legte Verurteilung ein, infolgedessen kam der Fall am Freitag vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung.

Wuschik bestritt, daß er die unter Anklage stehenden Äußerungen so gemacht habe, wie sie der Gendarmwachmeister angegeben. Eingehend legte der Angeklagte dar, daß er die betreffenden Äußerungen in einer Form vorgetragen habe, durch die sich kein Beamter persönlich beleidigt fühlen könnte. Insbesondere habe er nicht von Schützlingen- und Gendarmenbau, sondern nur von Schützmannsbüchlein gesprochen, da er sich ja nur auf die Bewaffung der Berliner Schützmannschaft mit Revolvern bezog. Für den Irrtum des Wachmeisters spreche auch der Umstand, daß er, Wuschik, das Wort Browningpistole,

welches er damals noch gar nicht kannte, nicht gebraucht habe, und doch wolle der Nachtwächter dieses Wort gebraucht haben. Bei der Bemerkung über den Schützmannsbau habe er nicht an den Gendarmen- und Nachtwächter Schaffrath gedacht. Er habe in der Versammlung über die körperliche Beschaffenheit des Wachmeisters, der hinter ihm saß, keine Wahrnehmungen machen können. Erst vor Gericht habe er gesehen, daß der Gendarmwachmeister Schaffrath sich eines staltlichen Leibesumfangs erfreue.

Die Beweisführung gestaltete sich so, wie es in derartigen Fällen immer zu geschehen pflegt. Gendarmwachmeister Schaffrath beklagte mit positiver Bestimmtheit, daß der Angeklagte die betreffenden Äußerungen in der von ihm, dem Wachmeister, angegebenen Form gemacht habe. Der zweite überwachende Gendarm bestätigte diese Angaben, während zwei Zeugen aus den Reihen der Versammlungsteilnehmer nach so langer Zeit natürlich nichts abolut bestimmtes über den Wortlaut der dem Angeklagten zur Last gelegten Sätze sagen konnten. Auch auf den Ton des Redners, sowie darauf, daß ein Teil der Versammlung seine Ausführungen belächelte, wurde bei der Beweisaufnahme Gewicht gelegt.

Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Er begründete diese schwere Strafe damit, daß der Angeklagte ein recht intelligenter Mann sei, der das Wort zu beherrschen wisse und der den Gendarmen ihr schweres Amt erleichtern müßte, anstatt es ihnen noch schwerer zu machen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine verwies darauf, daß es im allgemeinen schwierig ist, den Wortlaut bestimmter Äußerungen eines Redners festzustellen und daß sich Polizeibeamte und Gendarmen in solchen Fällen schon oft geirrt haben. Aber selbst wenn der Angeklagte das gesagt hätte, was die Gendarmen beklagte haben, so sei es doch nicht für sie beleidigend. Ueber die Rolle, welche die Köpenicker Polizeibeamten im Falle des falschen Hauptmanns spielten, würde man am besten den Schleier der christlichen Milde decken und nicht darüber sprechen. Wenn aber jemand darüber spricht, dann brauche sich die Polizei nicht beleidigt zu fühlen und für den Gendarmwachmeister Schaffrath sei das kein Anlaß, sich beleidigt zu fühlen. Wenn der Angeklagte gesagt hat, daß es nicht die Äußersten Unteroffiziere sind, welche Anstellung bei der Schützmannschaft und Gendarmen suchen, so sei das nicht beleidigend, denn von den Stellungen, welche den Unteroffizieren offen stehen, sei die Anstellung bei der Schützmannschaft oder Gendarmen diejenige, welche die geringsten Fähigkeiten erfordert, diese Stellungen würden denn auch von denen aufgesucht, welche nicht die Fähigkeit haben, um die Prüfung zu bestehen, welche andere Behörden von den Bewerbern um ein Amt fordern. Niemand werde solchen Beamten aus ihrer geringeren Fähigkeit einen Vorwurf machen. Die Erwähnung einer so allgemein bekannten Tatsache sei nicht beleidigend, sie enthalte nichts, was für jeden Gendarm ehrenrührig sei. Daß der Gendarmwachmeister Schaffrath sich durch die Äußerung von der minderen Intelligenz der Bewerber um Schützmanns- und Gendarmenposten beleidigt fühlen mußte, dafür fehle jeder Anhalt. Wenn er so empfindlich ist, daß er die allgemeine Äußerung auf sich bezog, so sei das sein Problem. Mit demselben Recht wie Herr Schaffrath würde sich ja schließlich jeder Schützmann durch die betreffende Äußerung beleidigt fühlen und Strafantrag stellen können. Unschuldig der Bemerkung über den Leibesumfang siehe fest, daß der Angeklagte nur von Schützlingen gesprochen habe. Sollte er aber auch das Wort „Gendarmenbau“ gebraucht haben, so sei das ein Witz, wie sie oft in Versammlungen gemacht werden, aber keine Beleidigung. Aus dem Lachen von Versammlungsteilnehmern lasse sich kein Schluß auf die Absicht des Redners ziehen. — Der Verteidiger beantragte Freisprechung, für den Fall der Verurteilung aber würde sich eine Freiheitsstrafe nicht rechtfertigen, sondern eine Geldstrafe ausreichend sein.

Der Gerichtshof hält, wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, die unter Anklage stehenden Äußerungen für beleidigend. Mit der Bemerkung von der minderen Intelligenz mancher Unteroffiziere habe der Angeklagte sagen wollen, das sind die Äußersten, die Dummen, die werden Gendarmen und Nachtwächter. Mit der Bemerkung über den Schützmanns- und Gendarmenbau habe der Angeklagte beabsichtigt, die Gendarmen lächerlich zu machen. Bei der Abmessung der Strafe habe der Gerichtshof erwogen, daß eine Gefängnisstrafe wohl am Platze wäre, da die staatliche Autorität ganz energig geschützt werden müsse. Weil aber der Angeklagte noch unbestraft ist und weil er seine Äußerungen nicht für so schlimm gehalten hat, so sei auf eine Geldstrafe erkannt worden. Der Angeklagte wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 Mark verurteilt und dem Gendarmen- und Nachtwächter Schaffrath die Befugnis erteilt, das Urteil in der „Niederbarnimer Zeitung“ auf Kosten des Angeklagten veröffentlichen zu lassen.

Wegen Beleidigung eines Schützmanns

war der 50jährige Arbeiter Hermann Padendorf zu der hohen Strafe von vier Monaten Gefängnis vom Schöffengericht verurteilt worden. Der Sachverhalt, welcher diesem Urteil zugrunde lag, ist folgender. Eines Tages im Herbst vorigen Jahres sah der nur geringfügig vorbestrafte Angeklagte auf einer Bank in der Mittelpromenade der Gneisenaustraße. Zwischen ihm und einem Ehepaar saßen, welches ebenfalls auf der Bank Platz genommen hatte, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung. Gähn war ebenso wie der Angeklagte infolge einer Massenentladung aus einer Fabrik arbeitslos geworden und war deshalb mit seiner Frau in Streit geraten, in den sich auch Padendorf hineinmischte. Es kam zu einer heftigen Szene, der durch das Erscheinen eines Schützmanns ein Ende bereitet wurde. Wie der Angeklagte behauptet, wäre er sofort von dem Schützmann in großer Weise „angegrünzelt“ worden. Als er sich einen höflichen Ton ausbat, habe ihn der Beamte ohne weiteres gestrichelt. Auf dem Wege zur Polizeiwache machte er seinem Karger über die seiner Ansicht ungerechtfertigte Festnahme durch die Worte Lust: „Ich verliere — Plautöpfe leidet doch nur von unseren Steuern!“ eines Widerstandes machte sich Padendorf schuldig. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten, der zugleich in der Trunkenheit und in der Erregung über das ihm zugesagte Unrecht, jene Worte gebraucht zu haben, zu der hohen Strafe von vier Monaten Gefängnis. Hiergegen legte P. unter Verstoß Verurteilung ein, die nunmehr die Strafkammer beschäftigt. In der Verurteilungssitzung wies der Verteidiger auf einen Fall hin, der vor einigen Tagen die Strafkammer beschäftigt hatte. In diesem hatte ein angetrunkenen Schützmann einen großen Erzech gegen eine Frau verwirrt und war mit der auffällig milden Strafe von 100 M. Geldstrafe davon gekommen. Der Angeklagte habe sich in der Trunkenheit und Erregung einer einfachen Beleidigung schuldig gemacht und es müsse in solchen Fällen mit gleichem Maße gemessen werden, schon um die von gewisser Seite bestrittene Gleichförmigkeit in der Rechtspflege zu bestätigen. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß es sich um eine gröbliche Ausbreitung gegen einen im Dienst befindlichen Schützmann handele, und jeder Beamte vor derartigen Angriffen mit aller Energie in Schutz genommen werden müsse. Es erwiderte jedoch mit Rücksicht auf die damalige Angetrunkenheit des Angeklagten eine Herabminderung der Strafe am Platze. Das Urteil des Gerichts lautete deshalb auf zwei Monate Gefängnis.

Raggi vor Gericht.

Die Raggi-Gesellschaft bittet uns um Mitteilung, daß gegen das von uns am Freitag mitgeteilte Erkenntnis Revision eingelegt ist. Das Gutachten des Sachverständigen Aufrecht siehe mit allen Gutachten, die bislang in ähnlichen Prozessen abgegeben sind, in Widerspruch. Die Gesellschaft macht darauf aufmerksam, daß sie nach wie vor imstande ist, jede, auch die geringste Veräufschung ihres Produktes festzustellen. Die Freisprechung eines einzelnen andere daran nichts.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. d. B. Hamburg). Hülse Baumhulsenweg, heute abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Köhlig, Baumhulsenweg 67.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. Februar, vormittags 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der neuen Gemeindehalle, Pappe-Rose 15-17: Veranlassung mit freireligiöser Vorlesung. — Sonntagsvormittag 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Prof. Dr. H. O. S. r. l. e. z. „Kopernikus und Giordano Bruno“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Vermischtes.

Ein Raubfall. Nach einer Meldung aus Fürstentum wurde gestern vormittag auf den 75jährigen Kassenboten v. Planitz, der bei der Firma Julius Fink in Stellung ist, ein Raubfall verübt. Der Kommer Franz Sänzl überfiel den Kassenboten, verlegte ihm mit einem Schlägel an der Hand und entriß ihm einen Geldsack mit etwa 1000 M. Inhalt. Der Täter wurde festgenommen.

Fabrikbrände. Wie aus Brinn berichtet wird, brach gestern früh um 8 Uhr in der Spinnerei von Himmelreich u. Zwider ein großer Brand aus. Ein Teil der Fabrik wurde gänzlich zerstört. — Ein zweites Feuer entstand eine Stunde später in der Spinnerei von Gebrüder Swoboda. Hier wurde die ganze Fabrik total eingeeigert. In beiden Betrieben sind über 400 Arbeiter broilos. Die Ursache der Brände ist unbekannt.

Der Hunger wird amtlich bestätigt. Aus Samara wird der „Reich“ geschrieben: Die hier eingetroffene Bäuerin des Kreises Dubulsk, Agrafiona Scherejewa, teilt mit, daß ihr Mann Dimitri Scherejew am 27. Dezember Hungers gestorben ist. Nach ihren Angaben hatten die örtlichen Behörden als Todesursache Hunger amtlich festgestellt. Dieses bestätigt auch die Gemeindeverwaltung. Die Scherejews hatten schon längst das letzte Stiel Vieh aufgezehrt. Die Familienmitglieder suchten ihr Leben durch Betteln zu fristen, doch hungerte das ganze Dorf, mit Ausnahme der wenigen wohlhabenden Bauern. Hälfte wird von auswärtig nicht geleistet, weder kümmert sich die staatliche Verpflegungskommission noch sonst irgend jemand um das unglückliche Dorf.

Die Lage der Bauern ist eine verzweifelte, doch ist keine Hilfe sichtbar.

Som Zuge überfahren. Zwischen Soletow und Dombrowa wurden, wie aus Sosnowice berichtet wird, drei Kofalen von einem Personenzuge überfahren. Ein Mann war tot, die beiden anderen wurden tödlich verletzt.

Familien драма. Eine Meldung aus Paris besagt: In Menainville bei Châteauneuf (Cure et Loir) vergiftete sich eine Witwe mit ihren acht Kindern durch Kohlenoxydgas. Nur zwei der Kinder konnten ins Leben zurückgerufen werden.

Handwerkerleben. Nach einer Meldung aus Kappeln erschöpfte gestern früh ein früherer Tischlermeister in Starb seine drei Kinder im Alter von 12, 9 und 6 Jahren. Sodann tödete er sich selbst. Wie der „Schleibote“ meldet, ist die Ursache der Tat in zerütteten Verhältnissen zu suchen.

Eine Dynamitexplosion. Wie aus Berkeley (Kalifornien) berichtet wird, explodierten im Packhause der Hercules-Pulverwerke zehn Tonnen Dynamit. Es wurden hierbei 4 Weibe und 24 Chinesen getötet.

Grubenexplosion. Im Washington-Glebe-Kohlenbergwerk ereignete sich nach einer Meldung aus New Castle on Tyne vorgestern abend eine Explosion, bei der 14 Menschen getötet wurden. Fünf Leichen wurden geborgen.

Auf dem Schiffe verunglückt. Einer Meldung aus Tokio zufolge wurden an Bord des Kreuzers „Alaska“ durch einen Unfall drei Unteroffiziere getötet und zwei Offiziere verletzt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschultheißen (Groschandel) Offiziellisch Ia 68-70 dr. 100 Pfd., Ia 62-67, Ia 54-57, Tullenschick Ia 65-70, Ia 51-64, Kälbe, fett 48-56, do. mager 38-44, Ferkel 50-58, Bullen, dänische 61-63, Kälber, Doppeltender 105-125, Rastkälber Ia 78-85, Ia 67-74, Kälber ger. gen. 45-60, do. soll. 45-50, Hammel, weißer Wollwämmer 73-75, Dammel Ia 67-69, Ia 59-64, unpar. 0,00, Schafe 44-57, Schweinefleisch 48-56, Rothschaf Ia per Pfund 0,50-0,60, do. Ia 0,00, Dammel 0,45-0,60, Wildschweine 0,30-35, Ferkel 0,60-0,65, Kammhörn, groß, Stück 0,80-1,00, do. klein 0,00, Hahn, groß, plom. per Stück 3,00-3,50, Wüdenen per Stück 0,00, Hahnenhähne Ia junge 3,50, do. Ia und alte 2,50, Hahnenhemden 0,00, Schneehühner Stück 0,95-0,98, Hühner Stück 1,50-1,60, Bratenhuhn 1,25-1,40, Gänsehühner Stück 0,90-1,00, Gänser, Ia per Stück 1,70-2,85, dito Ia 1,00-1,60, Hamburger Hühner, Stück 1,00 bis 1,20, Poularden, deutsche, p. Pfd. 1,10, Tauben Ia 0,60-0,65, do. Ia 0,00, do. alte 0,60, do. kal. 1,00, Enten, per Stück 0,00, dito russische per Stück 0,00, dito Hamburger, per Stück 2,70-3,50, Gänse per Pfd. 0,40-0,50, do. fg. Hamb. per Pfd. 0,90-1,05, dito russische per Pfund 0,35-0,55, Bouteils per Stück 1,20-1,40, Vaten Ia p. Pfd. 0,80-1,04, do. Ia 0,60-0,70, Rechte per 100 Pfund 74-90, do. klein 84-98, do. groß 63, do. groß-mittel 0,00, Fänder, unsortiert 0,00, do. groß 0,00, do. mittel 0,00, Schinken, groß 0,00, dito mittel 0,00, dito Ia 104-116, Kalb, klein 0,00, do. mittel 0,00, do. groß 117-125, Karphen 5-10er 0,00, do. 10-15er 0,00, do. 50er 63 bis 68, do. wrl. 0,00, Wüden 0,00, do. klein 40-58, Wand 62, Quappen 40, Weisliche 0,00, Weis 54, Gante Fische 31-58, Warte matt 0,00, do. klein 0,00, Biele 45-58, Karaschen, matt 0,00, Winter-Reinlachs, per 100 Pfund 0,00, Amerikanischer Lachs Ia, per 100 Pfund 110-130, do. Ia 90-100, Seezahn, per 100 Pfund 20-30, Hühner, Kieler, Störge Ia 2-6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Störge 3-8, halbe Kiste 2-3, pomm. Ia Schod 0,00, Ia 0,00, Bällinge, Kieler der Bal 0,00, schwedische 1,50-2,00, englische 0,00, Sprotten, Danziger, Kiste 0,60-0,70, do. Rügenwader, Kiste 0,40-0,60, Kälb, groß per Pfund 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Ferkel der Schod 5,00-0,00, Schellfische, Kiste 4,00-5,00, dito $\frac{1}{2}$, Kiste 2,50-3,00, Sardellen, 1902 er per Kiste 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85-90, Schottische Goldbringe 1905 0,00, Largo 40-44, full 88-40, mod. 86-42, deutsche 30-40, Peringe, neue Rattjes, per $\frac{1}{2}$, Lo. 0,00, Sardinen, russ., Jag 1,50-1,60, Featherings Jag 1,20-1,40, do. Bälche (4 Liter) 1,40-1,70, Reunagen, Schodfisch 8, do. kleine 4-5, do. kleinen 0,00, Kriebel per Schod 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 am 0,00, do. unsortiert 0,00, Walsjer, groß 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Eier, Janb., unsortiert per Schod 8,55-1,00, do. große 4,00-4,50, Butter per 100 Pfd. Ia 138-141, Ia 129-137, Ia 120-123, abblende 115-120, Saure Gurken Schod 4,50, Weisergurken Schod 4,50, Kartoffeln per 100 Pfund Daberste 3,25-3,50, meibe runde 3,00-3,25, mag. bon. 3,25-3,50, Porree, per Schod 0,75-1,25, Werrreitich, Schod 8-16, Spinat per 100 Pfund 25-30, Sellerie, per Schod 3-6, do. pomm. 6-14, Zwiebeln per 100 Pfd. 4,00-5,00, Petersilie, grün, Schodfand 0,90-1,50, Rettich, harscher, per Stück 0,06-0,10, hiesiger, per Schod 0,00, Rohrdosen, 100 Pfund 2,00 bis 3,50, Karotten, per 100 Pfund 10-15, Wirsingfobl v. Schod 3-6, Kohlbl, Schod 2,10-4, Weisfobl p. 100 Pfd. 1,60-2,50, Blumenfobl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Ertrurter 0,00, do. Hallenischer 100 Stück 38-40, do. in Kürben 18 Stück 2,00-3,00, Kofenfobl, per 100 Pfund 15-20, Gräntobli 5,00-8,00, Rohrdosen, Schod 4,00-5,00, Peterillensgrün, p. 100 Pfd. 4,50-5,00, Schodfand 5-6, Schmitzlauch, Töpfe Rote, 2-2,50, Tomaten, amarische, per Kiste 4,00-5,00, Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50-3,00, Rüben, Weißer, per 100 Pfund 0,00, do. Rüben 12-18, Esfarol, 100 Stück 20,00-25,00, Endivien, 100 Stück 30-32, Birnen, per 100 Pfd. Zroler 0,00, Rohrdosen 3-10,00, Tafelbirnen Ia 18-25, do. Ia 6-17, Italiener 25-30, Weisel, per 100 Pfund, Zroler Ia 20-32, do. Ia 12-20, do. loje, per 100 Pfund 0,00, do. in Ästen 120 Pfd. 30-50, Roth-, hiel, 100 Pfd. 3-12, Roth- 5-14, Tafeläpfel Ia 15-24, do. Ia 8-18, Amerikaner, per Jag 15-23, Italiener, loje, 100 Pfd. 11-15, do. in Kürben, per 100 Pfd. 10-16, do. in Ästen 10-24, Weintrauben, America, per Jag 6-18, Ananas I, per Pfund 0,90-1,00, do. II 0,65-0,70, Bananen, gelb, Jamaica, per 100 Pfd. 22,00-25,00, Kofenrübe per 100 St. 0,00, Stachmandel per 100 Pfd. 0,00, Karotten, ital., per 100 Pfund 12-20, Feigen, Franz, per 100 Pfd. 21-25, do. Trommel, per 100 Pfd. 40, do. in Ästen 28-58, Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 8,50-11, do. 200 Stück 8,50-11, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00, Apfeln, Murcia, 200 Stück 8,00-10,00, do. 300 Stück 7,00-11,00, do. Valencia 420 Stück 15-25, do. 714 Stück 22-28,00, do. Messina-Turk 100 Stück 7-8, do. 150 Stück 7-10, do. 80 Stück 8,00-9,00, do. 200 Stück 0,00, Datteln, per 100 Kart. 37-42, do. per 10 Pfd. 5,00-5,50.

